

Beschlussheft

32. Bundeskongress

Sommersemester 2023

Die Linke.SDS

DIELINKE
SDS

Inhaltsverzeichnis

	Satzungsänderungsanträge	3
	S1. Satzungsänderungsantrag: Einführung der Ansprechgruppe	3
	Inhaltliche Anträge	4
	A1. Leitantrag des Bundesvorstands zum 32. Bundeskongress.....	4
	A2. TVStud jetzt - Für einen sozialistischen Arbeitskampf an den Hochschulen.....	14
5	A3. Leitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Gewalt im SDS (Arbeitsstand).....	16
	A5. Seminarwochenende: Mit TV Stud und #wirfahrenzusammen den Arbeitskampf an die Unis bringen!.....	32
	A6. Hochschulpolitik-Werkstatt Schluss mit der Resignation - rein in die Aktion!.....	33
10	A7. Ökosozialistischer Aufbruch: Die Tarifrunde Nahverkehr am Campus und darüber hinaus	37
	A8. Antikoloniale Klima- und Wirtschaftsgerechtigkeit.....	42
	A10. Die Ukraine als Schachbrett inter-imperialistischer Konkurrenz und der neue Deutsche Militarismus.....	43
15	A12. Erhobene Faust statt vorgehaltener Hand - für Frieden, Abrüstung und Diplomatie!	50
	A13. Unsere Solidarität gegen ihre Repression.....	56
	A14. Cancel Culture von Oben oder Wissenschaftsfreiheit in gesellschaftlicher Verantwortung von Unten	63
	A15. Soziale Gerechtigkeit jetzt!.....	67
20	A16. Mitgliedschaften in Netzwerken offenlegen	69
	D1. Free Julian Assange! Keine Auslieferung von Assange!.....	70

Satzungsänderungsanträge

S1. Satzungsänderungsantrag: Einführung der Ansprechgruppe

Füge ein in § 10, Absatz (11) den Buchstaben "h) die Ansprechgruppe".

Ergänze einen neuen § 15 Die Ansprechgruppe

5 "§ 15 Die Ansprechgruppe

Die Ansprechgruppe besteht aus bis zu 6 gleichberechtigten Mitgliedern, die durch den Bundeskongress gewählt werden. Mitglieder des Bundesvorstands und der Geschäftsführung sowie bezahlte Stellen des Verbandes können nicht Teil der
10 Ansprechgruppe sein. Mindestens die Hälfte der Mitglieder sind FTI* Personen.

Aufgaben:

- 15 1. Die Ansprechgruppe ist ansprechbar für von sexistischer und/oder sexualisierter Gewalt betroffene Genoss*innen, für gewaltausübende Personen und für verbandsinterne Strukturen sowie Menschen, die Vorfälle sexistischer und/oder sexualisierter Gewalt im Verband mitbekommen. Sie steht in einem solchen Fall den entsprechenden Genoss*innen beratend und moderierend zur Seite und übernimmt für das weitere Vorgehen Verantwortung.
- 20 2. Die Ansprechgruppe erarbeitet und aktualisiert Wissen und Informationen, legt u.a. eine Übersicht mit Kontakten und Adressen professioneller Unterstützungsangebote an.
- 25 3. Die Ansprechgruppe erarbeitet auf Wunsch mind. einer beteiligten Person einen Vorschlag für einen Prozess der transformativen Aufarbeitung. Dabei orientiert sie sich an entsprechenden demokratisch legitimierten Leitfäden, die immer wieder Gegenstand verbandsöffentlicher Debatte sind.
- 30 4. Sollte der Bundeskongress aus zeitlichen oder sonstigen Gründen keine Personen für die Ansprechgruppe wählen können, Plätze vakant bleiben oder Personen vor Ende der Legislatur aus der Ansprechgruppe ausscheiden, wird der Bundesvorstand mit der (Nach-)Wahl beauftragt."

Die nächsten Paragraphen bleiben entsprechend bestehen und werden in ihrer Zählung angepasst.

Inhaltliche Anträge

A1. Leitantrag des Bundesvorstands zum 32. Bundeskongress

5 *“Wir können es ändern. Wir sind nicht hoffnungslose Idioten der Geschichte, die unfähig sind, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen. Das haben sie uns jahrhundertlang eingeredet. Viele geschichtliche Zeichen deuten darauf hin, daß die Geschichte einfach nicht ein ewiger Kreislauf ist, wo nur immer das Negative triumphieren muß. Warum sollen wir vor dieser geschichtlichen Möglichkeit Halt machen und sagen: Steigen wir aus, wir schaffen es doch nicht. Irgendwann geht es mit dieser Welt zu Ende. Ganz im Gegenteil. Wir können eine Welt gestalten, wie sie die Welt noch nie gesehen hat”*

Rudi Dutschke

Eine Welt zwischen Krise und Aufbruch

10 Durch die dem Kapitalismus immanente Krisenhaftigkeit gerät das gesamte System zunehmend an seine Grenzen und überall scheint es, als breche eine Krise nach der nächsten auf. Kriege, Ausbeutung von Mensch und Natur, soziale Spaltung und autoritäre Antworten bilden ein Konglomerat aus sich gegenseitig bedingenden und verstärkenden

15 Jahren noch offenstanden – gerade in Bezug auf die Klimakrise. In der Konsequenz können diese Krisenmomente, mit ihren “katastrophischen Dynamiken”² das „synchrone Kollabieren von ökologischen und gesellschaftlichen Systemen”³ bedeuten – wenn wir ihre Ursachen nicht beseitigen. Gerade unserer Generation drängt sich diese Einsicht zunehmend auf. Gleichzeitig scheint die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, als

20 praktische, zeitgerechte Antwort, fern. Doch die sich zuspitzenden Widersprüche, die die kapitalistische Produktionsweise hervorruft, bieten für uns auch neue Ansatzpunkte des Widerstands. Zunehmende Arbeitskämpfe der letzten Jahre, in Teilen der Welt Auflehnungen (Frankreich, UK, ...) bis hin zu revolutionären Erhebungen (Iran), bilden für uns Lichtpunkte in einer krisengeprägten Zeit. In der aktuellen Dichotomie zwischen

25 Defensivkämpfen und punktuellen Aufbrüchen müssen wir als Sozialist:innen versuchen, die Weltlage einzuordnen und daraus unsere Strategie abzuleiten – für eine sozialistische Praxis (gerade auch an den Universitäten) auf der Höhe der Zeit.

¹ Zu Protokoll: Günter Gaus im Gespräch mit Rudi Dutschke, 1967, abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=U6X-ZeYC54E>.

² Demirovic, Alex (2022): Vielfachkrise und Katastrophe. In Zeitschrift Luxemburg ‘Kapitalozän’, 3/2022., abrufbar unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/vielfachkrise-und-katastrophe/>.

³ Mahkopf, Birgit (2022): Der Kampf um Eurasien. Von der Globalisierung zurück zur Geopolitik. In: Blätter für deutsche und Internationale Politik 67, 10.

Klima

Der neueste IPCC-Bericht macht deutlich: Wir stehen bereits jetzt bei ca. 1,1 Grad Erderwärmung und werden die 1,5-Grad-Grenze mit großer Wahrscheinlichkeit brechen.⁴ Gleichzeitig inszeniert sich die „Fortschrittskoalition“ als Träger eines grünen Modernisierungsprojekts und versucht so, auf gefährliche Art und Weise, ihre eigentliche Rolle zu verschleiern: den Schutz der Kapitalakkumulation, statt konsequenten, sozialgerechten Klimaschutz voranzutreiben. Doch wir erinnern uns. Lützerath wurde von den Grünen geräumt und auf Staatskosten von RWE abgebaggert, allen voran die FDP wehrt sich gegen eine Verkehrswende. Die Ampel setzt auf Autobahnausbau statt Schiene und führt statt eines 9 €-Tickets ein 49 €-Ticket ein. Besonders im Schatten des Ukraine-Kriegs gewinnen fossilistische Projekte punktuell die Oberhand, so werden Gas-Deals mit Katar und den USA geschlossen und der Bau von LNG-Terminals in Deutschland vorangetrieben. Der Fossilismus und die Grüne Modernisierung kämpfen um die Hegemonie⁵, doch beide sind nicht in der Lage, die Klimakrise zu lösen. Vielmehr werden in den kommenden Jahren die Kämpfe um Transformation, gegen Werksschließungen – wie in Florenz und Zwickau – und gegen Strukturen des Grünen Kolonialismus, durch die Erschließung neuer Energie- und Rohstoffquellen stetig zunehmen. Zunehmende globale Fluchtbewegungen, bedingt durch die Unbewohnbarkeit weiter Teile der Erde (etwa die Hälfte der Menschheit lebt in durch die Klimakrise bald stark betroffenen Gebieten), treffen gleichzeitig auf eine verstärkte Abschottungspolitik und eine Verschärfung der Abschiebepaxis in Deutschland und Europa. Zusätzlich tragen die durch die Klimakrise sich verstärkenden Kämpfe um verbleibende Rohstoffe, Wasser und Ackerflächen zu einer sich zuspitzenden imperialistischen Staatenkonkurrenz bei.

Neue Blockkonfrontation

Die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems spiegelt sich so auch auf der zwischenstaatlichen Ebene wider. Die neue Konfrontation in der Auseinandersetzung um die Führung eines neuen grünen Kapitalismusprojekts gegen die Aufrechterhaltung der fossilistischen Produktionsweise, wird zunehmend durch eine neue globale Blockkonfrontation ergänzt.⁶ Bereits seit Jahren zeichnet sich ein verstärktes Konfliktpotenzial zwischen den USA und China ab – etwa im Kampf um Einflusszonen im Südchinesischen Meer. Dabei geraten Deutschland und die EU – angetrieben durch den Ukraine-Krieg – geopolitisch wieder stärker in eine Abhängigkeit von den USA, während sich die Allianz zwischen China und Russland zunehmend festigt⁷. Wir beobachten bereits seit Jahren eine Verschärfung der internationalen Konflikte. So sind im letzten Jahrzehnt die höchsten Opferzahlen seit dem Ende des Kalten Krieges – insbesondere im Irak, Afghanistan, Palästina, im Jemen, in Syrien und der Ukraine – zu verzeichnen. Durch die

⁴ Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle (2023): Synthesebericht zum Sechsten IPCC-Sachstandsbericht (AR6), abrufbar unter: https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_AR6-SYR.pdf.

⁵ Candeias, Mario (2022): Der Übergang, abrufbar unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/der-uebergang/>.

⁶ ebd.

⁷ Solty, Ingar (2022): Auf dem Weg in eine neue Blockkonfrontation, abrufbar unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/auf-dem-weg-in-eine-neue-blockkonfrontation/>.

Eskalation des Ukraine-Kriegs durch den Einmarsch Russlands und die massive militärische Unterstützung durch die NATO ist eine weitere Stufe der Eskalation erreicht. Diese beinhaltet eine massive (deutsche) Militarisierung – 100 Milliarden – und hat durch immer weitere Lieferungen schwerer Waffen, wie jetzt die angedachte Lieferung von Kampfjets unter der Führung der Niederlande und Großbritannien, das Potenzial, sich zu einem Atomkrieg auszuweiten. Um das massenhafte Sterben in diesem Abnutzungskrieg schnellstmöglich zu beenden und der Gefahr einer immer weiteren Zuspitzung zu begegnen, wären Friedensverhandlungen dringlicher denn je. Stattdessen zeichnen die massive Aufrüstung, der Bellizismus (insbesondere der Grünen) und die Tabuisierung jeglicher friedenslogischer Gegenentwürfe das Bild eines Landes, das – wie Lars Klingbeil es ausdrückt – wieder “den Anspruch einer Führungsmacht haben”⁸ möchte. Diese sogenannte “Zeitenwende” reiht sich ein in das seit Jahren andauernde Projekt, die Bundeswehr verstärkt zur Einsatzarmee umzubauen, um unter dem Deckmantel der Verantwortung, die Interessen Deutschlands auch vermehrt militärisch durchzusetzen.

15 Soziale Krise

Die Kosten dieser Krisen und Konflikte werden weiter denen aufgebürdet, die am wenigsten zu ihnen beitragen. Seit den 2000er Jahren gibt es in Deutschland – dem Land, mit einem der größten Niedriglohnsektoren in der EU – einen erheblichen Reallohnverlust, der sich durch die anhaltende Inflation, angeheizt durch eine Profit-Preis-Spirale seit der Corona-Pandemie und durch den Ukraine-Krieg, weiter verschärft. Die Auswirkungen des Wirtschaftskriegs treffen die Bevölkerungen aller Länder, vorrangig im globalen Süden, und sollen Ansprüche an ein gutes Leben mindern, um für die Kriegswirtschaft willig zu machen. Im Kampf für eine Weltwirtschaftsordnung, die in globalem Maßstab eine Umverteilung von oben nach unten und soziale Gleichheit verwirklicht und auf internationale Kooperation setzt, sind wir weltweit vereint. Sowohl global als auch in Deutschland nimmt die Vermögensungleichheit zu und die Zahl an Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, wächst. Zeitgleich steigern einige Wenige ihre Gewinne massiv. So schütteten Ölkonzerne zum Ende des Jahres 2022 Sonderdividenden in Milliardenhöhe an ihre Aktionäre aus.⁹ Auch Rüstungsunternehmen, wie Rheinmetall, verzeichneten 2022 Rekordgewinne und erwarten dieses Jahr erneut wachsende Gewinne. Insbesondere die soziale Krise ist für uns Studierende unmittelbar zu spüren: Die fortschreitende Vereinzelung, die durch die Lockdowns noch bekräftigt wurde, und der Leistungsdruck im Studium belasten die mentale Gesundheit. Die hohen Mieten, schlechten Löhne und die andauernde Inflation treffen uns Studierende, eine Bevölkerungsgruppe, die zu 38% in Armut lebt, besonders hart. Die 200 €-Einmalzahlung der Bundesregierung ist eine Farce, angesichts der jahrelangen Vernachlässigung der Studierenden. Obwohl es gute Gründe gibt, über die politische Vernachlässigung von Studierenden erzürnt zu sein, regt sich an den Universitäten bisher kaum Widerstand. Hier zeigt sich die fortschreitende Auseinandersetzung der Universitäten als Ort der emanzipatorischen Willensbildung deutlich. Die Hochschule soll dagegen kapitalistischen

⁸ Klingbeil, Lars (2022): Die Sozialdemokratie hat die Chance, Europa zu prägen, abrufbar unter: <https://vorwaerts.de/artikel/sozialdemokratie-hat-chance-europa-praegen>.

⁹ ARD-Aktuell (2022): Ölkonzerne beglücken ihre Aktionäre, abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/oelkonzerne-rekord-dividenden-101.html>.

Verwertungslogiken unterworfen und auf die Ausbildung von Fachkräften spezialisiert sein, die nach ihrem möglichst kurzen Aufenthalt an der Universität dem Arbeitsmarkt zugeführt werden sollen. Nicht mit uns: Hochschulen sind erkämpfte Orte der gemeinsamen Weltaneignung für ihre Veränderung, als diese wollen wir sie mit vielfältigen Aktivitäten in der Selbstverwaltung und auf dem Campus wiederbeleben.

Gesellschaftliche Polarisierung und umkämpfte Potenziale

Die Preissteigerungen und die sich anbahnende soziale Krise führten im Sommer 2022 zu verschiedenen Debatten unter linken Kräften. Die Genug ist Genug-Kampagne stellte in diesem Zuge einen Versuch dar, aufkommenden sozialen Protesten und betrieblichen Kämpfen eine Plattform der Allianz zu bieten. Durch Forderungen nach einer Fortführung des 9-Euro-Tickets, höheren Löhnen oder der Vergesellschaftung der Energiekonzernen u.a. sollte ein Schirm gespannt werden, unter dem sich verschiedene Teile einer aufbegehrenden Gesellschaft versammeln sollten. Die Kampagne führte letztlich nicht zu der erhofften Durchschlagskraft, da eine ihrer beiden Prämissen unerfüllt blieb: Es kam zu keinen sozialen Protesten auf der Straße. Die Hilfspakete und punktuelle ökonomische Beschwichtigung der Bundesregierung spielten dabei keine unwichtige Rolle. Das nehmen wir zum Anlass die grundsätzliche Opposition in der Gesellschaft zu Imperialismus, Krieg und Ausbeutung zu vertiefen und die Auseinandersetzung um soziale Verbesserungen in Einheit mit dem Kampf für Frieden und Diplomatie zu intensivieren.

Allerdings blieb der Herbst auch nicht komplett kühl; nur ballte sich die Wut der Menschen in den Betrieben statt auf den Straßen. Aus verschiedenen lokalen Gruppen der Genug ist Genug Kampagne wie Berlin, Leipzig oder Dresden gingen streiksolidarische Initiativen hervor, die durch verschiedene Aktionen die Tarifrunden der Post und des öffentlichen Dienstes unterstützen. Wir können also feststellen, dass der „Heiße Herbst“ nicht zu großen Mobilisierungen geführt hat. Es regen sich jedoch kämpferische Streikaktionen, während die Zustimmung zu Vermögens- und Übergewinnsteuer, wie auch die Zustimmung für eine Überführung zentraler Sektoren in die öffentliche Hand, wächst.¹⁰

Es gibt also durchaus das Potenzial, sich gegen die Krisenbewältigung der Herrschenden und für eine solidarische Zukunft zu formieren. Welche Richtung die gesellschaftliche Entwicklung nimmt, können wir mitentscheiden: Ein sozialer Aufbruch durch studentischen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kampf schafft Emanzipation, Demokratisierung und kann das Erstarken rechter Kräfte beenden. Sie versucht in ihrem eigenen Interesse etwa, das Friedensthema zu kapern und mit nationalistischen und rassistischen Tönen zu untermauern oder den Kampf um die Klimakrise als Kulturkampf, um individuellen Lebensstil, statt als Klassenkampf darzustellen. So könnte die AfD nach 10 Jahren Bestehen nun in Teilen der neuen Bundesländer stärkste Kraft bei den nächstjährigen Landtagswahlen werden: in Sachsen, Thüringen und Brandenburg kommt die AfD aktuell überall auf ungefähr ein Viertel der Stimmen. Die Frage nach einer möglichen Regierungsbeteiligung oder dem Posten des

¹⁰ Candeias, Mario (2023): Große Mehrheit für Umverteilung, abrufbar unter: <https://www.rosalux.de/publikation/id/49930/grosse-mehrheit-fuer-umverteilung>.

Ministerpräsidenten scheint sich ernsthafter denn je zu stellen. Und während die Bedrohung von rechts immer weiter zunimmt, werden die Repressionen des Staates gegen die Linke weiter hochgefahren. So wanderten Aktivist:innen der Letzten Generation zuletzt für Monate ins Gefängnis, Demonstrationen in Gedenken an die Nakba wurden,
5 ebenso wie letztes Jahr, in Berlin erneut verboten und in Marburg eine Veranstaltung zu antimuslimischen Rassismus von Seiten der Universität unterbunden.

In dieser Situation braucht es eine starke Linke, die in der Lage ist, Frustration zu bündeln und in Widerstand gegen die herrschende Politik umzuwandeln, doch bislang scheint sie diese Aufgabe nicht erfüllen zu können.

10 Krise der Linken und LINKEN

Die gesellschaftliche Linke und die Partei DIE LINKE befinden sich seit einigen Jahren in einer Krise, die sich vor allem dadurch ausdrückt, dass sie zunehmend in die Defensive geraten. Mit dem Aufkommen von Fridays for Future 2018 schien sich kurz vor der Pandemie ein Fenster der gesellschaftlichen Veränderung zu öffnen. Der Umgang mit der
15 Klimakrise stand mehrheitsgesellschaftlich zur Debatte und in Teilen der Bewegung auch das gesamte kapitalistische System. Heute müssen wir jedoch feststellen, dass es der Linken nicht gelungen ist, diesen Widerspruch auf die Spitze zu treiben. Stattdessen erleben wir derzeit zwei entgegengesetzte Dynamiken von Bewegung einerseits und Defensive andererseits, die die Krisensituation der gesellschaftlichen Linken ausmachen.

20 Auf der einen Seite können wir feststellen, dass sich die aktuellen Zeiten keinesfalls durch gesellschaftliche Passivität auszeichnen – im Gegenteil. Verschiedene Kampagnen und Bewegungen haben in den letzten fünf Jahren tausende bis Millionen Menschen mitgerissen. Dazu zählen Phänomene wie die Klimabewegung und Deutsche Wohnen und
25 Co. Enteignen, aber ebenso diverse Arbeitskämpfe der letzten Zeit wie die Krankenhausbewegungen in Berlin und NRW. Auch die Tarifauseinandersetzungen bei der Post und im öffentlichen Dienst wurden so konfliktorientiert geführt, wie schon seit
30 vielen Jahren nicht mehr. Als Konsequenz erlebt vor allem Verdi derzeit eine beachtliche Eintrittswelle. Und auch wenn die Tarifergebnisse als ungenügend zurückgewiesen werden müssen, sind die Tarifrunden doch als gewerkschaftlicher Aufbruch zu verstehen.
35 Die Erkenntnis, dass die Macht der Arbeiter:innenklasse der zentrale Faktor für Veränderung ist, rückt immer weiter in den Fokus unterschiedlichster gesellschaftlicher Akteure. Der 'Labour turn' vollzieht sich nicht nur in der Klimabewegung, sondern auch in der feministischen Bewegung, in Kampagnen wie „Genug ist Genug“ und letztlich auch in der Studierendenschaft durch den Kampf für einen Tarifvertrag studentischer Beschäftigter.

Auf der anderen Seite müssen wir aber auch anerkennen, dass die gesellschaftliche Linke es nicht schafft, in eine breite Offensive zu gelangen. Stattdessen werden die Konflikte oftmals als Abwehrkämpfe geführt und eine geballte Schlagkraft fehlt. Ein Blick zu
40 unserem französischen Nachbarn zeigt, an welcher Sprengkraft es den Protesten auf deutschen Straßen noch immer mangelt. Darüber hinaus wenden sich linke Organisationen und Bewegungen zunehmend nach innen. Diese strategischen Auseinandersetzungen führen zur Fragmentierung. Jene Entwicklung ist auch in der

Klimabewegung zu beobachten. Die Praxis und Strategie der Klimaaktivist:innen erstreckt sich inzwischen von einem ökosozialistischen Pol um die TVN-Kampagne über die Schul- und Hörsaalbesetzungen von EndFossil bis hin zu den Blockaden der Letzten Generation.

5 Das größte Sorgenkind bleibt jedoch die LINKE. Seit Jahren versinkt sie in einem Strudel der Passivität und zunehmenden Selbstbeschäftigung. Es gelingt der Partei schlichtweg nicht, sich an die Spitze der derzeitigen Auseinandersetzungen zu stellen. Stattdessen verliert sie an Mitgliedern und Wähler:innen. Es ist fraglich, ob die teils diametral zueinanderstehenden Positionen noch einmal zueinander finden können und es scheint an Ideen und Initiative für eine Kehrtwende zu fehlen. Manche Kräfte prognostizieren der LINKEN heute ihr baldiges Ende.

15 Ein Blick auf die Linke in Italien schürt die Angst vor einer völligen Zersplitterung der Partei. Doch ebenso zeigen die Entwicklungen in Österreich und Belgien, zu welchen Erfolgen sozialistische Parteien fähig sind und welche Relevanz sie für den Kampf um gesellschaftliche Veränderung haben. Es braucht eine Partei als Ort der stetigen Organisierung, der über den Arbeitsplatz und die Bewegung allein hinausreicht. Ebenso muss die Partei aber auch das politische Rückgrat der Klassenkämpfe bilden, sie zivilgesellschaftlich und parlamentarisch vorantreiben. Es braucht die LINKE als konfliktorientierte Kraft im Ringen um eine bessere Welt. Doch dazu muss sich die LINKE erneuern – es braucht die Flucht nach vorne. Wir sind bereit, diese Flucht nach vorne
20 gemeinsam anzutreten.

Die Erneuerung der LINKEN

Die LINKE muss sich transformieren, um aus dieser Krise zu gelangen. Einerseits muss die LINKE ihre Rolle in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verändern. Andererseits
25 braucht sie eine neue Verankerung in der Gesellschaft, um nicht nur Wähler:innen, sondern auch neue Genoss:innen zu gewinnen. Als SDS können wir einen entscheidenden Anteil daran haben, dass unsere Partei zu neuer Handlungsfähigkeit gelangt.

Die LINKE steht vor der Herausforderung, in der kommenden Zeit nicht nur ihre Programmatik zu schärfen, sondern auch einen Weg aus der Passivität zu suchen, die viele Genoss:innen momentan frustriert. Im Kontext der Friedensbewegung mangelt es
30 bisher an einem gemeinsamen und entschiedenen Auftreten, aber auch an aktivistischen Initiativen der Partei. Im Kampf um einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft gelingt es der LINKEN aktuell einfach nicht, dem klassenkämpferischen Teil der Klimabewegung Angebote zu unterbreiten. Und auch in den Tarifrunden 2023 schaffte es die Partei nicht, über punktuelle Initiativen hinaus, die Auseinandersetzungen politisch zu
35 flankieren und zu stärken. Die LINKE muss lernen, sich in diesen gesellschaftlichen Konfliktfeldern neu zu positionieren und in ihnen den Punkt zu lokalisieren, in dem sie als Partei einen konkreten Unterschied machen kann.

Für kommende Arbeitskämpfe bedeutet dies, dass die Partei die Konflikte aus ihrem zeitlichen und räumlichen Rahmen herausheben und in einen generellen Kampf um
40 gesellschaftliche Veränderung einbetten können muss. Sie muss eine verlässliche Verbündete für alle kommenden Streiks sein und diese politisch begleiten. Sie muss

Antworten auf die drängenden Fragen der sozial-ökologischen Transformation geben können und eine Perspektive für eine sozial verträgliche Energie- und Verkehrswende von unten anbieten. Eine erneuerte LINKE muss ihr friedenspolitisches Profil wahren und lernen, es in die Praxis umzusetzen, um im öffentlichen Diskurs wieder eine kraftvolle
5 Stimme für den Frieden zu finden. Nur so kann DIE LINKE mit ihrer defensiven Haltung brechen und eine oppositionelle Angriff gegen die Interessen und Profite der Wenigen nach vorne beginnen, bei welcher der SDS im Kampf um die Deutung der Welt als versteh- und veränderbar statt naturgegeben alternativlos in den Hochschulen eine tragende Rolle spielen kann. Es geht um nichts Geringeres als um einen Systemwandel von einer
10 destruktiven Herrschafts- und Machtpolitik der reichen und mächtigen Klassen und Staaten zu einer nachhaltigen, solidarischen und friedlichen Wirtschafts- und Lebensweise. Dafür ist die LINKE gebraucht und zu entwickeln.

Als SDS haben wir in den letzten Jahren nicht nur ein scharfes ökosozialistisches und friedenspolitisches Profil entwickelt, das in der Partei an vielen Stellen fehlt, sondern wir
15 haben auch politische Kampagnen organisiert, die Arbeitskämpfe flankierten und unterstützten. Auf diese Arbeit fußt auch heute ein Großteil unserer Aktivität in der Klimabewegung und auf dem Campus. Als sozialistisch-demokratischer Studierendenverband haben wir stets als Korrektiv links der Partei fungiert. In diesen krisenhaften Zeiten können wir zu einem organischen Verbindungsglied zwischen Partei,
20 sozialen Bewegungen und gesellschaftlichen Kämpfen werden. Unsere Erfahrungen und Analysen werden auch für eine LINKE in der Erneuerung relevant sein. So tragen wir zur Schärfung des klassenkämpferischen Profils der LINKEN bei.

Als Studierendenverband sind wir Teil der linksjugend ['solid] und für viele oft junge Studierende der erste Ort politischer Organisierung und Zugang zur Partei. In der
25 Klimabewegung und unter TV-Stud-Aktivist:innen treffen wir momentan auf viele junge Menschen, die eine Organisierungsperspektive suchen und desillusioniert vom bürgerlichen Parteienspektrum sind. Sie sind oftmals auf der Suche nach linken Alternativen und gewinnbar für eine sozialistische Vision der Gesellschaft. Hier offenbaren sich Potentiale, die wir unbedingt nutzen müssen. In dieser Funktion können
30 wir auch selbstbewusst an die Partei herantreten, uns an ihren Debatten beteiligen und unseren Gestaltungswillen deutlich machen.

Sei es in der Klimabewegung, den Initiativen der TV-Stud-Kampagne oder anderen Kämpfen am Campus und darüber hinaus – die Aktivist:innen, die in ihnen aktiv werden,
35 suchen eine Partei, die nicht nur verbal Perspektiven einer anderen Gesellschaft vertritt, sondern auch die Möglichkeiten der klassenkämpferischen Organisierung und Aktivität eröffnet. Die Menschen wollen ihren Kampf, den sie andernorts begonnen haben, ausweiten; sie wollen sich vernetzen und marxistisch bilden.

Im SDS haben viele dieser Studis ihre politische Heimat gefunden. Ein Ort, der sich nicht nur auf marxistische Bildung und linken Aktivismus beschränkt, sondern die Möglichkeit
40 bietet, als junge Sozialist:innen am Campus und in Bewegungen aktiv zu sein. Daran anknüpfend verorten wir verschiedene Felder, in denen sich für uns klassenkämpferische Potentiale zeigen. Diese bilden längst nicht die umfassende Aktivität des Verbands ab, sie

scheinen uns aber Möglichkeiten zu bieten, um wieder in eine sozialistische Offensive zu gelangen.

Lichtblicke in Krisenzeiten

5 **Ökosozialismus im Betrieb, in der Uni und auf der Straße stärken!**

Es wurde bereits deutlich: Die Klimakatastrophe ist längst real, und Veränderung wird mit jedem Tag dringlicher. Gleichzeitig macht ein ökosozialistischer Pol innerhalb der Klimabewegung Hoffnung, denn immer mehr Aktivist:innen sind überzeugt davon, dass es Allianzen mit den Arbeiter:innen braucht, um echten Wandel voranzutreiben. Seit Beginn diesen Jahres finden unter dem Namen #wirfahrenzusammen in vielen Städten Vernetzungen zwischen Klimaaktivist:innen und Beschäftigten aus dem ÖPNV statt. Das Ziel: Gemeinsam Macht aufbauen, und neben den direkten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, gemeinsame klimapolitische Forderungen mit in die Tarifeinsetzungen bringen. In einigen Städten, wie in Mainz, Leipzig, Hannover oder Köln, hat der SDS bereits maßgeblich am Erfolg der Vernetzung mitgewirkt. Im Rahmen der anstehenden Tarifverhandlungen im Nahverkehr 2024 sollten wir als SDS auch an den Unis das Thema wieder stärker voranbringen. So können wir als Studis beispielsweise eine Verbindung zwischen dem eingeführten 49 Euro Ticket und der bundesweiten Kampagne knüpfen, um auch am Campus an die unmittelbaren Interessen der Studierenden anzuschließen. Zum Anfang des Wintersemesters können bundesweit koordinierte Veranstaltungen zu Kapitalismus, Klimakrise und Strategie dazu beitragen, erstens in die Klimabewegung und Gewerkschaft hineinwirken, zweitens die Klimakrise am Campus wieder stärker zu setzen und drittens Menschen für eine längerfristige Organisierung bei uns zu begeistern. Auch mit Blick auf die Besetzungen von End Fossil Occupy rund um den Mai wird deutlich: Die Unis bleiben Orte um die Auseinandersetzung mit der Klimakrise – lasst sie uns auch dort wieder stärker führen!

Repolitisierung des Campus – Mit TV Stud studentische Klassenkämpfe gewinnen

Neoliberalisierung und Vereinzelung haben auch vor Universitäten und Hochschulen keinen Halt gemacht: Politischer Arbeit, kritischer Forschung und Lehre sowie sozialer und kultureller Interaktion werden am Campus schwere Steine in den Weg gelegt. Durch die Teilnahme an StuPa- und StuRa-Wahlen wollen wir dem entgegenwirken und deutlich zeigen, dass der SDS die Stimme unter den Studierenden ist, die für Bafög für alle, ausfinanzierte Studierendenwerke, niedrige Semesterbeiträge und Mensapreise, kritische Lehre, Zivil- und Transparenzklauseln eintritt, und damit den ersten Anlaufpunkt für alle linken Studierenden bildet. In den ASTen, StuPas, StuRas und Fachschaftsräten setzen wir uns für die konkreten Belange unserer Kommiliton*innen ein: Gegen Noten- und Leistungsdruck, Anwesenheitspflichten, gegen rassistische und menschenfeindliche Personen und Positionen an den Hochschulen, gegen Rüstungsforschung und gegen die weitere Ökonomisierung unseres Studiums. Sowohl in unserer Gremienarbeit als auch mit Vollversammlungen, Infotischen und Aktionen tragen wir dazu bei, dass der Campus wieder zu einem Raum wird, an dem Austausch zu gesellschaftspolitischen Themen

stattfindet, damit die Studierenden die Erfahrung machen, dass sie die Unis - genauso wie den Rest ihres Lebens - mitgestalten können. Dafür arbeiten wir auch weiterhin mit Bündnispartner:innen an konkreten Ansätzen des studentischen Protestes. Im Herbst bewirkten Initiativen und Bündnisse wie 'Flip the switch - Tax the rich' oder Genug ist Genug die Reaktivierung politischer Arbeit am Campus. Dazu richteten wir u.a. in Frankfurt, Darmstadt, Marburg, Kassel, Hannover, Leipzig, Berlin und Mainz Vollversammlungen aus, die zuweilen das Potential hatten, größere Massen an Studierenden zu erreichen. Und auch wenn die großen Sozialproteste ausgeblieben sind - woran auch objektive gesellschaftliche und ökonomische Bedingungen eine Mitschuld tragen - lassen sich aus den Aktivitäten im Herbst und Winter auch positive Schlüsse ziehen. Aktivistische Protestformen wie Vorlesungsinterventionen, Bannerdrops oder Sit-Ins stellten sich erneut als wirksam heraus.

Doch nun steht den Hochschulen und Universitäten ein Kampf bevor, wie sie ihn seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben. Die gewerkschaftliche Kampagne um einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud) erreicht derzeit bundesweit fast jeden Campus. Studentische Beschäftigte arbeiten unter prekären Bedingungen: Sie haben meist keine personelle Mitbestimmung, arbeiten bei kurzen Vertragslaufzeiten, knapp über Mindestlohn und oft mit Kettenverträgen auf derselben Stelle. Von verbesserten Arbeitsbedingungen der studentischen Lehre würden nicht nur die Beschäftigten selbst profitieren, sondern auch die Lehre und die Studienbedingungen an sich. Die Kampagne zeigt, wie Auseinandersetzungen um Studien- und Lehrbedingungen, die soziale Lage der Studierenden oder den Campus selbst von einem 'Labour turn' der Hochschulpolitik profitieren können. Die Einbeziehung verschiedener Akteure und das Verbinden von Kämpfen am Campus kann ein Machtpotential entfalten, welches tatsächlich materielle Verbesserungen der Lebensrealität von Studierenden, studentischen Beschäftigten, Dozierenden und Beschäftigten des Mittelbaus zur Folge hat.

Als sozialistischer Studierendenverband bringen wir uns schon jetzt in den Kampf um die Veränderung dieser Zustände ein. Als bundesweit agierender SDS können wir einerseits die Verbindung zu bisherigen sowie bestehenden Kämpfen an der Hochschule herstellen und der momentanen Auseinandersetzung somit eine langfristige Perspektive bieten. Andererseits bringen wir aus vorangegangenen Kämpfen das praktische Handwerkszeug und den theoretischen Hintergrund mit, um diesen Kampf entscheidend mitzutragen.

Weder Putin, noch NATO - Friedensbildung stärken!

Die Friedensbewegung in Deutschland ist seit dem Angriff russischer Truppen auf die Ukraine vor einem Jahr gespalten. Während Teile Russlands Rolle verharmlosen, spielt ein bedeutender Teil die Frage der NATO herunter oder blendet sie schlicht aus. Für uns muss klar sein, wir stehen auf keiner Seite der Herrschenden, sondern immer auf der Seite der Unterdrückten! Wir verurteilen den Krieg in der Ukraine, in Syrien und dem Irak, im Jemen und in Palästina.

Im letzten Jahr haben wir als Verband vermehrt versucht in den bellizistischen Diskurs hineinzuwirken und sowohl nach innen als auch nach außen unsere Anti-Militaristische und Anti-Imperialistische Position zu stärken: Mit der Unterstützung der Nakba75 Kampagne, dem Statement zum Manifest für den Frieden und der Teilnahme an der

Demonstration am 25.02.23 und an verschiedenen Ostermärschen, sowie der Friedenswerkstatt nach innen und z.B. der Vorlesungsreihe in Kassel nach außen. An den Universitäten gab es Versuche sich gegen die Militarisierung zu organisieren: So wurde sich auf einigen unserer Vollversammlungen gegen das 100 Milliarden Aufrüstungspaket
5 ausgesprochen und einzelne End Fossil-Bestzungen haben sich gegen die Rüstungsforschung an den Universitäten stark gemacht – daran sollten wir anknüpfen, auch um die Verbindung zwischen Klimakrise, Sozialer Krise und Krieg am Campus deutlich zu machen.

10 Wir sollten daran arbeiten, Bildung nach innen wie nach außen weiter zu verstetigen. Auf diese Weise schulen wir uns nicht nur innerverbandlich, sondern wappnen uns auch für Kippunkte im gesellschaftlichen Diskurs um den Frieden. Lasst uns dazu beitragen, dass die Linke wieder als friedenspolitische Kraft auftreten kann und uns gleichzeitig der Vereinnahmung von rechts entschieden entgegenstellen, indem wir uns bspw. Ende Juli am Protest gegen den Europaparteitag der AfD in Magdeburg beteiligen.

15 **Eine Welt zu gewinnen**

Wir wissen, dass die aktuellen Krisen alle Symptome des gleichen Systems sind und wir wissen auch, dass sie sich gegenseitig verstärken und zunehmend verschärfen werden. Die Erneuerung der Linken ist somit ein Auftrag für die nächsten Jahrzehnte, die wir durch unsere Projekte entscheidend mitprägen können und wollen. Unsere Aufgabe ist es
20 unseren Kommiliton:innen eine langfristige Organisierungsperspektive zu geben, indem wir, über einzelne Reformen hinaus, den Weg zeichnen zu einer befreiten Gesellschaft. Denn wir sind keine hoffnungslosen Idioten der Geschichte, die unfähig wären ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen. Und auch wenn die Herausforderungen riesig scheinen, haben wir noch immer eine Welt zu gewinnen!

25

30

35

A2. TVStud jetzt - Für einen sozialistischen Arbeitskampf an den Hochschulen

Als Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband haben wir den Anspruch in Auseinandersetzungen an den Hochschulen hineinzuwirken, sie entscheidend mitzuprägen, materielle Verbesserungen für unsere Genoss:innen und Kolleg:innen zu erkämpfen und letztlich auch eine Klasse mit Klassenbewusstsein auszubilden. Dafür sehen wir konkrete Kämpfe als besten Ausbildungsort derjenigen, mit denen wir zusammen kämpfen. Ein solcher konkreter Kampf ist der Kampf um einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte.

10 Daher solidarisieren wir uns mit den Kernforderungen der Kampagne TVStud:

- Es braucht einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, welcher bessere Bezahlung sicherstellt und darüber hinaus Urlaubsansprüche und Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall verbessert und verbindlich regelt.
- 15 – Es braucht lange Mindestvertragslaufzeiten. Die bisherigen kurzen Vertragslaufzeiten sorgen in vielfacher Hinsicht für eine Prekarisierung der Arbeit. Zum einen ist offensichtlich, dass so Unsicherheit im Hinblick auf eine Folgeanstellung und damit für eine materielle Lebensgrundlage entsteht. Zum anderen verhindern kurze Vertragslaufzeiten eine effektive Organisation von Arbeiter:innen und ihren Interessen. Dies impliziert wiederum letztlich, dass ein Tarifvertrag ohne Vertragslaufzeiten den Arbeitskampf auf Jahre erschweren würde, da er die Umstände für eine Organisation nicht verbessert hätte.
- 20 – Es braucht personelle Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Mitbestimmung studentischer Beschäftigter in Arbeits- und Einstellungsfragen stellt sicher, dass studentische Interessen und rechtliche Regelungen beachtet und gewahrt werden. Dazu zählt beispielsweise die Aufsicht über die offizielle Ausschreibung einer Stelle oder den Bewerbungsverlauf.
- 25 – Darüber hinaus ist eine langfristige Perspektive im aktuellen Arbeitskampf von Nöten: Bei einem TVStud dürfen wir nicht stehen bleiben. Studentische Beschäftigte müssen als universitäres Personal anerkannt und auch als solches behandelt werden. Es braucht eine Stärkung der Personalrätestruktur im gesamten Hochschulbereich. Langfristig ist also eine Eingliederung in den Tarifvertrag der Länder (TVL) oder eine vergleichbare Regelung anzustreben.
- 30

35 Der SDS unterstützt daher die Kampagne für einen TVStud mit den oben genannten Forderungen. Unsere Unterstützung äußert sich in der konkret praktischen Mitgestaltung der Kampagne. Als SDS bringen wir eine Struktur mit, die es uns an vielen Orten bundesweit ermöglicht, neue TVStud Gruppen (mit)aufzubauen oder diejenigen, die bereits existieren, zu unterstützen. Dabei bringen wir gut ausgebildete Genoss:innen,

welche in theoretischer und praktischer Hinsicht einen qualitativen Unterschied machen können, in den Kampf hinein.

A3. Leitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Gewalt im SDS (Arbeitsstand)

Inhalt:

1. Einleitung: Rahmen und Ziel des Leitfadens
 2. Die Ansprechgruppe
 3. Prävention und Bildung
 4. Gegen welche Fälle von Gewalt gehen wir vor? Klassifikation.
 5. Wie gehen wir gegen diese Fälle sexistischer und sexualisierter Gewalt vor?
Allgemeine Grundlagen des Verfahrens.
 6. Verfahren konkret
 7. Prozessphasen
- Anhang
- Die Unterstützer*innen-Gruppe
 - Kontaktpersonen

1. Einleitung: Rahmen und Ziel des Leitfadens

5 Feministische Bewegungen haben in den vergangenen Jahren mit großer Kraft eine zentrale Idee auf die Agenda gesetzt: sexistische Gewalt in ihren ganz verschiedenen Erscheinungsformen stabilisiert eine Geschlechterhierarchie, die die Betroffenen davon abhält, sich selbst zu entfalten und sich politisch einzubringen, die sie ausschließt und somit ihre Ausbeutung bedingt und ermöglicht. Das bedeutet, dass wir die Verhältnisse ganz grundlegend ändern müssen, damit sie gewaltfrei werden, aber wir müssen auch unsere eigenen, alltäglichen Praktiken reflektieren und erneuern, um auch darüber die Verhältnisse zu ändern. Überall – in unseren persönlichen, kollektiven und politischen Zusammenhängen, denn kein Raum steht außerhalb der Gesellschaft.

15 Dieser Leitfaden soll als Kompass zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Gewalt innerhalb von Die Linke.SDS dienen. Auch wenn der Weg lang ist und notwendig auch über die Überwindung patriarchaler Verhältnisse in der Gesellschaft führen muss: Dieser Leitfaden soll langfristig dazu beitragen, den SDS in einen Ort zu verwandeln, in dem sich alle frei und wohl fühlen können und es keine sexistische Gewalt gibt. Er orientiert sich u.a. am entsprechenden Leitfaden der interventionistischen Linken (iL)¹¹ sowie an jenem der baskischen Genoss*innen¹² und übernimmt mitunter Teile daraus. Der Leitfaden wird kontinuierlich evaluiert und weiterentwickelt, insbesondere anhand von Erfahrungen in konkreten Prozessen.

20

¹¹<https://interventionistische-linke.org/sites/default/files/attachements/il-leitfaden.pdf>

¹²<https://www.rosalux.de/publikation/id/46664/beispiel-baskenland-leitfaden-zum-umgang-mit-sexistischer-gewalt>

Geschlechterhierarchie und sexistische Gewalt in der Gesellschaft und im SDS

Unter sexistischer Gewalt verstehen wir gewaltvolle Handlungen gegenüber einer Person oder Gruppe aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit; dazu zählt auch Gewalt gegen
5 Personen, die die Heteronormativität oder die etablierten Genderstereotypen infrage stellen. Diese Arten von Gewalt sind keine Einzelfälle oder individuellen Übergriffe, sondern Ausdruck einer strukturellen patriarchalen und von Machtbeziehungen durchdrungenen Unterdrückung. Sie spiegeln patriarchale Machtstrukturen und halten sie aufrecht. Wir verstehen sie daher als systemische oder strukturelle Gewalt und sind
10 der Auffassung, dass sie unsere kollektiven politischen Werte verletzt. Sexistische Gewalt kann unterschiedlich aussehen. Manchmal ist sie offensichtlich und andere Male bleibt sie fast unerkannt. Sie kann mit unterschiedlicher Intensität auftreten und erlebt werden. Einige Formen hinterlassen körperliche, andere unsichtbare Spuren in uns. Manche Formen geschehen von Angesicht zu Angesicht, andere im digitalen Raum oder über
15 Dritte. Manche wiederholen sich täglich, zu anderen kommt es sporadisch.

Wenn wir von sexualisierter Gewalt sprechen, meinen wir alle Formen sexueller Handlungen, die nicht auf einem konsensuellen Einvernehmen beruhen und damit die sexuelle Selbstbestimmung und Integrität einer Person angreifen. Das beinhaltet sowohl
20 Handlungen, mit deren Hilfe sexuelle Interessen gegen den Willen einer Person durchgesetzt werden, als auch Handlungen, mit denen primär nichtsexuelle Interessen durchgesetzt werden sollen (z.B. Machtausübung). Die Gewalt kann sich sowohl physisch als auch psychisch ausdrücken und systematisch auftreten. Dieser Leitfaden soll demnach auf alle Vorfälle von Gewalt Anwendung finden, die primär im Kontext einer
25 Geschlechterhierarchie stattfinden. Das heißt, dass die Gewalt sich vorrangig gegen FLINTA*-Personen richtet und von männlichen Personen ausgeübt wird.

Kollektive Verantwortungsübernahme

Unser Anspruch ist unentwegt emanzipatorisch und demokratisch: Wir sind der festen Überzeugung, dass gewaltvolle Strukturen und Herrschaftsverhältnisse überwunden
30 werden können und dass auch Personen sich in kollektiven Prozessen verändern und Alternativen zu ihrem bisherigen Denken, Fühlen und Handeln erlernen können. Dieser Ansatz findet sich vor allem im Konzept der Transformativen Gerechtigkeit wieder.

Transformative Gerechtigkeit übt Kritik an staatlichen Strafsystemen, die sich struktureller Unterdrückungsmechanismen bedienen und durch Strafen eben keine
35 Veränderung der Strukturen bewirken. Statt mit Bestrafungsmechanismen zu arbeiten, ist der Ansatz darauf fokussiert, die Gewalt im Kollektiv zu bekämpfen und eine langfristige, radikale und kollektive Transformation zu erreichen. Dazu gehört, Schutzräume für Betroffene zu schaffen und weniger gewaltförmige Handlungsmöglichkeiten auf der persönlichen, zwischenmenschlichen, institutionellen
40 und gesellschaftlichen Ebene aufzuzeigen und zu ermöglichen.

Unser Umgang mit Gewalt findet in diesem Leitfaden auf drei Ebenen statt. Auf der ersten Ebene bezieht er die betroffene Person und ihre Unterstützung als Grundlage des Prozesses ein, unterstützt auf der zweiten Ebene die gewaltausübende Person, die

Bereitschaft dazu zeigen muss, bei der Verantwortungsübernahme und richtet sich auf einer dritten Ebene an das ganze Kollektiv. Die vierte Ebene, der gesamtgesellschaftliche Kampf für die Überwindung des Patriarchats, muss immer mitgedacht werden und ist Teil unserer politischen Praxis. Diese Ebene der feministischen Gesellschaftsveränderung über unseren Verband hinaus steht unter Rahmen und Zielsetzung dieses Leitfadens allerdings nicht im Fokus.

Parteilichkeit

Die betroffene Person und ihre Bedürfnisse sind die Grundlage des Prozesses: Das, was sie sagt, wird berücksichtigt und ihr Tempo wird respektiert. Die Anwendung des Leitfadens soll die Handlungsmöglichkeiten der betroffenen Person erweitern und nicht einschränken – seine Anwendung soll also vereinbar sein mit anderen Angeboten und professioneller Unterstützung.

Die Bedürfnisse der betroffenen Person sind nicht der einzige Faktor für die Auswahl eines Vorgehens: Das Vorgehen orientiert sich an der Art der Gewaltanwendung und erfolgt anhand der Informationen, die im Moment der Entscheidung zur Verfügung stehen. Prozesse können in unterschiedliche Richtungen und mit unterschiedlichen Ausgangspunkten eingeleitet werden: In Bezug auf die gewaltausübende Person sind die Bereitschaft und Anerkennung des zugefügten Leids ein zusätzlicher wichtiger Faktor. Auch in Bezug auf das Kollektiv sind die Bereitschaft und Anerkennung der eigenen Gewalt stützenden Verhaltensweisen und Strukturen relevant, aber auch die Bedürfnisse im Kollektiv.

Anwendungsbereich

Personell: Wir wenden den Leitfaden an, wenn mindestens eine der in den Fall von Gewalt involvierten Personen, also entweder die betroffene Person oder die gewaltausübende Person oder beide, aktiv beim SDS sind. In Fällen, in denen keine der Personen aktiv beim SDS ist, wenden wir den Leitfaden nicht an, aber er kann trotzdem Orientierung geben, bei Fällen sexistischer und sexualisierter Gewalt Stellung zu beziehen.

Räumlich: In unterschiedlichen Räumen haben wir unterschiedliche Möglichkeiten, den Leitfaden anzuwenden. Je nach Raum haben wir eine große Bandbreite und damit auch unterschiedliche Möglichkeiten der Intervention.

- Eigene Räume: z.B. Bundeskongress, Seminarwochenenden, Sommerakademie, Büro, Plena/Sitzungen, öffentliche Veranstaltungen von uns: Hier haben wir den Anspruch, freie und möglichst sichere Räume für alle zu schaffen. Dafür ist Vorarbeit nötig. Wir können selbst Strukturen schaffen, die Gewalt verhindern und als provisorische Maßnahme gewaltausübende Personen vorübergehend aus Räumen suspendieren.

- Räume, in denen wir uns aufhalten, aber auch andere: z.B. Kongresse von anderen Organisationen mit Delegationen von uns, Demos, Bündnisse: Hier arbeiten wir mit den gleichen Grundsätzen, müssen konkrete Verfahren aber in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen/Organisationen entwickeln und umsetzen.

- **Digitaler Bereich:** z.B. Online-Veranstaltungen, Messenger, Social Media: Gewalt kann auch in digitaler Form ausgeübt werden. Unser Raum ist hier schwieriger einzugrenzen, trotzdem ist es wichtig, den Leitfaden auch hier anzuwenden.

5 Auch wenn im Folgenden u.a. spezifische Zuständigkeiten zugewiesen werden, gilt dennoch: **Die Verantwortung für die Umsetzung des Leitfadens liegt bei der gesamten Struktur.**

2. Die Ansprechgruppe

10 Die Ansprechgruppe ist ansprechbar für von sexistischer und sexualisierter Gewalt betroffene Genoss*innen, sowie für gewaltausübende Personen und Menschen, die Vorfälle sexistischer und sexualisierter Gewalt im Verband mitbekommen.

Sie steht in einem solchen Fall der*dem Betroffenen beratend und moderierend zur Seite und übernimmt für das weitere Vorgehen Verantwortung. Die Ansprechgruppe ist vertraulich, agiert ohne zeitlichen Automatismus und ohne, dass ein Prozess in Gang gesetzt werden muss.

15 So sollen sich auch Betroffene, die noch nicht wissen, wie sie mit ihren Erfahrungen umgehen wollen, befähigt fühlen, die Ansprechgruppe zu kontaktieren, um auch schon an diesem Punkt unterstützt zu werden. Politisch finden wir es wichtig der*dem Betroffenen und den Personen, denen er*sie sich anvertraut hat, keinerlei Mitschuld am weiteren Verhalten der gewaltausübenden Person zu geben. In diesem Sinne ist der Schutz Dritter für uns kein legitimer Grund den Vorfall gegen den Wunsch der betroffenen Person zu thematisieren, da dies eine moralische Verantwortung der Betroffenen im Umgang mit ihrem Erlebten impliziert.

25 Die Ansprechgruppe fungiert auch als Wissensspeicher. Sie erarbeitet Wissen und Informationen, legt u.a. eine Übersicht mit Kontakten und Adressen (Beratungsstellen, Therapeut*innen, Anwalt*innen etc.) an. Jeweils Hilfreiches gibt sie entsprechend an Betroffene, Unterstützer*innengruppen und/oder Kontaktperson(en)¹³ weiter. Die Ansprechgruppe ist dafür verantwortlich, dass sich eine Unterstützer*innengruppe bildet, bzw., falls dies nicht möglich ist, anderweitig Hilfe zu organisieren. Sie hilft Unterstützer*innengruppen dabei, anfängliche Fragen zu klären und mit der Arbeit zu beginnen. Sie bleibt über den gesamten Prozess ansprechbar. Darüber hinaus erarbeitet sie auf Wunsch mind. einer beteiligten Person einen Vorschlag für einen Prozess der transformativen Aufarbeitung. Dabei orientiert sie sich an entsprechenden demokratisch legitimierten Leitfäden, die immer wieder Gegenstand verbandsöffentlicher Debatte sind.

30 Die Ansprechgruppe erarbeitet einen Verfahrensvorschlag anhand einer Einordnung des Übergriffs in die 4 Kategorisierungen der Gewalt unter Berücksichtigung aller Aspekte (s. Kategorisierungen, Verfahren, Prozessphasen).

40 Alle Informationen von Betroffenen, die der Ansprechgruppe anvertraut werden, bleiben ausschließlich in der Ansprechgruppe, sofern die betroffene Person dies nicht klar anders

¹³Für beides s. Anhang.

kommuniziert. Die Mitglieder der Ansprechgruppe dürfen sich intern über die an sie herangetragenen Fälle anonymisiert beraten, sollen sich auch gegenseitig emotional unterstützen und bei Bedarf externe Hilfsangebote wahrnehmen.

Die Ansprechgruppe besteht aus bis zu 6 gleichberechtigten Mitgliedern, die durch den Bundeskongress gewählt werden. Mitglieder des Bundesvorstands und der Geschäftsführung sowie bezahlte Stellen des Verbandes können nicht Teil der Ansprechgruppe sein. Mindestens die Hälfte der Mitglieder sind FLINTA* Personen. Sollte der Bundeskongress aus zeitlichen oder sonstigen Gründen keine Personen für die Ansprechgruppe wählen können, Plätze vakant bleiben oder Personen vor Ende der Legislatur aus der Ansprechgruppe ausscheiden, wird der Bundesvorstand mit der (Nach-)Wahl beauftragt.

Die Ansprechgruppe ist über folgende E-Mail-Adresse erreichbar: ansprechgruppe@linke-sds.org. Es besteht auch die Möglichkeit, nur die FLINTA*-Personen (ansprechgruppe.flinta@linke-sds.org) oder gezielt Einzelne in der Ansprechgruppe zu kontaktieren.

3. Prävention & Bildung

Der Leitfaden ist eingebettet in einen umfassenderen Prozess der kollektiven feministischen Praxis, der politischen Bildung und der Entwicklung einer gemeinsamen Sprache und Vision. Prävention und Bildung haben dabei das Ziel, perspektivisch die systematische Unterdrückung in Verbandsstrukturen zu beseitigen und einen Raum zu schaffen, in dem sich alle wohlfühlen können. Konkret bedeutet Prävention im Kontext von sexualisierter Gewalt Maßnahmen wie Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit, die darauf abzielen das Eintreten von sexualisierter Gewalt vorzubeugen, Awareness in innerverbandlichen Strukturen sowie Selbstbestimmung von FLINTA* zu stärken.

Ein wesentlicher Aspekt der Präventionsarbeit ist der Bezug zum **Kollektiv**, da dieses gemeinsame politische Werte und Praktiken innerhalb der Gruppe festlegt. Kollektive feministische Praxis kann sicherstellen, dass Vorfälle von sexualisierter Gewalt kaum bis gar nicht erst eintreten oder dass das Kollektiv für den Umgang mit sexualisierter Gewalt gut gerüstet ist.

Als Die Linke.SDS verpflichten wir uns dazu, Bildungsmaßnahmen im Sinne der transformativen Gerechtigkeit auszubauen und unserem Verband zur Verfügung zu stellen. Zielgruppen der Prävention und Bildung sind insbesondere die Basisgruppen, Verbandsstrukturen, gewählte Gremien und Vorstände sowie Angestellte des Verbandes. Schulungen zur sexualisierten Gewalt müssen für gewählte Gremien und Vorstände sowie Angestellte **verpflichtend** angeboten werden. Auch da wir es in unserem Verband auch häufig mit informellen Hierarchien zu tun haben, muss das Ziel sein, möglichst viele Genoss*innen zur Teilnahme an diesen Bildungsformaten zu motivieren.

Um die politische Arbeit im Verband für FLINTA*s barriereärmer zu machen und bestehende Geschlechterverhältnisse zu verändern, arbeiten wir neben Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit, mit Instrumenten wie doppelt quotierten Redelisten und quotierten

gewählten Positionen, Bestärkung von FLINTA*s, Awareness-Teams auf größeren Veranstaltungen und FLINTA*-Austauschräumen.

5 Für die Bildungsarbeit kann es hilfreich sein eine Referent*innenliste anzulegen, die Inhalte von Referent*innen, Fachpersonen und externe Organisationen zu unterschiedlichen Themen beinhaltet.

4. Gegen welche Fälle von Gewalt werden wir vorgehen?

4.1 Kriterien zur Klassifikation der Verfahren

10 Da sexistische und sexualisierte Gewalt unterschiedlich aussehen und erlebt werden kann, wollen wir sie nicht graduell bewerten. Stattdessen wollen wir uns nach unseren jeweiligen Verfahrensweisen richten, die auf verschiedene Formen von Übergriffen reagieren.

15 Die Kategorisierungen der Gewalt bilden keine starren Grenzen, sondern sollen viel mehr als Richtlinien zur Verfahrensfindung dienen. Für die Einordnung eines Übergriffs ist immer eine Berücksichtigung aller Aspekte und ihrer wechselseitigen Beziehungen notwendig, folglich auch kontextuelle Aspekte, also Faktoren, die Übergriffe und ihr Erleben beeinflussen.

20 So können zum einen die Machtposition, aus der die gewaltausübende Person handelt, sowie die Wiederholung des übergriffigen Verhaltens einen Unterschied für die betroffene Person machen. Weitere Beispiele für kontextuelle Aspekte sind die Intensität, Sichtbarkeit, (soziale) Stellung, Dauer und konkreten Auswirkungen auf die betroffene Person, also etwa was die betroffene Person durch den Übergriff aufgehört hat zu tun.

25 Es ist relevant, diesen Kontext in die Überlegung nach dem passenden Verfahren mit einzubeziehen, weil dieser die Dimension des Übergriffs sowie die Folgen für die betroffene Person bestimmen kann. Das Beachten der kontextuellen Aspekte kann also zu einer Einordnung in einen anderen Typ führen und hilft dabei, das passende Verfahren zu finden/festzulegen.

4.2 Tabelle sexistischer Übergriffe

30 Die folgende Tabelle¹⁴ soll helfen, mögliche sexistische Einstellungen und Handlungen zu erkennen und zu benennen und dadurch sichtbar zu machen. Die Aufzählung soll auf persönlicher Ebene wirken und es sollen kollektive Mechanismen und Muster politisiert werden. Es geht um Verhaltensweisen, die in allen Bereichen unseres privaten und politischen Lebens vorkommen können. Das Verhalten, das wir erlernt und verinnerlicht haben, wollen wir ablegen und neue Arten finden, miteinander in Beziehung zu treten,
35 um selbstbestimmt (in der Gemeinschaft) zu leben.

¹⁴Beinahe vollständig aus dem baskischen Leitfaden übernommen (s. Fußnote 2).

<p>Typ 1</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verhaltensweisen, die die Machtposition und Privilegien stärken, auf denen das patriarchale System basiert • Deren Ziel: das sexistische System aufrechterhalten, indem Menschen nicht anerkannt, ausgelacht oder herabgewürdigt werden • Können individuelle oder kollektive Handlungen sein • Meist kontinuierlich und destruktiv • Bei Sichtbarmachung der Verhaltensweisen werden ihre Absichten oft geleugnet oder ihre Auswirkungen als belanglos abgetan • Schaffen unfreie Räume für Frauen und Queers <p>Herabwürdigen, ignorieren, aufdrängen, infantilisieren, objektivieren, den Raum dominieren, paternalistisch auftreten, für sie sprechen, systematisch unterbrechen, Debatten monopolisieren, manipulieren, über Verhaltensweisen/Herkunft/sexuelle Orientierung etc. urteilen und Witze machen, sexistische Kommentare/Sprache/Haltung (unterstützen), Grundprinzipien des Leitfadens nicht achten</p>	<p>Typ 2</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verhaltensweisen, deren Ziel es ist, bestimmte Personen sowohl im öffentlichen als auch privaten Raum einzuschüchtern und zu kontrollieren • Anfangs oft subtil, sukzessive Steigerung • Führen zu Gefühl der Nichtigkeit der betroffenen Person • Diese Verhaltensweisen werden oft gerechtfertigt oder relativiert • Wirken destruktiv auf betroffene Person schaffen Situationen, die von Angst und fehlendem Selbstbewusstsein geprägt sind • Lösen Unbehagen in der Gemeinschaft aus und erhöhen Stress und Anspannung <p>Kontrollieren, einschüchtern, isolieren, beleidigen, anschreien, demütigen, anmachen, Privatsphäre missachten, emotionale Erpressung, Kontrolle der Finanzen, bestimmtes Verhalten oder sexistische Übergriffe verharmlosen, Leitfaden abwerten oder Verwirrung stiften</p>
--	---

<p>Typ 3</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verhaltensweisen, die zum Ziel haben, Personen zu unterdrücken und zu dominieren und ihnen so ihre körperliche und sonstige Selbstbestimmung zu versagen • Aggressive Verhaltensweisen • Ausübende Person kann ein NEIN nicht respektieren • Ziel zu demütigen und Schaden zuzufügen • Für die betroffene Person entstehen von ständigem Stress und Angst geprägte Situationen, die für sie und ihr Umfeld schwerwiegende Folgen haben <p>Belästigen, bedrohen, Berührungen ohne Einverständnis, Bilder sexueller Art/persönliche Daten/ private Informationen einer Person ohne deren Zustimmung verbreiten, eine Person wiederholt und hartnäckig zu etwas Sexuellem drängen, nachdem sie dies abgelehnt hat</p>	<p>Typ 4</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sehr gewaltsame sexistische Übergriffe, die die betroffene Person zu bestrafen und zu zerstören suchen • Entmenschlichung der betroffenen Person • Schreckliche Folgen für betroffene Person und Gemeinschaft <p>Sexualisierte Gewalt, körperliche und psychische Gewalt, sexueller Missbrauch Minderjähriger, Gewalt gegen Minderjährige mit dem Ziel, der Frau zu schaden, Ermordung</p>
--	--

5. Wie gehen wir gegen diese sexistische und sexualisierte Gewalt vor? Allgemeine Grundlagen der Verfahren.

5 Den sexistischen Übergriffen (in Zusammenhang mit den kontextuellen Aspekten) sind verschiedene Verfahrensweisen zugeordnet. Das Ziel ist hierbei, auf verschiedene Gewaltsituationen mit möglichst angemessenen Maßnahmen zu reagieren, die zu deren Beendigung führen sollen. Bevor die konkreten Verfahren beschrieben werden, werden hier ein paar allgemeine Merkmale dieser Prozesse genannt.

10 Parteilichkeit: Wie bereits unter Grundsätzliches ausgeführt, stehen die betroffene Person und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt des Prozesses.

Verhältnismäßigkeit: Das Vorgehen im konkreten Fall wird nach der Art des Übergriffs bestimmt. Grundlage der Klassifikation sind die Informationen, die im Moment der Entscheidung vorliegen. Unsere Klassifikation und Verfahrensweisen können nicht in allen Fällen greifen und sind auch nicht starr-schematisch zu verstehen. Sie geben aber

wesentliche Anhaltspunkte für die Anwendung des Leitfadens, die flexibel und gleichzeitig getreu den beschriebenen grundsätzlichen Prinzipien zum Einsatz kommen.

In jedem Verfahren sind möglichst alle Handlungsebenen, mit unterschiedlichen Ausgangspunkten und Intentionen, einzubeziehen:

- 5 Die Wünsche und Bedürfnisse der **betroffenen Person** müssen unbedingt berücksichtigt werden. Unabhängig von der festgestellten Form der Gewalt und den Umständen, steht die Selbstermächtigung und der Schutz der betroffenen Person an erster Stelle. Dazu kann es hilfreich und in manchen Fällen sogar notwendig sein, dass sich eine Unterstützer*innengruppe bildet, die der betroffenen Person im Prozess beisteht. Diese
- 10 sollte aus Personen bestehen, denen die betroffene Person vertraut. Die Aufgaben der Unterstützer*innengruppe sind nicht strikt festgelegt und richten sich nach den Bedürfnissen der betroffenen Person, aber auch nach den Kapazitäten der Unterstützer*innen. Neben der Interessenvertretung für die betroffene Person muss im
- 15 Prozess oftmals auch viel emotionale Unterstützung oder Hilfe in der Alltagsbewältigung geleistet werden. In vielen Vorfällen von sexistischer Gewalt kann es sein, dass die betroffene Person keine Unterstützer*innengruppe benötigt. Selbstverständlich muss aber auch in diesen Fällen das Kollektiv solidarisch und parteilich an der Seite der betroffenen Person stehen und sie im Prozess unterstützen.¹⁵

- 20 Die **gewaltausübende Person** muss Bereitschaft zeigen und das zugefügte Leid anerkennen. Ein wichtiger Aspekt transformativer Gerechtigkeit ist die Arbeit mit der Gewalt ausübenden Person. Dazu sollen Kontaktpersonen bestimmt werden. Diese übernehmen die Kommunikation mit ihr und begleiten den Reflexions- und Aufarbeitungsprozess.¹⁶

- 25 Die Einrichtung einer Unterstützer*innengruppe und das Bestimmen von Kontaktpersonen sind ein wichtiger Teil davon, wie die **Gemeinschaft** sich am Aufarbeitungsprozess beteiligt, die kollektive Verantwortung geht jedoch noch weiter. Insbesondere sollten sich alle Mitglieder des Kollektivs als Teil des Prozesses verstehen, nicht nur die Personen, die konkrete Aufgaben als Unterstützer*in oder Kontaktperson übernehmen. Die Gemeinschaft hat das Leid meist mitverursacht und durch die Gewalt
- 30 selbst Leid erfahren. Sie muss Bereitschaft zeigen, an den eigenen Strukturen und Handlungsweisen zu arbeiten. Dazu gehört zum einen, sich im konkreten Fall solidarisch mit der betroffenen Person zu zeigen und keinen Täterschutz aufkommen zu lassen, zum anderen sexistischer Gewalt durch feministische Bildungsarbeit und Strukturentscheidungen (z.B. quотиerte Redelisten) präventiv vorzubeugen.

- 35 **Gewährleistung:** Während des Prozesses ist sicherzustellen, dass die Rechte aller Personen gewahrt bleiben. Der gewaltausübenden Person ist detailliert zu erklären, welche Vorfälle zum Inkrafttreten des Leitfadens geführt haben. Dabei gibt es keinen Raum für abweichende Interpretation, denn die ausgeübten Handlungen zu verstehen und zu verändern ist notwendiger Ausgangspunkt für einen Transformationsprozess.

¹⁵Weitere Informationen zu und für Unterstützer*innengruppen befinden sich im Anhang.

¹⁶Weitere Informationen zu und für Kontaktpersonen befinden sich im Anhang.

Suspendierungsmaßnahmen können nötig sein, um in Prozessen angemessen voranzuschreiten oder auch, um Schutzräume zu gewährleisten. Die Wiederaufnahme in die aktivistischen Zusammenhänge ist möglich, wenn die Gewalt ausübende Person das vom Leitfaden festgelegte Verfahren durchlaufen hat und ihr Verhalten ändert. Ist dies nicht der Fall, muss davon ausgegangen werden, dass sie zu keinen Veränderungen bereit ist, unsere Grundüberzeugungen nicht teilt und deshalb kein Teil des Kollektivs mehr ist.

Vertraulichkeit und Umgang mit Informationen: Es ist wichtig, der Person, die einen Übergriff meldet, Vertraulichkeit zu garantieren. Unter Wahrung der Vertraulichkeit müssen allerdings die je notwendigen Informationen sowohl mit der betroffenen als auch mit der gewaltausübenden Person geteilt werden.

6. Verfahren (konkret)

Im Folgenden werden die groben Merkmale geschildert, wie ein Verfahren bei den einzelnen Typen von Gewalt aussehen kann. Es handelt sich hierbei um eine Richtlinie, die genauen Maßnahmen müssen in jedem Fall einzeln geklärt werden und müssen die Bedürfnisse der betroffenen Person und die kontextuellen Aspekte berücksichtigen:

Typ 1: Die Dominanzstrategien und Herabwürdigungen, die in diese Kategorie fallen, sind Teil eines meist unreflektierten, sexistischen Verhaltens. Der gewaltausübenden Person sind die Auswirkungen ihres Verhaltens möglicherweise gar nicht bewusst.

Die Gemeinschaft muss sich mit der angegriffenen Person solidarisch zeigen und die gewaltausübende Person auf das Fehlverhalten hinweisen. Die gewaltausübende Person ist dazu angehalten, sich mit ihrem Fehlverhalten auseinanderzusetzen und ihr Verhalten zu ändern. Hierzu empfiehlt sich die Teilnahme an entsprechenden Fortbildungen und Veranstaltungen.

Die Gemeinschaft ist dazu angehalten, zu prüfen, inwieweit solches Verhalten in der Gruppe geduldet oder bestärkt wird und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um solchem Verhalten nachhaltig vorzubeugen.

Typ 2: Die Bedürfnisse der betroffenen Person sind Ausgangspunkt des Prozesses und müssen mit ihr abgesprochen werden. Insbesondere muss geprüft werden, ob die Einrichtung einer Unterstützer*innengruppe oder Vorsichtsmaßnahmen gewünscht/notwendig sind. Die Gewaltausübende Person muss ihr Fehlverhalten anerkennen und ändern. Dazu ist mindestens das Besuchen von Fortbildungen zu dem Thema erforderlich, je nach Kapazitäten der Gruppe können auch Kontaktpersonen bestimmt werden. Ähnlich wie beim ersten Typ steht die Gemeinschaft in der Pflicht, sich zu feministischen Themen weiterzubilden und an den eigenen Strukturen zu arbeiten.

Typ 3: Um einen Schutzraum für die betroffene Person zu schaffen, sollte die gewaltausübende Person bis zur Klärung der ersten Schritte und dem Beginn eines Aufarbeitungsprozesses vorläufig von den Plena und Veranstaltungen des Verbands suspendiert werden. Die Gründung einer Unterstützer*innengruppe ist zu empfehlen. Sollte dies nicht möglich sein oder bestimmte Aspekte der Unterstützung nicht von der Gruppe geleistet werden können, ist es die Aufgabe des Verbands (der Ansprechgruppe)

der betroffenen Person bei der Suche nach professioneller Unterstützung (z.B. Anwält*innen, Therapeut*innen) zu helfen.

5 Für die Wiederaufnahme der gewaltausübenden Person in die Strukturen ist es erforderlich, dass sie ihr Fehlverhalten anerkennt und sich aktiv am Aufarbeitungsprozess beteiligt. Für diesen Prozess ist es wünschenswert, dass die Gemeinschaft nach den Grundsätzen von transformativer Gerechtigkeit und kollektiver Verantwortungsübernahme mit der Gewalt ausübenden Person arbeitet (mittels Kontaktpersonen). Hierfür kann es auch erforderlich sein, sich an Expert*innen und
10 professionelle Stellen zu wenden.

Typ 4: Der Schaden, der durch diese Formen von Gewalt angerichtet wird, ist oft zu groß, als dass interne, nicht professionelle Verbandsstrukturen ausreichende Unterstützung bieten können. Kontakt zu professionellen Anlaufstellen ist unbedingt empfehlenswert.
15 Trotzdem greifen auch und vor allem bei diesem Typ die Grundsätze kollektiver Verantwortungsübernahme und die Gemeinschaft sollte nach Möglichkeit eine Unterstützer*innengruppe bilden, um die betroffene Person so gut es geht zu unterstützen. Wir halten es nicht für möglich, eine Person, die derartige Gewalt ausübt, noch als Genoss*in anzusehen und ein Ausschluss wird in der Regel notwendig sein. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Gemeinschaft aus der Verantwortung genommen wird:
20 Es ist wichtig, weder die individuelle Person zu dämonisieren (um sich somit selbst von dem Problem sexualisierter Gewalt zu distanzieren) noch die Verantwortung auf das Rechtssystem abzuwälzen, auf das in solchen Fällen viel zu oft kein Verlass ist. Die Gemeinschaft (und insbesondere cis-männliche Genossen) müssen sich mit sexistischer
25 Gewalt (und der eigenen Verstrickung und Täterschaft) auseinandersetzen. Aufarbeitende Arbeit mit der Gewalt ausübenden Person kann Teil dieser Arbeit sein, es muss jedoch gerade bei einem solchen Fall besonders darauf geachtet werden, dass diese Arbeit nicht in Täterschutz umschlägt oder der gewaltausübenden Person Zugang zu unseren Strukturen und Räumen offenhält.

30 **7. Prozessphasen**

7.1 Aktivierung

Nach der **Meldung eines Übergriffs** an die Ansprechgruppe erarbeitet diese eine **Voreinschätzung**. Sie muss einschätzen, ob es sich um einen Fall handelt, bei dem der Leitfaden aktiviert wird. Dafür holt sie Informationen ein (z.B. über einen Fragebogen) und
35 wendet die Kriterien des Leitfadens an.

Sollte der Leitfaden aus unterschiedlichen Gründen nicht zum Einsatz kommen, sind dennoch weitere Entscheidungen und Handlungen möglich und ggf. nötig: a) Wenn der Fall außerhalb der Zuständigkeit des Leitfadens liegt, muss geklärt werden, ob es notwendig ist Position zu beziehen oder ggf. andere Schritte einzuleiten; b) Sollte
40 herauskommen, dass kein Fall sexistischer Gewalt vorliegt, wird je nach dem vorherigen Verlauf eine Wiedergutmachung gegenüber der Person, die der Gewalt beschuldigt wurde, angestrebt.

Sollte der Leitfaden zum Einsatz kommen, ist zunächst zu prüfen, ob vorläufige Maßnahmen ergriffen werden müssen und ein Bericht zu erstellen.

Wir treten mit der Gewalt ausübenden sowie betroffenen Personen in Kontakt. Dafür müssen separate Leitlinien entworfen werden.

- 5 Während des Prozesses werden nur Personen berücksichtigt, die direkte Zeug:innen des Geschehens waren, der Bundesvorstand ist in geeigneter Weise über den Prozess zu informieren.

7.2 Analyse

- 10 Die Ansprechgruppe erarbeitet einen **Bericht**. Auf dessen Grundlage klassifiziert¹⁷ sie den Fall und schlägt einen **Rahmen für die Umsetzung eines Verfahrens aus dem Leitfaden vor**, der insbesondere Maßnahmen, Zeitpläne und Überprüfungsmechanismen beinhaltet. Der Bericht beinhaltet:

- 15 - Die Aussage der betroffenen Person (in der, wenn möglich, auch der durch die Gewalt verursachte Schmerz zum Ausdruck kommen soll),
- eine Auswertung des Gespräches mit der Gewalt ausübenden Person,
- eine Analyse des Umfelds,
- eine Risikoanalyse (Tendenzen zur Ab-/Zunahme),
- eine Erläuterung der Informationsquellen.

20 7.3 Anwendung von Maßnahmen und Gestaltung des Prozesses

Die Ansprechgruppe erarbeitet einen detaillierten Entwurf des erforderlichen Prozesses aus. Dazu gehören:

- 25 - die genaue Definition des betroffenen Bereichs oder der betroffenen Bereiche,
- Maßnahmen und Zeitpläne,
- Regelungen zur Informationsweitergabe: Wer wird wovon unterrichtet?

Es folgt die Durchführung der Maßnahmen und Mitteilung von Entscheidungen.

7.4 Nachverfolgung und Evaluation

- 30 Im Nachgang erfolgt eine Analyse in der Ansprechgruppe zur Umsetzung des Verfahrens. Außerdem ein Abschlussbericht und eine Reflexion über Prozesse der Umsetzung des Leitfadens auf den drei Ebenen (Gewalt betroffene Person, Gewalt ausübende Person und Gemeinschaft) über einen längeren Zeitraum hinweg.

Anhang: Unterstützer*innen- und Kontaktgruppe

Unterstützer*innengruppe

- 35 Die Unterstützer*innengruppe besteht aus Personen, zu denen die*der betroffene Genoss*in ein Vertrauensverhältnis hat. Dies können Personen aus der eigenen

¹⁷bei Schwierigkeiten zieht sie dafür Expert*innen zu Rate

Ortsgruppe, aus anderen Ortsgruppen und/oder auch von außerhalb des Verbandes sein. Wünschenswert ist es auch, dass die Unterstützer*innengruppe auch das Vertrauen der betreffenden Ortsgruppe oder Gliederung besitzt. Die Zusammensetzung dieser Gruppe kann nur durch die*den betroffene*n Genoss*in legitimiert werden. Genoss*innen, die
5 in der Unterstützer*innengruppe arbeiten, müssen zudem der Unterstützungsarbeit gewachsen sein und auch unangenehme Debatten aushalten können.

Die zentralen Aufgaben der Unterstützer*innengruppe sind:

a) Hilfe zur Selbstermächtigung der*des angegriffenen Genoss*in:

Ein*e von sexistischer oder sexualisierter Gewalt betroffene*r Genoss*in braucht oft
10 emotionalen Support. Für eine hilfreiche Unterstützung der*des betroffenen Genoss*in sind Ermutigung und Bestätigung ihrer*seiner Wahrnehmung des Geschehenen elementar. Da der*die Betroffene bei sexistischen oder sexualisierten Übergriffen u.a. auch Ohnmacht und den Verlust von eigener Handlungsfähigkeit empfinden kann, muss die Handlungsfähigkeit der*des betroffenen Genoss*in unterstützt werden. Dies kann in
15 unterschiedlicher Art und Weise erreicht werden, da jede*r einen unterschiedlichen Umgang mit Übergriffssituationen wählt: Es kann wichtig sein, die*den angegriffene*n Genoss*in im Falle eines (vorläufigen) Rückzuges zu unterstützen, um sie*ihn gegen Infragestellungen und nicht zu bewältigende Konfrontationen zu schützen. Es kann ebenso wichtig sein, sie*ihn in internen Auseinandersetzungen zu begleiten und zu
20 unterstützen. Ebenso kann es sein, dass der*die Betroffene Unterstützung bei der Herstellung eines geschützten Raums braucht.

b) Vertretung der*des angegriffenen Genoss*in:

Auf ausdrücklichen Wunsch spricht die Unterstützer*innengruppe für die*den
25 angegriffene*n Genoss*in, und zwar je nach Wunsch sowohl organisationsintern als auch nach außen. Dabei stehen ihre*seine selbst formulierten Bedürfnisse im Vordergrund. Das kann bedeuten, Namen gegenüber der Ortsgruppe nicht zu nennen. Nur in sehr gut begründeten Ausnahmefällen und nach Diskussion zwischen der*dem Betroffenen und der Unterstützer*innengruppe kann eine Entscheidung gegen den Willen der*des Betroffenen gefällt werden. Dies beinhaltet insbesondere die Wahrung der
30 Unterscheidung zwischen Definitions- und Sanktionsmacht. In der Arbeit können auch Bedürfnisse der*des angegriffenen Genoss*in auftreten, die die politischen oder emotionalen Grenzen der Unterstützer*innen überschreiten. Solche Situationen können allerdings nicht im Rahmen eines hier vorliegenden Leitfadens geklärt werden, sondern müssen ganz konkret angegangen werden – Patentlösungen gibt es hier ebenso wenig
35 wie in anderen Bereichen der hier dargestellten Problematik.

Durch das ausgesprochene Vertrauen hat die Unterstützer*innengruppe eine erhebliche Verantwortung. Diese Verantwortung muss immer wieder reflektiert werden, auch unter Mitwirkung der betreffenden Ortsgruppe oder Gliederung. Wichtig ist auch, dass die Möglichkeiten und auch die Grenzen der Unterstützungsarbeit frühzeitig definiert und
40 (zumindest nach innen) transparent gemacht werden müssen.

Die Unterstützer*innengruppe kann nicht alles machen, aber sie muss sich einen Überblick verschaffen, wer notwendige Unterstützungsaufgaben übernimmt, und sie muss bei Unterstützungslücken einen Umgang damit entwickeln. Selbstverständlich können einzelne Aufgaben immer auch von anderen Strukturen wie z.B. Freund*innen, Verwandten oder der Ortsgruppe übernommen werden.

Eine Strafverfolgung der gewaltausübenden Person bzw. die Inanspruchnahme des Gewaltschutzgesetzes durch die betroffene Genoss*in kann Sinn machen, aber auch Probleme mit sich bringen. Unterstützer*innengruppe und betroffene Genoss*in sollten sich in dieser Frage untereinander und mit Anwalt*innen bzw. mit professionellen Beratungsstellen eingehend beraten.

Konkrete erste Schritte

Aus der praktischen Erfahrung Einzelner im Verband sowie anderer Gruppen hat sich gezeigt, dass gerade am Anfang eine gewisse Unsicherheit darüber besteht, wie die hier genannten Ziele konkret in der Arbeit der Unterstützer*innengruppe umzusetzen sind. Die folgende Beschreibung erster Schritte bei der Gründung einer Unterstützer*innengruppe soll bei der Umsetzung im konkreten Fall eine erste Orientierung bieten. Da es wichtig ist, der*dem betroffenen Genoss*in gleich zu Beginn eine gute Unterstützung zu bieten, sollte mit den hier beschriebenen ersten Schritten zur Gründung der Unterstützer*innengruppe nicht lange gewartet werden.

Der erste Schritt wird in der Regel das spontane Gespräch mit der*dem betroffenen Genoss*in sein. Dieses muss in einem geschützten Raum stattfinden. Hier soll noch einmal in Erinnerung gerufen werden, dass sie*er nicht mehr sagen muss, als dass irgendeine Art von Übergriff passiert ist und ob und welche Sofortschutzmaßnahmen (z.B. aus einer Gefahrensituation herausholen, einen Sicherheitsplan erstellen, um Verletzungen kümmern und diese von einer*m Ärzt*in dokumentieren lassen) getroffen werden sollen. Eine Unterstützung durch Genoss*innen des SDS findet immer auf Grundlage des Leitfadens und als kollektiver Prozess statt. In diesem Schritt ist auch zu überlegen, wer in der Unterstützer*innengruppe mitarbeiten soll.

Im zweiten Schritt sollte sie sich zunächst alleine treffen, um alle Mitglieder der Gruppe auf den aktuellen Stand zu bringen und die Möglichkeit zu haben, eigene Ängste und Grenzen anzusprechen. Auch kann es sinnvoll sein, sich noch einmal die Grundlagen eines für die*den betroffenen Genoss*in parteilichen Umgangs mit sexistischer und sexualisierter Gewalt in Erinnerung zu rufen und sich professionelle Unterstützung zum Beispiel bei einer Beratungsstelle zu suchen. Daneben sollen auf diesem Treffen mögliche Ziele der Arbeit besprochen und eine vorläufige Klärung der Arbeitsstruktur (wann und wo können Treffen sinnvoll stattfinden, wer könnten die „Hauptansprechpartner*innen“ für den*die Betroffene*n sein) erreicht werden. Schließlich sollte die Gruppe Vorstellungen von den nächsten Schritten (Etablierung von Kontaktperson(en), Ansagen an die gewaltausübende Person, Information der Ortsgruppe etc.) entwickeln. Dabei ist auch zu überlegen, welche Nachfragen an die*den betroffenen Genoss*in für die weitere Arbeit der Unterstützer*innengruppe notwendig sind.

Anschließend sollte sich die Unterstützer*innengruppe mit der*dem betroffenen Genoss*in treffen. Hier sollte es darum gehen, der*dem betroffenen Genoss*in zu helfen herauszufinden, was ihre*seine Bedürfnisse sind (z.B. Ruhe/Schutz/Vertrauen/Nähe/Distanz/Klarheit/Selbstbestimmung), um zu wissen in welche Richtung eine Unterstützung sinnvoll ist und dabei auch die beim Vortreffen entstandenen Fragen und Vorstellungen mit der*dem betroffenen Genoss*in besprochen werden.

Auf dieser Grundlage können anschließend die genaue Arbeitsstruktur der Gruppe festgelegt, gemeinsame Vorstellungen von der Grobplanung und den Zielen des Prozesses entwickelt sowie die konkreten nächsten Schritte besprochen werden.

In allen Schritten, insbesondere im zweiten, sollte die Unterstützer*innengruppe nicht zögern, sich mit offenen Fragen, für Feedback oder Ähnliches auch an die Ansprechgruppe zu wenden.

Kontaktperson(en)

Wenn wir glauben, dass es transformative Prozesse geben kann, sollte es mindestens eine Kontaktperson für die gewaltausübende Person geben. Falls es sehr wenige Kapazitäten gibt, hat die Unterstützer*innengruppe Priorität, die Arbeit mit der gewaltausübenden Person ist allerdings wesentlicher Bestandteil transformativer Gerechtigkeit und darf nicht vernachlässigt werden. Die Arbeit der Kontaktgruppe ist vor allem eine konfrontierende Auseinandersetzung mit der gewaltausübenden Person. Ziel des Kontakts mit der gewaltausübenden Person ist, dass sie sich mit der Tat auseinandersetzt. Da die Auseinandersetzung ein längerer Prozess ist, sollten die Personen der Kontaktgruppe längerfristig Kapazitäten und Zeit einplanen. Die Kontaktperson(en) halten Kontakt zur gewaltausübenden Person und vermittelt dieser mindestens die Forderungen der*des betroffenen Genoss*in und die Gruppenbeschlüsse. Darüber hinaus sollen die Kontaktperson(en) die gewaltausübende Person dabei unterstützen, sich mit ihrer Tat auseinanderzusetzen. Bereitschaft für die Auseinandersetzung mit der eigenen Tat ist die Grundvoraussetzung für die transformative Arbeit. In der Auseinandersetzung sollte sich die gewaltausübende Person bewusstwerden, welche Folgen ihre Tat für die betroffene Person hat.

Die Kontaktgruppe soll in ihrer Arbeit das Umfeld der gewaltausübenden Person mit einbeziehen, diesem die eigenen Schritte sowie die der Unterstützer*innengruppe und der betreffenden Ortsgruppe oder Gliederung erklären und somit das Entstehen eines entgegenarbeitenden Umfelds der gewaltausübenden Person verhindern. Dies kann nur geschehen, wenn genügend Kapazitäten vorhanden sind. Wenn nicht, sollte sich auf die direkte Arbeit mit der gewaltausübenden Person konzentriert werden. In gemeinsamer Absprache, und wenn die gewaltausübende Person genug Bewusstsein für die eigene Tat hat, kann auch die gewaltausübende Person dafür verantwortlich sein, mit ihrem Umfeld darüber zu sprechen.

Die Kontaktperson(en) muss darauf achten, dass er*sie nicht ohne es zu wollen zur Vertreter*in der gewaltausübenden Person wird. Auch für die Arbeit der Kontaktperson(en) ist Grundlage die Parteilichkeit für die*den betroffenen Genoss*in. Die

Arbeit mit der gewaltausübenden Person ist von einem Spannungsverhältnis zwischen Empathie und Konfrontation geprägt. Zu viel Empathie kann eine Verschiebung des Fokus auf das Wohlbefinden der gewaltausübenden Person bedeuten. Schonung und Schutz der gewaltausübenden Person muss dabei vermieden werden. Zu wenig Empathie kann bewirken, dass die gewaltausübende Person dicht macht und Kritik von sich abweist, statt sich tiefergehend mit den eigenen Verhaltensmustern auseinanderzusetzen. In der Kontaktgruppe sollen keine engen Freund*innen der gewaltausübenden Person arbeiten. Es könnten schwierige Loyalitätskonflikte entstehen, die Mitglieder müssen jedoch parteilich für die betroffene Person sein. Ebenso kann es schwierig sein, wenn Freund*innen der*des Betroffenen mitarbeiten, da dies zu komplizierten Verhältnissen in der Kontaktgruppe und bei der Arbeit mit der gewaltausübenden Person führen könnte (zum Beispiel durch ein vermutetes Insiderwissen von der betroffenen Person).

Wie die genaue Arbeit mit der gewaltausübenden Person aussehen kann, welche Spannungsverhältnisse und Dynamiken zu beachten sind und welche Fragen sich in der Reflexion gestellt werden können, wird im RESPONS' Handbuch *Was tun bei sexualisierter Gewalt?*¹⁸ ausführlich beschrieben. Idealerweise sollte(n) sich die Kontaktperson(en) daran orientieren.¹⁹

Es sollen nicht alle Personen in der Kontaktgruppe die Treffen mit der gewaltausübenden Person besuchen, im Gegenteil: Hier erleichtert eine Aufgabenteilung die Arbeit. Eine geschlechtergemischte Zusammensetzung wird angestrebt. Auch den Genoss*innen, die in dieser Gruppe arbeiten, müssen die Grenzen dessen, was wir in einer solchen Situation leisten können, klar sein. Wir sind als Nichtprofis schlicht nicht in der Lage, eine professionelle, tiefgreifende Therapie oder ähnliche Schritte zu ersetzen und sollten uns ein solches Ziel daher weder anmaßen noch auflasten. Trotzdem sind wir davon überzeugt, dass wir als persönlich/politisch involvierte Menschen erhebliche Möglichkeiten haben, auf die gewaltausübende Person Einfluss zu nehmen und gemeinsam lange eingeübte Verhaltensmuster zumindest aufzudecken, wenn nicht sogar aufzubrechen.

Die Kontaktperson(en) sind idealerweise aus der betreffenden Ortsgruppe oder Gliederung. Wenn dort keine geeigneten Personen bereit sind, können auch Personen aus anderen Ortsgruppen als Kontaktpersonen fungieren. Wenn die Personen nicht genug Wissen dazu haben, kann auch die Ansprechgruppe mit Wissen und Ressourcen zur Arbeit mit gewaltausübenden Personen unterstützen.

¹⁸<https://www.unrast-verlag.de/gesamtprogramm/allgemeines-programm/genderlabyrinth2018-05-09/was-tun-bei-sexualisierter-gewalt-detail>

¹⁹Einige Ausgaben des Buchs stehen im Verband zur Verfügung. Wendet euch zum Ausleihen an die Geschäftsführung. Alternativ könnt ihr ein Buch für eure Ortsgruppe von eurem Ortsgruppenbudget kaufen.

A5. Seminarwochenende: Mit TV Stud und #wirfahrenzusammen den Arbeitskampf an die Unis bringen!

Die Linke.SDS organisiert zum Semesterstart des Wintersemesters 2023/24 ein Verbandswochenende mit Fokus auf den bereits laufenden Projekten TV Stud und #wirfahrenzusammen. Dort wollen wir uns ein gemeinsames Verständnis von Arbeitskämpfen, Streiks und Gewerkschaften erarbeiten; konkrete Schritte für die Durchführung der TV Stud- und #wirfahrenzusammen-Kampagnen ab Semesterstart planen sowie die Rolle des SDS darin (weiter-)entwickeln und uns in Organizing-Methoden schulen, um gestärkt in die Auseinandersetzungen zu gehen.

Das Seminarwochenende wird vom SDS ausgerichtet, soll allerdings auch offen sein für Aktive aus bspw. TV Stud, #wirfahrenzusammen oder End Fossil, die mit uns gemeinsam an einer Vision (öko-)sozialistischer Politik an den Hochschulen arbeiten wollen.

Die Kosten für das Wochenende werden für Verbandsmitglieder vom Verband übernommen, wobei sich das noch zu konstituierende Orga-Team um eine dezentrale, kostengünstige Unterbringung bei Genoss*innen bemüht.

A6. Hochschulpolitik-Werkstatt

Schluss mit der Resignation - rein in die Aktion!

Als Studierendenverband ist Hochschulpolitik der natürliche Kern unserer Arbeit. Dies zeigt schon der Blick in die politische Praxis der Basisgruppen im Verband. Viele, besonders kleinere Gruppen, verbringen große Teile ihrer Arbeit mit Hochschulpolitik im Allgemeinen und Gremienarbeit im Besonderen. Lange her ist jedoch die Zeit der 5 60er/70er-Jahre, als eine Demokratisierung und soziale Öffnung der Hochschulen greifbar schien und Studierende zur Speerspitze der sozialistischen Kräfte gehörten. Nach mehreren Jahrzehnten des neoliberal-autoritären Umbaus²⁰ sind die Hochschulen heute den Erfordernissen des kapitalistischen Systems weitgehend angepasste Institutionen und die Studierendenschaft unpolitischer denn je. Mit den Bildungstreiks 2009 wehrte 10 man sich zumindest erfolgreich gegen die schlimmsten Auswüchse des Neoliberalismus. Doch abseits von sporadischen Ausnahmen wie diesen ist die studentische Situation geprägt von Vereinzelung, Leistungsdruck und Existenzsorgen.

An umkämpften Orten an der Hochschule mangelt es uns nicht. Die schon lange 15 währende Unterfinanzierung von Studierendenwerken und BAföG, die Entdemokratisierung der Hochschulgremien und die Repressionen gegen studentische Aktivitäten²¹, die Auseinandersetzungen um Lehre und Forschung im Zuge der gegenwärtigen politischen Rechtstendenzen (Verarmung, Militarisierung²², Abschottung) sowie zunehmende Arbeitskämpfe gegen die prekären Bedingungen im Mittelbau und 20 bei studentischen Beschäftigten – all dies findet schon jetzt statt. Als sozialistischer Studierendenverband müssen wir uns diesen Problemfeldern stellen und gemeinsam für gute Arbeits- und Studienbedingungen, eine (Re-)Demokratisierung der Hochschulen, sowie kritische und weltverändernde Wissenschaften kämpfen. Eine Hochschulpolitik auf der Höhe der Zeit würde bedeuten, die Hochschulen als Lebensmittelpunkt der 25 Studierenden und darüber hinaus als Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit um die drängenden Fragen unserer Zeit zu sehen.

²⁰ Siehe z.B. Kapfinger/Sablowski (2010): Bildung und Wissenschaft im Kapitalismus, in: Was passiert? Stellungnahme zur Lage an den Universitäten. Verfügbar unter https://www.academia.edu/48918810/Bildung_und_Wissenschaft_im_Kapitalismus

²¹ So wurde beispielsweise am 06.12.2022 die Hörsaalbesetzung von EndFossil: Occupy nach nur neun Stunden auf Anweisung des damaligen Universitätspräsidenten gewaltsam durch die Polizei geräumt. Siehe dazu das Statement des SDS Frankfurt: <https://www.instagram.com/p/Cl6XgCatEkg/>

²² Besondere Bedeutung an den Hochschulen hat dabei der Kampf für die Etablierung und Verteidigung von Zivilklauseln, deren Angriff bereits in Planung scheint. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ukraine-krieg-zeitenwende-in-der-wissenschaft-hochschulen-sollen-auch-fuers-militaer-forschen-/28439110.html>

- Während die Herausforderungen der Menschheit durch Kriege und Klimakatastrophe größer werden, wirkt das inhaltsarme Studium immer weltfremder. Das bleibt auch unseren Kommiliton:innen nicht verborgen. Unsere Aufgabe muss es sein, die vereinzelt in organisierten Widerstand zu überführen und die theoretische Bildung unter Studierenden, die heute über die Hälfte der zukünftigen arbeitenden Bevölkerung darstellen, voranzutreiben. Weder politische Einzelprojekte noch der Rückzug in die reine Theorie werden eine neue Studierendenbewegung aus dem Boden stampfen. Dafür hilft nur der unermüdliche Aufbau von Gegenmacht.
- 10 Während Verbesserungen der Lage der Studierenden in Studierendenparlamenten zwar erreichbar sind, so ist die Arbeit kleinteilig, raubt Kraft und wird uns nicht den Wandel bringen, auf den wir aus sind. Die Bedingungen, unter denen wir sozialistische Politik machen, sind einerseits sehr ähnlich, andererseits unterscheiden sie sich auf lokaler Ebene gravierend. Die Gremienarbeit kann gerade für neue oder kleine Ortsgruppen ein gutes Mittel sein, um Aufmerksamkeit für die Ortsgruppe und so neue Leute für die Ortsgruppe zu gewinnen. Darüber hinaus gibt es weitere gute Gründe, sich in Gremien zu engagieren: Beispielsweise der Zugang zu Informationen und finanzielle und andere Ressourcen (z.B. in Form von Räumen an der Universität). An manchen Universitäten sitzen in den Studierendenparlamenten vor allem rechte und konservative Kräfte oder sie sind von Burschenschaften unterwandert. Es ist richtig, diesen Kräften das Feld nicht zu überlassen, sich von links klar gegen rechte oder liberale Positionen zu stellen und sozialistischen Themen eine Bühne zu geben.
- 25 Bei all den Chancen und Potenzialen, die Gremienarbeit mit sich bringt, dürfen Grenzen und Fallstricke von Gremienarbeit aber nicht unterschätzt werden, stattdessen müssen wir sie klar benennen und innerverbandlich diskutieren. Auch der Handlungsspielraum für sozialistische Politik innerhalb der Gremien muss hierbei kritisch hinterfragt werden. Die geringe Wahlbeteiligung an den meisten Universitäten zeigt, wie wenig Interesse innerhalb der Studierendenschaft an Hochschulpolitik besteht. Viele Studierende wissen kaum bis nichts über Hochschulpolitik, ihre Akteure und Gremien, geschweige denn, dass diese als Partizipationsmöglichkeit gesehen oder genutzt werden können. Bei der Werkstatt können wir darüber diskutieren, wie wir es schaffen, die Sichtbarkeit für die hochschulpolitische Arbeit und ihre Gremien zu erhöhen und Partizipationsmöglichkeiten für Studierende zu verankern. Viele dieser Strukturen sind bürokratisiert, haben eher einen Dienstleistungscharakter und Akteur*innen in der Hochschulpolitik führen oft als Stellvertreter*innen Kämpfe für Studierende, nicht mit Studierenden. Das Politisierungspotenzial darf daher nicht überschätzt werden. Nichtsdestotrotz müssen wir Beispiele von partizipativer Gremienarbeit im Verband zugänglich machen. Diese Erfahrungen können bei einer Werkstatt reflektiert und weiterentwickelt werden.
- 40 Die Arbeit in Asten, Sturas und Studierendenparlamenten kann einen Beitrag leisten, um gesellschaftliche Veränderung zu erkämpfen, indem linke Positionen durchgesetzt und Bewegungen und Kämpfe unterstützt werden. Finanzielle Ressourcen können oft nur zu bestimmten Bedingungen genutzt werden, was unsere politische Arbeit sehr erschwert, gleichzeitig ist es trotzdem möglich, wichtige Projekte und Veranstaltungen finanziell zu unterstützen. Die Werkstatt kann ein Raum sein, sich darüber auszutauschen und Erfahrungen zu teilen.
- 45

- Das Hochschulgesetz sieht aktuell nicht vor, dass es ein allgemein-politisches Mandat für Studierendenschaften gibt. Dabei ist gerade das so wichtig, da wir als Studierende nicht nur Belange haben, die unmittelbar an der Universität stattfinden, sondern auch darüber hinaus beispielsweise als Mieter*innen, Beschäftigte usw. Als Studierende sind wir nicht vom Weltgeschehen losgelöst und sollten die Möglichkeit haben, uns zu eben diesem zu äußern. Als sozialistische Studierende sollten wir für ein allgemein-politisches Mandat kämpfen.
- 5
- 10 Im Verband haben wir bereits viele verschiedene Erfahrungen gemacht und verschiedene Perspektiven auf Hochschulpolitik und Gremienarbeit, die wir in der Breite diskutieren sollten.
- 15 Innerhalb des SDS ist der verbandsweite inhaltliche Austausch zu hochschulpolitischen Themen in den letzten Jahren weitgehend eingeschlafen. In einem Seminarwochenende ähnlich der diesjährigen Friedenswerkstatt sehen wir eine gute Möglichkeit, diesen wieder in Gang zu bringen. Das **Seminarwochenende** soll sowohl als Austausch- und Bildungsraum, als auch als Werkstatt dienen und im **Herbst 2023** stattfinden. Der Bundesverband übernimmt dafür **Fahrt- und Unterbringungskosten** für die
- 20 Teilnehmenden des Seminars.
- Die Planung des Wochenendes kann über den Bundesarbeitskreis Hochschulpolitik organisiert werden. Wir heißen alle Genoss:innen willkommen, die sich an der Planung beteiligen wollen. Der BAK kann und sollte im Anschluss an das Wochenende auch als Ort genutzt werden, um den Austausch und die Planung von weiteren Aktionen innerhalb des
- 25 Verbandes zu verstetigen.

Möglicher (vorläufiger) Seminarplan:

Tag	Wann?	Was?
Ankommen & Austausch		
Freitag	Nachmittag	Ankommen + Kennenlernen
	Abend	Gruppenberichte
	Gemeinsames Abendessen	
Bildung		
	Frühstück in der Unterkunft / den Unterkünften	
	Vormittag 1	Hochschule im Kapitalismus & Lage von Studierenden

Samstag	Vormittag 2	Kämpfe um die Hochschulen 1960-heute
	Gemeinsames Mittagessen	
	Nachmittag 1	Umkämpfte Orte heute
	Nachmittag 2	Strategien
	Gemeinsames Abendessen	
	Abend	Filmvorführung o.Ä.
Werkstatt		
Sonntag	Frühstück in der Unterkunft / den Unterkünften	
	Check-In	Kurze Reflexion des gestrigen Tages
	Vormittag	Arbeitsphase in Kleingruppen
	Mittag	Ergebnissicherung
	Nachmittag	Abreise

Mögliche Arbeitsfragen:

Analyse:

- 5
- Welche Rolle spielt die Hochschule im Kapitalismus?
 - Welche Ziele zur Veränderung der Hochschulen hatte die Studierendenbewegung in den 60er/70ern? Und wie wollte sie diese erreichen?
 - Wie hat der autoritär-neoliberale Umbau ab den 90ern die Hochschulen verändert und wie kam es dazu?
- 10
- Wo ist Handlungsbedarf heute? Umkämpfte Orte, Problemfelder, etc.

Strategie und Praxis:

- 15
- Was sind gute hochschulpolitische Forderungen bzw. Ziele?
 - Welche Rolle kann und sollte Gremienarbeit spielen?
 - Wie kann man außerhalb der Gremien gute politische Arbeit machen?
 - In welchem Verhältnis stehen Arbeitskämpfe und studentische Kämpfe an der Hochschule?
 - Wie können wir als Studierendenverband an den Hochschulen langfristig Gegenmacht aufbauen? (trotz schnellen Umlaufs der Studierenden)
- 20

A7. Ökosozialistischer Aufbruch: Die Tarifrunde Nahverkehr am Campus und darüber hinaus

Im März dieses Jahres wurde der neue IPCC Bericht veröffentlicht, in dem auch dieses Mal wieder die verheerenden Ausmaße der fortschreitenden Klimakatastrophe deutlich werden. Extremwetterlagen häufen sich und werden in Zukunft noch viel weniger beherrschbar sein, betroffen sind überproportional diejenigen Menschen, die am wenigsten zur aktuellen Situation beigetragen haben. Weiterhin wird deutlich, wie elementar der zügige Einsatz kurz- und langfristiger Maßnahmen zur Eindämmung ist, wenn sich die irreversiblen Schäden an unserer Erde nicht weiter verschlimmern sollen. Vor dem Hintergrund dieser eigentlich eindeutigen Situation, die dringend konsequentes Handeln mit tatsächlich wirksamen Eingriffen erfordert, zeichnet sich im bürgerlichen Staat ein anderes Bild. Anfang des Jahres wurde Lützerath nach jahrelangem Protest letztendlich geräumt und in der Folge abgebaggert, obwohl die Kohle laut einer Studie der Klimaallianz²³ nicht mehr zur Sicherung der Energieversorgung gebraucht wird. Der Abbau dieser Kohle ist auch nicht mit dem CO₂-Budget vereinbar, das für Deutschland noch verfügbar bleibt, bevor eine Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze unmöglich wird. Faktisch hat man sich mit der Entscheidung gegen den Erhalt von Lützerath also auch dagegen entschieden, die vertraglich zugesicherten Ziele im Pariser Klimaabkommen zu erfüllen.

Doch Lützerath wurde nicht ohne Widerstand einfach aufgegeben, sondern von vielen Klimaaktivist*innen, die sich dieser Katastrophe entschlossen entgegenstellten, bis zum Ende verteidigt. Die Reaktion des Staates und von RWE war ein massives Polizeiaufgebot und statt deeskalierendem Verhalten eine gewaltvolle Machtdemonstration, die deutlich macht auf welcher Seite der Staat steht: Auf Seiten der privaten Kapitalinteressen einer einzelnen Firma statt auf der Seite von zehntausenden Menschen, die sich für den Erhalt einer lebenswerten Erde einsetzen. Er hat nicht nur andere Interessen als sie, sondern verteidigt diese auch mit dem Einsatz von Gewalt. Damit sind die Geschehnisse in Lützerath eine Zäsur für Klimaaktivist*innen und ihren Politisierungsprozess. Die Grünen - einst Hoffnungsträger einer ganzen Generation junger Aktivist*innen - haben sich durch diesen Deal mit RWE endgültig demaskiert und der Klimabewegung, welcher sie maßgeblich ihren politischen Aufschwung verdanken, erneut bewiesen, dass auf eine neoliberale Partei, die sich "grün" auf die Fahnen schreibt, eben kein Verlass ist.

Trotz der weiteren Desillusionierung sehen wir, dass der Schritt in Richtung sozialistischer Strategien keinesfalls unmittelbar erfolgt. Einerseits prägen Akteure wie die Letzte Generation in den letzten Monaten, mit ihren Aktionen des individualisierten zivilen

²³ Herpich, P. et al. (2022). Gasknappheit: Auswirkungen auf die Auslastung der Braunkohlekraftwerke und den Erhalt von Lützerath. Kurzstudie im Auftrag von Europe Beyond Coal. Berlin.

Ungehorsams, den öffentlichen und medialen Diskurs, was unserer Strategie teilweise entgegensteht. Dennoch muss sich unsere Kritik auch hier an erster Stelle an den Staat richten, der mit Delegitimierung und Repression antwortet. Wir verurteilen die durchgeführten Razzien, die Vorverurteilung nach §129 und alle Repressionen gegen die Klimabewegung.

Andererseits gibt es auch einen immer größeren Teil der Klimabewegung, der die Wichtigkeit der Verbindung von Klima- und Arbeitskämpfen sieht und bereit ist, mit uns ökosozialistische Allianzen zu bilden, um so gemeinsam Gegenmacht aufzubauen.

Streik in der Schule, Uni - und Betrieb

Dieses Jahr gab es im Rahmen der Tarifaueinandersetzungen im öffentlichen Dienst eine neue Streikwelle, #wirfahrenzusammen (#wfs) war ein entscheidender Teil davon. Bereits im September 2022 haben sich Haupt- und Ehrenamtliche von ver.di und Klimaaktivist*innen bzw. FFF an einen Tisch gesetzt und beschlossen - wie auch schon 2020 - zusammenzuarbeiten, um gemeinsam massive Investitionen für den ÖPNV zu erstreiken. Die Kampagne läuft in dieser Runde unter dem Namen #wirfahrenzusammen. Seit dem September 2022 ist bereits viel passiert: In mehr als 30 Städten gibt es bereits Allianzen zwischen FFF bzw. Klimabewegung, ÖPNV-Beschäftigten und Gewerkschaften. In einigen Städten sind SDS-Gruppen bereits involviert, nehmen eine tragende Rolle innerhalb der Ortsgruppen ein oder haben die lokale Vernetzung (mit-)aufgebaut. Der Tarifvertrag Nahverkehr wird zwar erst im nächsten Jahr verhandelt, aber Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst befanden sich bereits in diesem Jahr in Tarifaueinandersetzungen. In sechs Bundesländern wurden auch die Löhne von ÖPNV-Betrieben mitverhandelt.

Am 3. März gab es einen gemeinsamen Aktionstag von ver.di und FFF. Zum ersten Mal ist die Parole "Streik in der Schule, Uni und Betrieb" Realität geworden. Klimaaktivist*innen waren am Streikposten der Beschäftigten, Beschäftigte liefen mit auf dem Klimastreik. Das Medienecho an diesem Tag war riesig. Von Arbeitgeberseite gab es vor allem Empörung und Vorwürfe gegen die Aktivist*innen und ver.di. Der gemeinsame Aktionstag wurde als "gefährliche Grenzüberschreitung" bezeichnet. Doch das hat die Zusammenarbeit nicht abgekühlt, ganz im Gegenteil: Klimabewegung, Beschäftigte und Ver.di sind sich einig, dass es ein gutes Zeichen ist, dass die Arbeitgeberseite sich von dem Bündnis unter Druck gesetzt fühlt.

Ein paar Wochen später - am 27. März - fand der "MEGA-Streik" statt, ein gemeinsamer Streiktag von ver.di und EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft), auch hier hat die Klimabewegung an vielen Orten die Demonstrationen unterstützt. Die EVG zeigt mittlerweile ebenfalls Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Klimabewegung. Hier zeigt sich, dass die bereits geschmiedeten Allianzen Strahlkraft haben und Vorbild sein können für weitere Allianzen. Die gemeinsame Kampagne hatte außerdem einen entscheidenden Anteil daran, dass der Rückhalt aus der Gesellschaft sehr hoch ist und

viele Menschen den Streik unterstützen. Eine Befragung hat gezeigt, dass 55 % der Gesellschaft den Streik für gerechtfertigt halten.²⁴

5 Mit Blick auf die letzten Monate sehen wir, dass die Gewerkschaften eine neue
Konfliktorientierung an den Tag gelegt haben, die es so lange nicht mehr gab. Auch die
Bereitschaft von ver.di, überhaupt mit politischen Akteur*innen ein so enges Bündnis
einzugehen, ist ein Meilenstein. Nicht zuletzt die hohe Konfliktbereitschaft und die ersten
10 Schritte in Richtung Demokratisierung der Gewerkschaften haben dazu beigetragen, dass
die Beteiligung an den Streiks so hoch gewesen ist wie lange nicht mehr. Diese
Erfahrungen zeigen auch, dass das Potential für noch selbstbewusstere (und politischere)
Streiks da ist. Wir müssen uns aber auch eingestehen, dass die Gewerkschaften, trotz aller
Schritte in die richtige Richtung, noch immer bürokratische, sozialpartnerschaftliche
15 Apparate sind. Zahlreiche Beschäftigte waren unzufrieden mit den Abschlüssen, und die
Streikbereitschaft unter den Beschäftigten war mindestens in Teilen deutlich höher als
unter den Funktionär*innen. Zudem besteht weiterhin die Gefahr, dass ver.di einen
Rückzieher aus dem Bündnis mit FFF machen könnte, wenn der politische Druck zu groß
wird. Das zeigt uns aber auch, dass es umso wichtiger ist, in der Gesellschaft breite
Unterstützung für die anstehenden Streiks zu sammeln, um den Beschäftigten den
20 Rücken zu stärken.

Die Anzahl der Menschen, die an und in der Kampagne arbeiten, wächst von Woche zu
Woche. Auf Bundesebene gibt es eine Vernetzung von Klimaaktivist*innen, die sich
wöchentlich treffen und über Neuigkeiten, Schwierigkeiten und nächste Schritte
diskutieren.

25 In der SDS-Klimavernetzung wollen wir weiterhin einen Raum etablieren in dem sich die
in #wzf involvierten Städte, sowie Städte, die bisher kein aktiver Teil der Vernetzung in
ihrer Stadt sind, aber aktiv werden wollen, austauschen, sich in strategischen Fragen
besprechen und gemeinsam inhaltlich weiterbilden können.

30 **Wir sehen die Kampagne weiterhin als große Chance für ein ökosozialistisches
Projekt: Die ersten Schritte sind getan und es ist schon viel passiert. Was es jetzt
noch braucht sind noch viel mehr Genoss*innen, die das weiter aufbauen.** Deshalb
rufen wir die Ortsgruppen auf, in bereits angestoßene Prozesse einzusteigen und dazu
35 beizutragen, die Kampagne voranzutreiben. Der Bundesvorstand soll die Prozesse auf
lokaler Ebene unterstützen.

Zudem regt sich international vermehrt Interesse an den Erfahrungen von
40 #wifahrenzusammen hier in Deutschland. Erste Vernetzungen wurden bereits
angestoßen. Wenn wir uns stärker in diese Vernetzung einbringen, sehen wir für unseren
Verband einerseits die Chance, unsere internationalen Beziehungen zu ökosozialistischen
Akteur*innen auszubauen und unseren eigenen Internationalismus zu stärken sowie
andererseits den SDS als wichtigen ökosozialistischen Akteur zu setzen.

²⁴ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/warnstreik-im-nah-und-fernverkehr-und-auf-flughaefen-knappe-mehrheit-zeigt-verstaendnis-fuer-streik-a-56f34c1e-872e-4b41-b3af-b0f53e767296>.

Der Campus als Ort der Auseinandersetzung um eine ökosozialistische Zukunft

5 Mit den großen Vollversammlungen und Klimastreikwochen von Students For Future, die wir aus dem SDS heraus mitinitiiert haben, war die Klimakrise eine Zeit lang sehr präsent am Campus. Nach 2019 flaute die Dynamik ab, aber die Klimakrise blieb die zentrale Angst für junge Menschen. Seit Ende des letzten Jahres betreten nun neue Akteure den Campus: Die Hörsaalbesetzungen von End Fossil Occupy und anderen sollten eine neue Konfliktbereitschaft an den Campus spülen. Die Besetzungen konnten jedoch nicht ihr gesamtes Potential entfalten. So blieben nicht nur die Forderungen weitestgehend ungehört, auch eine rege Beteiligung breiter Teile der Studierendenschaft konnte nicht erzielt werden. Die mangelnde Beteiligung Studierender an den Hörsaalbesetzungen ist nicht zurückzuführen auf fehlende Unterstützung/Zustimmung der Forderung der Aktivist*innen. Vielmehr herrscht beim Großteil der Studierendenschaft nach der sukzessiven Entdemokratisierung der Hochschulen, der Einführung von Bachelor-/Master-Systemen und der allgemeinen Ökonomisierung der Hochschulen inzwischen kaum mehr ein Bewusstsein, dass Studierenden mehr ist bzw. sein kann als passives Konsumieren und Gehorchen.

20 Während die Konfliktbereitschaft der Studierendenschaft weitestgehend ausblieb, war dieselbe Konfliktbereitschaft auf Seiten der Präsidien beeindruckend hoch. An einigen Orten, beispielsweise in Frankfurt am Main, räumte diese die Hörsaalbesetzung nach nur wenigen Stunden gewaltsam mithilfe der Polizei. Auch hier gilt jedoch: das Selbstbewusstsein, mit dem Präsidien gegen End Fossil Occupy vorgegangen sind (ob eskalativ oder taktisch einhegend), ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis der Verschiebung der Machtverhältnisse in den Hochschulen in den letzten Jahrzehnten.

30 Allerdings müssen auch strategische und taktische Fehler sowie Differenzen in der inhaltlichen Ausrichtung von End Fossil Occupy unsererseits klar benannt werden, wenn man an einem gemeinsamen Strang ziehen will. In Frankfurt beispielsweise schaffte es die Gruppe nicht, sich auf eine klare und übersichtliche Menge an Forderungen zu einigen, klammerte die soziale Lage der Gesamtheit der Studierenden inhaltlich aus und schaffte es bei der Besetzung nicht, über Szenecodes hinweg erklärende Gespräche auf Augenhöhe mit Studierenden zu führen, die sich einfach nur wunderten, was mit ihrer Vorlesung ist. Kurz: Wer an der Hochschule politisch arbeiten will, muss sich mit Studierenden solidarisieren. Außerdem ziehen die Gruppen zum Teil naive Trennlinien z.B. zwischen "guten" Kapitalinteressen und "schlechten" Kapitalinteressen an der Uni.

40 Für uns als sozialistische Studierende bleiben die Universitäten unser zentraler Ort: Hier sind wir tagtäglich, sie sind ein bedeutender Ort der Wissensproduktion und am Campus sammelt sich ein großes antikapitalistisches Millieu, das für sozialistische Visionen zu gewinnen ist. Insbesondere sind inzwischen viele von denjenigen, die 2018 und 2019 die Klimastreiks an ihren Schulen organisiert haben, an den Unis. Auf den ersten Blick haben Studierende und Busfahrer*innen nicht allzu viel gemein. Doch in der Auseinandersetzung um eine klimagerechte Verkehrswende zeigt sich, dass das Interesse an guten Arbeitsbedingungen und sicheren Jobs, das Anliegen nach bezahlbarem (oder kostenlosem!) und gut ausgebautem ÖPNV sowie der Wunsch nach einer lebenswerten

- Zukunft auf diesem Planeten gar nicht so weit voneinander entfernt liegen. Zusätzlich werden die meisten Studierenden spätestens nach dem abgeschlossenen Studium zu den Lohnabhängigen gehören - auch daraus ergibt sich im Kern schon ein gemeinsames Interesse. Unsere Aufgabe als sozialistische Studierende ist es, diese Gemeinsamkeiten
- 5 herauszustellen und beide Gruppen in Beziehung zueinander zu bringen. Mit unserer Aktivität am Campus, dem Nachhall des System Change Kongress, unserem Austausch mit anderen Klimaaktivist:innen wie End Fossil Occupy und unserer zentralen Rolle in #wirfahrenzusammen können wir das Scharnier zwischen Unis und betrieblichen Auseinandersetzungen bilden.
- 10 Wir wollen das Thema Klimakrise wieder bundesweit zentral am Campus setzen: Es bleibt für viele junge Menschen das wichtigste Thema. Dafür sollten wir zu Anfang des nächsten Semesters gemeinsam abgestimmte Bildungsveranstaltungen und Aktionen setzen, die in der bundesweiten Vernetzung und mit Unterstützung des Bundesvorstands vorbereitet werden. Wir sollten in solchen Veranstaltungen auf die Bedeutung der Allianz von
- 15 #wirfahrenzusammen aufmerksam machen und gleichzeitig als Sozialist:innen den Gesamtzusammenhang deutlich machen und für eine langfristige Organisierung bei uns aufrufen. Auch die zunehmende Repression der Klimabewegung dürfen wir nicht unbeachtet lassen, sondern mit Analysen von Staat und Polizei aufzeigen, warum der Kapitalismus nicht reformierbar ist und wir ein sozialistisches Zukunftsprojekt brauchen.
- 20 Diese könnten wir zum Beispiel innerhalb der Kritischen Einführungswochen stattfinden lassen.
- Zusätzlich werden wir uns am Campus an den Mehrheitspetitionen innerhalb der Stadtgesellschaft beteiligen, die parallel zu den Stärketests im Betrieb laufen sollen, indem wir an den Universitäten Unterstützung für die anstehenden Streiks im Nahverkehr
- 25 sammeln. Ob wir hier noch einmal eine Verbindung zum Studierendenticket und 49-Euro Ticket ziehen oder andere Themen setzen, um an den Bedürfnissen von Studierenden anzuknüpfen, sollten wir in den nächsten Monaten in der Klimavernetzung gemeinsam ausloten. Das vorgeschlagene Seminarwochenende, gemeinsam mit TV Stud-Aktiven, kann hierfür ein wichtiger Ort sein.

A8. Antikoloniale Klima- und Wirtschaftsgerechtigkeit

Die Kampagne *Debt for Climate* und weitere Antiglobalisierungsinitiativen werden durch den SDS unterstützt, indem

- Geldmittel für Vorträge und Veranstaltungen, die sich der Rolle des IWFs und der Weltbank als imperialen Akteure widmen, bereitgestellt werden,
- die Weltbank und den IWF als imperiale und illegitime Akteure anerkannt werden,
- Staatsschulden, die durch bi- oder multilaterale Abkommen oder private Banken entstanden sind, als koloniale Kontinuität anerkannt werden, deren Rückzahlung obsolet ist.

A10. Die Ukraine als Schachbrett inter-imperialistischer Konkurrenz und der neue Deutsche Militarismus

- Der imperialistische Angriff Russlands auf die Ukraine fordert täglich Dutzende von Menschenleben. Genaue Zahlen werden von den staatlichen Regierungen nicht kommuniziert, jedoch verzeichnen Beobachter*innen nach 16 Monaten Krieg bereits mehr als 100.000 Tote und Verwundete auf beiden Seiten.²⁵ Die Bilder von verwüsteten Städten wie Marinka in der ostukrainischen Region Donezk sind verstörend und die aktuelle Situation tausender Bewohner*innen, die vor dem Krieg fliehen ist dramatisch. Der russische Angriff stellt eine inakzeptable Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Ukrainer*innen dar.
- 5
- 10 Schon früh nach Ausbruch des Krieges begann die Debatte darüber, wie Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung aussehen kann. Die Bundesregierung brüstete sich in diesem Zusammenhang jüngst mit der Veröffentlichung einer langen Liste militärischer »Unterstützungsleistungen« in Form von Waffen wie Kampfpanzern, Flugabwehrwaffen oder Raketenwerfern als Zeichen der Hilfe.²⁶ Ein Blick auf Kampagnen wie
- 15 #freetheleopards von führenden Grünen-Politiker*innen zeigt, dass die moralisch begründete Forderung nach militärischer Unterstützung der Ukraine in eine von den Regierenden geschürte Aufrüstungs- und Kriegspropaganda übergegangen ist. Der Verteidigungskrieg sei antifaschistisch, die Waffenlieferungen dienten dem humanistischen Schutz der Zivilbevölkerung und ermöglichten erst das legitime
- 20 Selbstverteidigungsrecht der Ukraine. Hier sind zwei Ebenen zu unterscheiden. Die Ukraine hat das Recht, sich gegen den russischen Angriffskrieg zu verteidigen und militärische und nichtmilitärische Hilfe anzuwenden. Hierbei ist allerdings zu beachten: Mit Kriegsbeginn 2014 hat sich die Spaltung des Landes in Ost und West vertieft, die im Osten zu Separatismus und einer Orientierung an Russland und im Westen zu einer
- 25 starken Orientierung an den politischen Westen (Europa/USA). Angesichts der zunehmenden Faschisierung der Streitkräfte (teilweise sogar mit eigenen Sicherheitsapparaten), mit Beteiligung von Akteuren die zuvor maßgeblich daran beteiligt waren die linken Kräfte des Landes (Parteien und Gewerkschaften) zu zerschlagen, muss sich die Frage gestellt werden, welche Akteure eigentlich die Verteidigung der Ukraine
- 30 gewährleisten. Die andere Ebene ist jedoch die politische Entscheidung der BRD, der Nato und der EU, Waffen zu liefern und aufzurüsten. Die lagerübergreifende Forderung nach Waffenlieferungen aus dem grünen bis konservativen Spektrum dominiert bis heute die öffentliche Debatte. Dagegen werden friedenspolitische Forderungen delegitimiert. Auch große Teile der LINKEN nehmen an dieser Rechtsverschiebung teil, indem sie die
- 35 Ablehnung von allen Wirtschaftssanktionen systematisch aufweichen und die Forderung

²⁵ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/pentagon-leaks-usa-verluste-ukraine-krieg-russland-100.html> und https://rp-online.de/politik/ausland/krieg_ukraine/tote-im-ukraine-krieg-ukrainische-fuehrung-spricht-ueber-eigene-verluste_aid-88674783

²⁶ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>

- nach bestimmten Sanktionen (z.B. gegen sog. Oligarchen) in eine vermeintlich linke Forderung kleiden. Dabei zeigen die Geschichte und auch aktuelle Beispiele, dass Wirtschaftssanktionen nicht den gewünschten Effekt, nämlich Destabilisierung und Sturz der Regierungen, erzielen, sondern wahlweise zu einer Zunahme an Repressionen gegen die Bevölkerung oder der Stärkung der nationalen Einheit hinter der Regierung führen. Darüber hinaus leidet vor allem die Zivilbevölkerung an den Sanktionen und deren Folgen – auch wenn diese nur gegen vereinzelt Gruppen wie Oligarchen verhängt werden. Unter Bedingungen internationaler wirtschaftlicher Verflechtung gilt dies auch global. Wie an den Sanktionen gegen Russland ersichtlich, leiden auch hier immer die Schwächsten: unterentwickelte Länder im globalen Süden. Damit stellen die Wirtschaftssanktionen nicht nur ein inhumanes Mittel dar, sondern enttarnen sich als Symbolpolitik, die bewusst von den Herrschenden eingesetzt wird, um sich innenpolitisch den eigenen Rücken freizuhalten.
- 15 Der vorliegende Antrag wendet sich entschieden gegen Waffenlieferungen, die fortschreitende Militarisierung und die von den forcierte Ideologisierung des Krieges. Als Sozialist*innen kann es nicht unser Maßstab sein, der Propaganda der Herrschenden Glaubwürdigkeit zu schenken. Die Entkontextualisierung von Kriegen oder die Reduktion kriegerischen Handelns auf die Schuldfrage greifen zu kurz. Stattdessen wollen wir in einem ersten Schritt einen Blick auf die politischen und ökonomischen Ursachen des Krieges und seine Vorgeschichte werfen, um dann in einem zweiten Schritt die Rolle der BRD und ihre Militarisierung zu diskutieren.

Der Vorlauf des Ukraine-Krieges und sein heutiger Charakter

- 25 Kriege des russischen Imperialismus sind kein historisches Novum. Der russische Angriff auf die Ukraine reiht sich ein in eine Serie russischer Aggressionen und Einmischungen auf dem Territorium eurasischer Grenzstaaten: der Bürgerkrieg in Georgien 1991-1993, der Krieg um Berg-Karabach zwischen Armenien und Aserbaidschan 1988-1994 oder der russische Einmarsch in Tschetschenien 1994-1996. In den 1990er Jahren nutzte Russland immer wieder seine imperialistische Macht, um unter dem Vorwand der »Friedenssicherung« in nationale und ethnische Konflikte einzugreifen und militärisch zu intervenieren. Diese Aktionen waren stets mit dem Ziel verbunden, die Nachbarstaaten an die russische Einflusssphäre zu binden.²⁷
- 35 Dies geschah nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion (1988-91), welcher wiederum den Grundstein für die alleinige Vormachtstellung der USA weltweit und damit für eine neue Stufe des Imperialismus der USA legte. Gemeinsam mit seinen europäischen Partnern wollte das transatlantische Bündnis in den Raum zwischen Westeuropa und der russischen Grenze vordringen. Einer der wichtigsten politischen Berater früherer US-Präsidenten, Zbigniew Brzezinski, antizipierte bereits 1991 in seinem Aufsatz »Selective Global Commitment« das imperialistische Ringen um die osteuropäischen Staaten. In seinem späteren Standardwerk »Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft« (1997) fasste er seine Gedanken entsprechend der politischen Entwicklung wie folgt zusammen: »Eurasien ist das Schachbrett, auf dem der Kampf um

²⁷ vgl. Rob Ferguson: Russland, Imperialismus und die eurasische Bruchlinie, 2022.

die globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.« Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung behaupten könnten, so Brzezinski, hänge davon ab, ob sie den Aufstieg einer dominanten Gegenmacht verhindern könnten.²⁸ Und tatsächlich wurden die Staaten Osteuropas nach und nach aus dem russischen Einflussbereich herausgelöst.

5 Dies geschah zunächst auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Handelsbeziehungen wurden aufgebaut und intensiviert, finanzieller Druck über Schulden und das Instrument der IWF-Kredite ausgeübt. Die relative Schwäche des russischen Imperialismus Anfang der 1990er Jahre wurde vom westlichen Imperialismus genutzt, um eine ökonomische, politische und militärische Machtverschiebung im eurasischen Raum voranzutreiben.²⁹

10 Zwischen 1999 und 2020 wurden vierzehn Staaten aus dem ehemaligen Jugoslawien und dem ehemaligen Ostblock in die Nato aufgenommen. Die Osterweiterung des Militärbündnisses ging zudem mit einem Kurswechsel einher, der fortan ein Agieren nach dem Prinzip »out of defence, out of area and out of United Nations« etablierte. In der Folge griff die Nato militärisch ungehemmt in internationale Konflikte ein, auch wenn kein

15 Mitgliedstaat angegriffen wurde. Kosovo, Irak oder Afghanistan - die Liste der Nato-Kriege in den vergangenen Jahrzehnten unter Führung der USA ist lang. Die Annäherung an die russische Grenze, verbunden mit der Errichtung von Militärbasen, Luftwaffenstützpunkten oder so genannten »multinationalen Gefechtsverbänden« sind zahlreich dokumentiert und belegen die Absichten der Nato, zusammen mit den

20 wirtschaftlichen Aktivitäten der Europäischen Union, ihre Vormachtstellung im westlichen Eurasien auszubauen und zu festigen.

»Der aktuelle Ukraine-Krieg hat bekanntlich mit einem Überfall durch den russischen Imperialismus begonnen. Aber die Frage nach dem ‚ersten Schuss‘ ersetzt nicht die nach den auslösenden, bewegenden politischen Kräften. So

25 gesehen begann dieser Krieg nicht 2022, sondern Anfang der 1990er Jahre, als die US-Regierung und ihre Verbündeten die Neuausrichtung der Nato beschlossen.«³⁰

Der Krieg in der Ukraine ist ein Stellvertreterkrieg zwischen dem mächtigsten imperialistischen Block der Welt, den USA mit ihren europäischen Verbündeten auf der einen Seite und der ökonomisch schwächeren, aber militärisch starken und ebenso

30 imperialistischen Macht Russland auf der anderen Seite. Dem russischen Imperium geht es bei diesem Angriff also nicht nur um »Sicherheitsinteressen«, sondern um die aggressive Sicherung seiner Einflussphäre in den postsowjetischen Staaten.³¹

Deregulierung im Schatten des Krieges

Das Recht der Ukrainer*innen auf Selbstverteidigung ist nicht nur legitim, sondern im

35 Kampf gegen den russischen Imperialismus absolut notwendig. Statt eines Widerstands

²⁸ vgl. Volkhard Mosler: Was ist ein Stellvertreterkrieg? 2022.

²⁹ Diese Grundtendenz lässt sich jedoch nicht auf einen kohärenten Interessenblock USA-Westeuropa reduzieren. Insbesondere seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts und der Präsidentschaft W. Putins entwickelten sich die Strategie vieler westeuropäischer Regierungen weg von den USA im Verhältnis zu Russland. Die USA drängen stärker auf eine kompromisslose Linie gegenüber Russland, während Staaten wie Deutschland oder Frankreich nicht gänzlich auf die wirtschaftlichen Spielräume verzichten wollen, die sich aus einer kompromissbereiteren Haltung ergeben. (Mehr dazu bei Lukas Sennecker: Vom Kalten Krieg zum heißen Krieg in Europa, 2022)

³⁰ vgl. Volkhard Mosler: Was ist ein Stellvertreterkrieg? 2022.

³¹ FAQ: Die Linke und der Krieg in der Ukraine, 2022. <https://www.marx21.de/faq-die-linke-und-der-krieg-um-die-ukraine/>

von unten, aus der ukrainischen Bevölkerung, wird das Agieren des ukrainischen Staates und dessen Armee, welche in hohem Maße vom Westen abhängig sind, als solcher dargestellt. Allein die USA haben die Militarisierung der Ukraine seit 2014 mit über 46,6 Milliarden Dollar finanziert. Unter Verweis auf den Roosevelts Lend-Lease Act von 1941
5 rechtfertigt die US-Regierung diese enorme Unterstützung als »lebenswichtig für die Verteidigung der Vereinigten Staaten«. ³² Darüber hinaus offenbart ein Blick auf die ukrainische Politik selbst eine zutiefst feindliche Haltung gegenüber der ukrainischen Arbeiter*innenklasse. Seit 2014 wurde die ukrainische Bevölkerung durch Militarisierung und Austeritätspolitik sukzessive enteignet. Mit Beginn des Krieges wurden letztendlich
10 linke Parteien wie etwa verschiedene kommunistische Parteien verboten und Gewerkschaften gepfändet zudem wurden sämtliche Medien gleichgeschaltet. Es wurden über 80 Gewerkschaftshäuser in den größeren Städten beschlagnahmt. Gleichzeitig wurden die Vermögen eingefroren und die Arbeitnehmerrechte an den Westen angepasst. Diese Gesetzverschärfung war noch vor dem Krieg unter massivem Protest
15 der Gewerkschaften verunmöglicht worden ³³. Diese Schritte der Selenskyj-Regierung und der Aufrüstung gehen einher mit neoliberalen Reformen, sodass die Sozialausgaben unter dem Motto »Opfer für die Nation« dramatisch gekürzt wurden. Auch hier spielten internationale Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) als Kreditgeber*innen, von deren Geld die Ukraine abhängig ist, eine entscheidende Rolle.
20 Aus Angst, dass das Kapital nicht mehr in der Ukraine investieren würde, brachte Sluha Narodu (Selenskyjs Partei) verschiedene Reformen durch das Parlament, darunter die Abschaffung der Treibstoffsubventionen, starke Einsparungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kinderbetreuung sowie eine Aushöhlung des Rentensystems. ³⁴ Diese Politik der ukrainischen Regierung hat die Ungleichheit derart verschärft, dass im
25 Jahr 2021 zwei Drittel der ukrainischen Haushalte in Armut gelebt haben.

Als Sozialist*innen unterscheiden wir zwischen den Interessen der ukrainischen Bevölkerung und denen des ukrainischen Staates mit seinen Verbündeten, die von kapitalistischen und imperialistischen Interessen durchdrungen sind. Die dargestellten Zusammenhänge zeigen, welche Interessen die westlichen Mächte in diesem Krieg
30 verfolgen. Vor diesem Hintergrund ist eine weitere militärische Eskalation durch die Lieferung immer tödlicherer Waffensysteme eine Sackgasse und garantiert keinen Frieden für die ukrainische Bevölkerung. Ganz im Gegenteil: Gegenwärtig befindet sich der Krieg in der Ukraine in einer Zermürbungsphase, in der keine Seite gewinnen kann, in der aber täglich tausende Menschen aus der Arbeiter*innenklasse sinnlos leiden und
35 sterben.

»Unabhängig davon, wie viel Territorium die ukrainischen Streitkräfte befreien können, wird Russland weiterhin in der Lage sein, eine ständige Bedrohung für die

³² vgl. Olena Lyubchenko: Im Grenzland des Weißseins, 2022.

³³ <https://perspektive-online.net/2022/07/ukrainischer-geheimdienst-beschlagnahmt-80-gewerkschaftseinrichtungen-massive-einschraenkung-von-arbeiterinnenrechten-geplant/> & <https://www.labournet.de/internationales/ukraine/politik-ukraine/in-zeiten-wie-diesen-die-ukrainische-regierung-schraenkt-im-kriegsrecht-arbeitnehmerrechte-ein/>

³⁴ vgl. Anna Jikhareva: Grün, digital, neoliberal: Die Ukraine als Versuchslabor, 2022. In: Blätter für internationale und deutsche Politik.

Ukraine darzustellen. Das ukrainische Militär wird auch in der Lage sein, die von den russischen Streitkräften besetzten Gebiete des Landes in Gefahr zu halten [..]. Diese Faktoren könnten zu einem verheerenden, jahrelangen Konflikt führen, der zu keinem endgültigen Ergebnis führt. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten stehen also vor der Entscheidung über ihre künftige Strategie. Sie könnten versuchen, den Krieg in den kommenden Monaten auf ein Verhandlungsende hin zu steuern. Oder sie könnten dies erst in Jahren tun. Wenn sie sich entscheiden zu warten, werden die Grundlagen des Konflikts wahrscheinlich die gleichen sein, aber die Kosten des Krieges - menschlich, finanziell und anderweitig - werden sich vervielfacht haben.«³⁵

Deutschlands Rolle und seine Militarisierung

Im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg ist eine neue Rhetorik und ein neues Handeln der deutschen Außenpolitik zu beobachten. Die Bundesrepublik setzt sich im europäischen und transatlantischen Kontext an die Spitze der breiten militärischen, finanziellen und logistischen Unterstützung der Ukraine. Gleichzeitig fallen deutsche Politiker*innen, selbst aus dem Mitte-Links Lager, durch eine neue rhetorische Schärfe gegenüber Russland, aber auch anderen Nicht-Nato Staaten auf.

Das Auftreten der Bundesrepublik Deutschland stellt im Gegensatz zu Zeiten des Kalten Krieges eine 180-Grad-Wende dar. In der internationalen Sicherheitsarchitektur der Nachkriegszeit waren die deutschen Staaten in Ansehung der schrecklichen Verbrechen der NS-Zeit völlig zurecht zur Passivität gezwungen, hatten bis in die 1950er Jahre nicht einmal eigene Armeen. Präsent auf beiden Seiten der Mauer war zudem eine starke Friedensbewegung. Mit den Umbrüchen und der Wiedervereinigung nach 1989 stand die deutsche Außenpolitik am Scheideweg. Anstatt jedoch, auch in Ansehung unserer Geschichte, außenpolitische Zurückhaltung zu üben, wurden schnell Rufe danach laut, den Pazifismus der letzten Jahre abzustreifen. Unabhängig der regierenden bürgerlichen Parteien wurde diesen Rufen in der Folge auch nachgegeben. Höhepunkte waren die Nato-Kriege in Jugoslawien und Afghanistan, die Auslandseinsätze in Mali und am Horn von Afrika und schließlich die 100-Mrd.-Aufrüstung und die massive militärische Unterstützung der Ukraine in Milliardenhöhe seit 2022.

Ideologisch untermauert wird diese stetige Eskalation durch eine neoliberal-konservative Denkschule. Unzählige Think-Thanks³⁶, Medien und Politiker*innen, meist mit erheblicher finanzieller Unterstützung der Rüstungsindustrie, arbeiten an der Normalisierung militärischer Aktivitäten der BRD weltweit. Dabei werden die Grenzen des Sagbaren Stück für Stück verschoben und friedenspolitische Positionen als überholt und unmoralisch diskreditiert. Die Denkschule ist streng transatlantisch auf eine starke Nato ausgerichtet und rechtfertigt die aggressive Außenpolitik mit überwiegend moralischen Argumenten. Von der Überspitzung und Konstruktion von Feindbildern, über die angebliche Verteidigung von Demokratie und Freiheit in der ganzen Welt bis hin zum Erhalt von Arbeitsplätzen tritt der neoliberal-konservative Block argumentativ aggressiv auf und

³⁵ Samuel Charap: An Unwinnable War. Washington Needs an Endgame in Ukraine. In: Foreign Affairs, 2023.

³⁶ vgl. Anna Zetsche: Die Neue NATO-Doktrin in Jacobin Magazin, Januar 2022.

drängt friedenspolitische Akteure zunehmend in die Defensive. Gleichzeitig wird die Bundeswehr als desolat und unterfinanziert dargestellt, um Aufrüstung und die Anschaffung neuer Waffensysteme zu rechtfertigen. Auch in Bezug auf den Krieg in der Ukraine ist eine argumentative Umkehr zu beobachten. Obwohl konsequente Friedenspolitik notwendiger denn je ist, müssen sich jene rechtfertigen, die sie verteidigen und nicht diejenigen, die sie attackieren.

Die vermeintliche Verteidigung von Freiheit und Demokratie ist dabei jedoch keineswegs konsistent. Während die BRD Waffen gegen Russland liefert und Staaten wie Indien oder China moralisch belehren will, wird bei verbündeten Staaten und Handelspartnern wie den Golfstaaten, der Türkei und allen voran den USA weggeschaut. Wer dagegen protestiert, wird des »what-aboutism«, der Täter-Opfer-Umkehr und der Nähe zu autokratischen Staaten bezichtigt. Diese Argumentation entlarvt den ideologischen Kern hinter der neuen deutschen Außenpolitik, der klar als solcher benannt werden muss: Imperialismus. Dennoch werden diese Argumentationsstrukturen von Liberalen und sogar von Linken bereitwillig aufgenommen und dazu benutzt, auch innerhalb der LINKEN und der gesellschaftlichen Linken Positionen zu verschieben. Das ist bestenfalls naiv, in Ansehung der neokolonialen Ausbeutungsstrukturen, denen der globale Süden heute unterworfen ist, aber vor allem rassistisch und imperialistisch.

Aufgabe und Rolle der deutschen Linken wie LINKEN

»Der Hauptfeind steht im eigenen Land!« Dieser Spruch beschreibt zentral die Aufgabe, vor der die Linke wie LINKE in Deutschland steht, nämlich, den Militarismus und Imperialismus im eigenen zu bekämpfen. Der Kampf gegen ihn kann nur von Sozialist*innen und Arbeiter*innen im selben Land geführt werden. Deshalb ist es unsere Aufgabe als Sozialist*innen, uns konsequent gegen die neue deutsche Außenpolitik einzusetzen. Doch auch wenn der Hauptfeind im eigenen Land steht, heißt das nicht, dass andere imperialistische Staaten keine Feinde wären für die deutsche Linke - im Gegenteil.

Das heißt zunächst, jeden Aggressor als solchen zu benennen, egal ob die Aggression von Russland und China ausgeht, oder von der Nato, den USA, Saudi-Arabien, der Türkei, von Israel oder anderen der BRD wohlgesinnten Staaten. Gleichzeitig müssen wir die 'Sicherheitsarchitektur' der Welt infrage stellen, was bedeutet, dass wir die NATO ablehnen und einen Austritt Deutschlands aus dem Militärbündnis fordern. Wir stellen uns klar gegen die Aufrüstungsspirale. Allein die BRD hatte 2022 bereits einen Militäretat von ca. 40 Mrd. Euro, was etwa dem Niveau Russlands vor dem Einmarsch in die Ukraine entsprach. Stattdessen setzen wir uns für globale Abrüstung und eine atomwaffenfreie Welt ein. Innerhalb der LINKEN machen wir uns dafür stark, die friedenspolitischen Grundsätze des Erfurter Parteiprogramms zu erhalten und als Partei konsequent nach außen zu tragen. Die Ablehnung von Waffenlieferungen, Wirtschaftssanktionen, von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und der Stopp von Rüstungsexporten sind für uns zentrale Pfeiler der Linkspartei.

Als Studierendenverband beutetet das, den deutschen Imperialismus an jeder Stelle zu benennen, zu kritisieren und zu bekämpfen. Ob Rheinmetall Entwaffnen, Protest gegen die Bundeswehr auf dem Campus oder der Kampf für eine Zivilklausel. Das massenhafte Verweigern des Kriegsdiensts, das Organisieren einer Informationsveranstaltung oder

der Besuch der Demonstration am 01. September. All das und viel mehr ist notwendiger Teil des Kampfs gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus. Aufgabe des DIE LINKE.SDS muss es daher sein, sich dafür in der LINKEN und an den Hochschulen einzusetzen. Es bleibt dabei: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!

- 5 Anstatt dass wir uns als Sozialist:innen in einem der imperialistischen Kernstaaten auf die Seite einer der beiden Blöcke in diesem Krieg stellen, orientieren wir uns an der Position des globalen Südens. Dieser stellt sich in großer Mehrheit seit Kriegsbeginn gegen die Versuche der USA und ihren Verbündeten, in dessen Sanktions- und Waffenlieferungsregime eingebunden zu werden. Das geringe Verständnis, das dieser
- 10 Position in den dominanten Medien hierzulande entgegengebracht wird, zeigt nur, wie stark der eurozentrische Blick ist. Welches Leid westliche Sanktionen und Kriege beispielsweise in Lateinamerika und im Nahen Osten verursacht haben - dafür ist man weitgehend blind. Vor allem aus dieser Erfahrung, die nicht nur historisch, sondern aktuell ist, setzen sich Länder wie Brasilien daher für eine diplomatische Offensive im Russland-
- 15 Ukraine-Krieg ein.

Als SDS wirken wir in die Linkspartei hinein, um die Forderung nach diplomatischen Offensiven zu bekräftigen. Entgegen der herrschenden medialen Darstellung sind Friedensverhandlungen für die Ukraine keine Unmöglichkeit. Das lehrt uns sowohl der historische Blick auf andere Kriege, als auch der Ukraine-Krieg selbst. Denn die

20 Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen haben dort bereits stattgefunden, die beispielsweise im März 2022 weit fortgeschritten waren, wie vom ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten berichtet wurde, scheiterten insbesondere am Widerstand der westlichen Verbündeten. Und auf bestimmten Gebieten wie bei den Getreideabkommen zeigen sich Verhandlungen regelmäßig erfolgreich.

A12. Erhobene Faust statt vorgehaltener Hand - für Frieden, Abrüstung und Diplomatie!

Seit mehr als einem Jahr dauert der Krieg in der Ukraine nun an. Die Spannung, aus denen sich die heutige Lage entwickelt hat, reichen hingegen weiter zurück von 1990, über 2014 bis heute. Daher ist es unerlässlich auch für uns, diese Fragen zu diskutieren, eine Position zu entwickeln und damit in der Öffentlichkeit aufzutreten. Wir blicken auf eine neue Blockkonfrontation und weitere Konflikte in der Zukunft:

- Der geführte Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ein weiterer Schritt des Kremls, die seit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes rückschreitende russische Einflussosphäre zu erhalten. Mit Militärmanövern in Belarus und der Stationierung von Waffensystemen in der Exklave Kaliningrad³⁷, steuert Russland der Eskalationsspirale bei.
- Der Aufbruch der Menschheit zu einer sozialen, auf Verständigung und Kooperation basierenden Weltfriedensordnung soll fortgesetzt mit dieser aggressiven Kriegs- und Aufrüstungspolitik aufgehalten werden, bei Vertiefung des Widerspruchs zwischen Möglichkeit allgemeiner Wohlfahrt und Wirklichkeit krasser Ungleichheit. Die Mittel kultureller Entfaltung und ökonomischer Entwicklung aller waren nie so groß wie heute. So steigt das Drängen der Bevölkerungen, dass die Produktivität der Menschheit in einer gerechten Weltwirtschaft allen zu Gute kommt. Dadurch ist die US-Hegemonie im Untergang. Die mit den geschaffenen produktiven Möglichkeiten, wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen der Menschheit lange überfällige kollektive Beendigung der kapitalistischen Verhältnisse kann nur durch das kooperative Wirken der Vielen Wirklichkeit werden. Jeder Krieg wird durch die Bevölkerungen mit sozialen Fortschritten beendet. Dagegen wirken insbesondere die „westlichen“ Regierungen im Interesse der Konkurrenzvorteile der in ihren Staaten ansässigen Unternehmen und versuchen damit deren Profite zu sichern. Die NATO gewinnt an Popularität im Westen und mehr als 70 Jahre imperialistischer Angriffe durch NATO-Staaten rücken seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine in den Hintergrund. Die Hintergründe des Konflikts werden ausgelassen und verdreht. Der Konflikt, den wir aktuell erleben, beschränkt sich nicht auf die Ukraine und auch nicht auf Russland. Immer mehr Länder hinterfragen die US-Hegemonie und emanzipieren sich als Staaten.
- Während verschiedene Länder, v.A. im sog. Globalen Süden, sich nicht in die neue Blockkonfrontation begeben, erlebt der deutsche und europäische Imperialismus sein lang ersehntes Comeback. Mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine hatte man einen Vorwand, die bereits im Vorfeld angestrebte Wiederbelebung des deutschen Imperialismus durchzuführen und die sog. „Zeitenwende“ Ende Februar 2022 einzuleiten.

³⁷ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/kaliningrad-russland-baut-offenbar-lagersystem-fuer-atomwaffen-aus-a-1213714.html>

Mehr Krieg und Militarismus

Maßnahmen zur "Sicherung des Friedens in Europa", so Scholz in seiner Regierungserklärung vom 27.02.2022³⁸, sind in den Augen der Herrschenden allen voran Militarisierung. Das Ergebnis: Deutschland rüstet seitdem materiell und ideologisch extrem auf. Die 100 Mrd. Euro "Sondervermögen" für das Militärbudget bilden dabei nur den öffentlichen Teil. Nachdem im März 2022 zunächst Helme geliefert wurden, rollen aktuell deutsche Kampfpanzer und es werden bereits Lieferungen von Kampfjets diskutiert. Zwischen dem 12. und dem 23. Juni findet in Deutschland die "größte Verlegeübung von Luftstreitkräften seit Bestehen der NATO" statt. 25 Nationen üben den Krieg direkt über Europa und nähern sich mit mehreren Manövern der russischen Grenze. Mit diesen Übungen wird die Bevölkerung wieder an Bellizismus gewöhnt und die militärische Stärke nach außen signalisiert. Diese „Übungen“ sind Kriegsvorbereitung und die Lage weiterhin an.

Von dem Kriegsgetrommel und den Rüstungsausgaben profitieren die deutschen Rüstungskonzerne und andere Unternehmen, nicht die Menschen in der Ukraine oder hierzulande. Alleine das Rüstungsunternehmen Rheinmetall konnte so seit Februar 2022 seinen Aktienkurs verdoppeln und ist seit dem 20. März 2023 erstmals im deutschen Leitindex DAX gelistet.³⁹ Zugleich erleben wir in Deutschland, aber auch global, eine neue Welle des sozialen Kahlschlags. Der Rüstungshaushalt und der Wirtschaftskrieg der Bundesregierung beschert den einen wachsende Profite und Dividenden, den anderen Energiespartipps und Anleitungen zur Nutzung von Waschlappen. Bundeswirtschaftsminister Habeck sagte dazu im Sommer des vergangenen Jahres:

*"Aber die Folgen eines Krieges können nicht komplett vom Staat kompensiert werden. Wir müssen alle zusammenrücken, um gemeinsam diese schwere Zeit durchzustehen."*⁴⁰

Für die Bundeswehr ein gefundenes Fressen: Sie versuchen junge Menschen zu locken. In Anbetracht der Armut unter Studierenden, macht das regelmäßige Einkommen, das die Bundeswehr in Aussicht stellt, eine Karriere dort attraktiv. Dazu kommen neue Imagekampagnen, in denen Hochrüstung als Ziel propagiert wird und die Bundeswehr einen jugendlichen Anstrich bekommt ("woke und wehrhaft", usw.).

Die rasante und inzwischen zunehmend normalisierte Militarisierung schlägt sich jedoch nicht nur im Haushalt der Bundesregierung, den Profiten der Rüstungskonzernen und der medialen Inszenierung nieder. Auch die Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht dringt immer weiter im Diskurs vor. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint eine Wiedereinführung zwar vor allem aus infrastrukturellen Gründen unwahrscheinlich, allerdings kann der Kampf um die Herstellung der Wehrfähigkeit auch auf anderem Wege geführt werden: Eva Högl (SPD), Wehrbeauftragte des Bundestages, warb daher unter

³⁸ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>

³⁹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/dax-rheinmetall-fmc-indexveraenderungen-hensoldt-mdax-aktien-etf-fonds-101.html>

⁴⁰ <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/dreyer-zu-gas-alarmplan-100.html>

anderem für die allgemeine Musterung junger Menschen (aller Geschlechter!).⁴¹ Klar ist aus Sicht der Herrschenden: Imagekampagnen und Solidaritätsbekundungen reichen nicht aus, um den Krieg um die Köpfe und neue Soldat*innen zu gewinnen. Mit Einführung der allgemeinen Musterung rückt die Bundeswehr noch weiter in die Lebensrealität junger Menschen.

Die Militarisierung, die wir in der Breite der Gesellschaft beobachten können, schlägt sich auch auf unsere Hochschulen nieder: Seit Juni 2022 wird bundesweit über das Aussetzen der Zivilklauseln geredet und öffentlich Druck ausgeübt.⁴² Auch Universitäten sollen wieder (vermehrt) Teil des militärisch-industriellen Komplexes werden.

10 **Medien und Propaganda**

Flankiert wird die Hochrüstung und die militärische Eskalation mit einer veröffentlichten Meinung nach dem Stil des Kalten Krieges. Wir sehen wie tagtäglich das Töten in der Ukraine zu einem Kampf um die Freiheit stilisiert wird, hochmoderne und mörderische Kampfpanzer als niedliche "Leos" betitelt werden und das russische Staatsoberhaupt zur neuen Ausgeburt der Hölle ernannt wird. Die herrschende Klasse versucht uns mit diesen und weiteren Bildern zu vermitteln, dass dieser Krieg ein gerechter und notwendiger Krieg sei. Wer sich gegen die 100 Milliarden, Waffenlieferungen und Wirtschaftssanktionen ausspricht oder es gar wagt die Hintergründe des Krieges zu beleuchten, gilt direkt als "Putin-Versteher*in" und soll damit mundtot gemacht werden. Wogegen die neue bundesweite Imagekampagne der deutsche Bundeswehr sich unter Anderem ganz unverblümt fragt: "Was zählt, wenn wir wieder Stärke zeigen müssen?". Ein weiterer elementarer Teil der herrschenden Kriegslogik und Kriegspropaganda ist die Marginalisierung, Delegitimierung und Diffamierung der Friedensbewegung. Dieses Spiel müssen wir durchbrechen.

25 **Was tun**

Wir müssen klare Haltung gegen den Einsatz von militärischen Mitteln in (geopolitischen) Konflikten beziehen und als friedenspolitische Kraft in Erscheinung treten. Ein weiter so bedeutet geradewegs weiter in die Barbarei des dritten Weltkrieges zu marschieren. Wir widersetzen uns dieser aussichtslosen Politik der herrschenden und schließen gemeinsam mit dem globalen Süden an der Entwicklung einer multipolaren Weltordnung an, die sich den drängenden Fragen unserer Zeit zuwendet: Soziales, friedliche Koexistenz und Ökologie. Wir wirken verstärkt in drei Bereichen:

1. In der Hochschule

Als sozialistischer Studierendenverband sehen wir innerhalb der Universitäten einen ersten Ansatzpunkt für unsere Friedensarbeit. Dort können wir Aufklärung über diesen und weitere Kriege, die Hintergründe und Deutschlands Rolle im imperialistischen System leisten und die Orte der Wissenschaft wieder zu einem Ort machen, an dem über

⁴¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/wehrbeauftragte-musterung-bundeswehr-100.html>

⁴² <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ukraine-krieg-zeitenwende-in-der-wissenschaft-hochschulen-sollen-auch-fuers-militaer-forschen-/28439110.html>

Perspektiven für den Frieden gesprochen und geforscht werden kann. Es gilt also, aufklärerisch in den Universitäten zu wirken, um zivile Lösungen für Konflikte zu schaffen. Darüber hinaus müssen wir, im Zuge der allgemeinen Repolitisierung der Studierendenschaft, den Diskursraum "Frieden" wieder öffnen und selbstbewusst als antimilitaristischer und friedenspolitischer Akteur am Campus und darüber hinaus auftreten.

Zivilklauseln - Erkämpfen, durchsetzen, verschärfen!

Die freiwillige Selbstverpflichtung wird gern als Zahnloser Tiger geframet. Das stimmt nicht: Sie ist die Grundlage, die uns eine Verhandlungsposition in den Universitäten und Hochschulen einräumt. Wir dürfen uns auch bei bestehenden Zivilklauseln nicht vom Schein trügen lassen: die Dual-Use Problematik besteht trotzdem weiterhin. Das heißt, das bloße Bestehen von Zivilklauseln ist lange nicht ausreichend. Sie weiter zu verschärfen und in Verbindung mit Transparenzregelungen für ihre Einhaltung zu sorgen, ist unser Mittel gegen zunehmende Militarisierung Deutschlands. Neben der konsequenten Durchsetzung und Einhaltung von bestehenden Zivilklauseln müssen wir für echte Friedensklauseln kämpfen. Zivile Forschung heißt für uns nicht nur, dass nicht für militärische Zwecke geforscht werden darf, sondern dass die Wissenschaft(en) ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen müssen, indem sie interdisziplinär, kritisch und über die Grenzen von Nationalstaaten hinaus an der Bewältigung der aktuellen Menschheitsprobleme (Klimakrise, Armut, Krieg) arbeiten. Dafür ist die Einführung von Zivil- bzw. Friedensklauseln jenseits der Unisatzungen in die Landeshochschulgesetze unabdingbar! Die gesetzliche Verpflichtung zu einer friedensorientierten Forschung bleibt eine wichtige Forderung. Wir sind uns aber klar: bellizistische Einflüsse aus Rüstungsindustrie, Verteidigungsministerium und Bundeswehr konsequent stoppen können in letzter Instanz nicht bürgerliche Gesetze, sondern eine starke Friedensbewegung, eine bewusste Studierendenschaft und Proteste überall dort, wo die Zivilklausel gebrochen wird.

- **Zivilklauseln in alle Landeshochschulgesetze** jetzt! Gegen jede militärische Forschung an unseren Unis.
- **Verständigung, statt Abschottung!** Wiederaufnahme der Kooperationen mit friedensbewegten, russischen Wissenschaftler*innen und Forschungsinstituten.
- Zusammenarbeit mit und Hineinwirken in **Gremien, studierendennahe Organe und Initiativen** wie Fachschaften, ASten, etc. vertiefen!

Wissenschaft - Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen

Mit Vorträgen, Kongressen und Veranstaltungen spielen wir in der öffentlichen Meinungsbildung der Studierenden eine relevante Rolle. Wir müssen den Diskurs über Friedenspolitik maßgeblich prägen, dürfen es unter keinen Umständen den rechten und reaktionären Kräften überlassen und einer Querfront entschlossen entgegentreten. Durch Einwirkung auf die Forschung und Wissenschaftskooperation treiben wir die Forschung für den Frieden auf allen Gebieten voran. Die Sprache der Wissenschaft ist die der Demokratie und der Verständigung - auch International. Der Abbruch von Wissenschaftskooperationen mit u.A. jenen russischen Wissenschaftler*innen, die gegen

den Krieg sind, sind eine deliberative Lösung.⁴³ Beispiele für erfolgreiche Kooperationen auch zwischen sich feindlich gegenüberstehenden Staaten zeigen die Wirksamkeit für diplomatische Bemühungen: SESAME, CERN und das ICTP stellen nur einige von vielen Projekten dar.⁴⁴

- 5
- **Internationale Wissenschaftskooperationen vertiefen** und in eine friedensorientierte Richtung weisen!
 - **Vorlesungen, Seminare und andere Veranstaltungen** zu Krieg und Frieden an die Universitäten bringen.
- 10
- Der Bundesvorstand organisiert zusammen mit dem BAK Frieden und Antiimperialismus eine **bundesweite Veranstaltungsreihe zu Zivilklauseln, Militärforschung, Kriegspropaganda, Imperialismus im 21. Jahrhundert und deutschem Militarismus, wobei zu allen Punkten Veranstaltungen stattfinden sollen**

2. In der Friedensbewegung

15 Wir schließen uns den erhöhten Aktivitäten der bundesweiten und lokalen Friedensbewegung an. Sowohl die vergangenen bundesweiten, aber auch die vom SDS unterstützen Ostermärsche als eine Konsequenz der Friedenswerkstatt sind positive Zeichen. Wir waren mit zahlreichen Gruppen in verschiedenen Städten für Frieden, Abrüstungen und Verhandlungslösungen auf den Straßen. Wir sind damit Teil der Debatte

20 um zivile Konfliktlösung. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist für mehr Verhandlungen und stellt sich nicht uneingeschränkt hinter die Kriegspolitik der Bundesregierung. Als Teil der Friedensbewegung ist es unsere Aufgabe, dieser Mehrheit eine Perspektive zu geben und entgegen den Einschüchterungsversuchen der Herrschenden standhaft zu bleiben.

25 Als Antiimperialist*innen ist es für uns unablässig, das Thema Frieden zu adressieren. Als Linke dürfen wir rechten Kräften hier keineswegs die Bühne überlassen. Wir unterstützen Friedensinitiativen, die konsequent antimilitaristisch sind, verurteilen jede Versuche der AfD, etc. Teil der Friedensbewegung zu werden und grenzen uns klar davon ab. Die Forderungen nach Diplomatie gehen mit der beidseitigen Abrüstung einher und können mit Befürworter*innen der Bundeswehr daher nicht gemacht werden. Das "Fischen am

30 rechten Rand" verurteilen wir. Stattdessen gestalten wir unsere Forderungen nach anti-imperialistischen Prinzipien und bleiben diesen treu. Für uns gilt: Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus. Forderungen nach diesem Leitprinzip sind der beste Weg, der rechten Friedensdemagogie den Boden zu entziehen.

In den kommenden Monaten wollen wir daher:

- 35
- verstärkt in **lokalen Bündnissen und Friedensinitiativen** mitwirken
 - in den **bundesweiten Strukturen der Friedensbewegung** neben dezentralen auch auf zentrale Straßenaktionen hinarbeiten

⁴³ <https://www.zois-berlin.de/ueber-uns/aktuelles/aufruf-zu-wissenschaftskooperation-mit-kolleginnen>

⁴⁴ <https://www.unesco.org/en/scientific-research-cooperation-why-collaborate-science-benefits-and-examples>

- eine Person aus den Reihen des SDS für den **Bundesausschuss Friedensratschlag** benennen

3. In der Partei die Linke

Das propagandistisch aufgeladene Klima der Friedensfrage hat auch bei Teilen der Partei die Linke zum Verlassen programmatischer Grundsätze geführt. Ein Nein zu Waffenlieferungen, Sanktionen und Auslandseinsätzen wird von einigen Parteigliederungen, Fraktionen und Landesregierungen missachtet oder in Frage gestellt. Während wir es als SDS in einigen Konflikten sehr gut schaffen, uns in kontroversen Debatten als antiimperialistische Kraft zu behaupten (z.B. Israel-Palästina) lässt die Partei und der Verband zunehmend offenen Raum für rechte und reaktionäre Kräfte in Fragen des Ukrainekrieges.

Als Studierendenverband an über 70 Universitäten und als Teil der Partei Die LINKE spielen wir in der politischen Landschaft, sowohl gesellschaftlich als auch innerhalb der Partei, eine wichtige Rolle. Wir sind dazu in der Lage, den Diskurs mitzubestimmen und Massenbewegungen aus den Universitäten heraus zu prägen, zu organisieren und auf die Straße zu bringen. Mit dieser Initiative greifen wir auch in die Partei die LINKE ein und erteilen programmatischen Neuorientierungen in der Friedensfrage eine Absage. Eine starke Linke wird es nur mit einer unmissverständlichen Friedensorientierung geben.

In den kommenden Monaten wollen wir daher:

- **Aktiv auf die Linkspartei und Linksjugend Solid'** einwirken und unsere Positionen zum Frieden einbringen, sowohl auf lokaler, landesweiter und Bundesweiter Ebene
- die Zusammenarbeit mit dem neu gegründeten **BAK Antimilitarismus der Linksjugend Solid'** suchen.
- darauf hinwirken das Thema "Frieden" als zentraler Punkt im **Europawahlkampf** der Partei die LINKE zu verankern.

Als Die Linke.SDS fordern wir:

- Die Aufnahme aller russische Kriegsdienstverweigerer und politisch Verfolgten und deren Familien, Politisch Verfolgte Ukrainer*innen und deren Familien, und Flüchtlinge aus der Ukraine, die keinen ukrainischen Reisepass haben, mit vollen Asylstatus mit den Rechten aus dem Asylbewerberleistungsgesetz der BRD.
- Die Befreiung der kommunistischen Kononowitsch-Brüder in der Ukraine und die Aufklärung über deren Folter während der Haftzeit sowie die Verurteilung der Täter vor der Bundesgerichtshof und der internationalen Strafgerichtshof wegen eines Verstoßes gegen das Folterverbot aus Art. 3 EMK (Europäische Menschenrechtskonvention) und Art. 104 GG.

A13. Unsere Solidarität gegen ihre Repression

Die Linke.SDS verurteilt aufs Schärfste die brutale Polizeigewalt und Repressionen, denen linke, antirassistische und antikapitalistische Gruppen in Deutschland vermehrt ausgesetzt sind!

- 5 Der Feind stand für den Staatsapparat historisch schon immer links. Ob es sich um antifaschistische und antirassistische Gruppen handelt oder um nationale Befreiungsbewegungen; alle, die sich gegen die bestehende ausbeuterische Ordnung wenden, werden von Geheimdiensten observiert, von den Staatsanwaltschaften und der Polizei kriminalisiert und von öffentlichen Medien diffamiert. Als Sozialist:innen ordnen
- 10 wir Demonstrationsverbote, Polizeigewalt, rassistische Migrationspolitik, Neokolonialismus, sowie wiederholte Angriffe auf das Asylrecht als Instrumente der bürgerlichen Demokratie unter kapitalistischen Vorzeichen ein und stellen uns diesen entschieden in Theorie und Praxis entgegen. Jene, die dem Staat den Spiegel vorhalten, erfahren Repression. Ob es sich dabei um die Letzte Generation handelt, die durch ihr
- 15 Wirken die nicht existente Klimapolitik des Staates offenlegt, oder Antifaschist:innen, die sich aus Notwehr in Ostdeutschland gegen Nazis strafbar machen, weil der Staat wegschaut. An der politisch motivierten Strafverfolgung von kurdischen Linken wird die internationale Dimension der Repression besonders deutlich. Während der kurdische Befreiungskampf ein Vorbild für eine egalitäre Entwicklung weltweit ist, ist die
- 20 Bundesregierung willige Helferin der faschistischen Politik des NATO-Bündnispartners Türkei, um die Interessen des Kapitals hierzulande und weltweit zu verteidigen. Der Palästinensische Befreiungskampf wird kriminalisiert, weil er die deutsche Staatsräson angreift und den Einfluss der Westmächte in der SWANA Region unterbinden würde.
- 25 Die wachsende Repression und die vermehrten Grundrechtseinschränkungen stehen auch in Zusammenhang mit dem wachsenden deutschen Militarismus und der imperialistischen Aufrüstungspolitik der Bundesregierung. Mit dem 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr, den offeren Weltmachtambitionen Deutschlands und den gesteigerten Militarisierungsmaßnahmen kommt auch ein verstärkter
- 30 Militarismus im Inneren, besonders im Polizeiapparat, zum Vorschein.

Historische Kontinuität staatlicher Repression und der §129

- Im Strafgesetzbuch (StGB) werden unter dem § 129 der Tatbestand der "Bildung krimineller Vereinigungen", unter § 129a die "Bildung terroristischer Vereinigungen" und
- 35 unter § 129b "Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland; Einziehung" aufgeführt. Durch die Einleitung derartiger Verfahren stehen den Strafverfolgungsbehörden weitreichende Befugnisse, wie zum Beispiel Postkontrolle, Telefonüberwachung, langfristige Observation, Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittlern, Rasterfahndung und "großer Lauschangriff", zur Verfügung. Der § 129 war in
- 40 der Vergangenheit als "Schnüffelparagraph" bekannt geworden, um Strukturen auszuspähen. 2017 wurde der § 129 reformiert, um gegen organisierte Kriminalität

vorgehen zu können. Seither gilt eine Vereinigung als ein „auf längere Dauer angelegter, von einer Festlegung von Rollen der Mitglieder, der Kontinuität der Mitgliedschaft und der Ausprägung der Struktur unabhängiger organisierter Zusammenschluss von mehr als zwei Personen zur Verfolgung eines übergeordneten gemeinsamen Interesses.“ Nun
5 kann der Staat beinahe jeden politischen Zusammenhang, der sich nicht auf bloße Lippenbekenntnisse beschränkt, als potenziell kriminelle Vereinigung einstufen. § 129 ist ein abstraktes Gefährdungsdelikt, das heißt bei Organisationsdelikten wie diesem wird die Strafbarkeit weit vor den Zeitpunkt eine Straftat zu begehen vorverlagert.

Eingeführt wurde die Norm im frühen 19. Jahrhundert, um Vereinigungen wegen
10 „revolutionärer Umtriebe und demagogischer Verbindungen“ zu verbieten und ihre Mitglieder zu verfolgen. Zu Zeiten des Deutschen Kaiserreiches wurden bereits August Bebel und Wilhelm Liebknecht unter dieser Norm inhaftiert, weil sie sich positiv auf die Pariser Kommune bezogen. In der Weimarer Republik rückten schließlich vor allem Funktionäre der KPD unter dieser „Rechtsnorm“ in den Fokus. Im Nationalsozialismus
15 wurde die Vorschrift um die Unterstützung einer Organisation ergänzt und diente der Verfolgung von Jüd:innen, Kommunist:innen und weiteren Oppositionellen. In der BRD nach 1950 wurde die Norm weiterhin vorwiegend gegen kommunistische Gruppen eingesetzt. Zu Beginn des „Deutschen Herbstes“ 1976 wurde der § 129 durch §129a ergänzt, In Reaktion auf den Anschlag auf das World Trade Centre Ende 2001 wurde
20 schließlich § 129b StGB ergänzt, um angebliche Mitglieder von im Ausland agierenden Gruppen zu kriminalisieren, darunter auch viele in der BRD lebende kurdische und türkische Oppositionelle.

Zuletzt wurde der § 129 im Zusammenhang des Antifa-Ost-Verfahrens, sowie weiterer antifaschistischer Zusammenschlüsse relevant. Für Aufruhr sorgte er durch die
25 bundesweiten Razzien bei der Klimagruppe Letzte Generation. Im Weiteren wollen wir auf einige Beispiele näher eingehen:

Repressionen gegen Kurd:innen

Seit 1993 besteht in Deutschland das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans der PKK. Seitdem gab es tausende von Strafverfahren, Razzien und auch Verurteilungen nach den
30 § 129, 129a und 129b. Die kurdische Community hier in Deutschland soll verunsichert und entpolitisiert werden, damit sich hier kein Widerstand gegen die mörderische Politik des türkischen Präsidenten Erdogan regt.

Dafür sorgt ein dichtes Netz von Spitzeln, die vom Verfassungsschutz und dem polizeilichen Staatsschutz angeworben werden. Dafür sorgen auch die Verbote von
35 Symbolen und Parolen der kurdischen Befreiungsbewegung auf Demonstrationen und Veranstaltungen. Und dafür sorgen nicht zuletzt auch die Anklagen und Verurteilungen wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer ausländischen Vereinigung nach dem §129b. Diese haben nach dem Besuch von Generalbundesanwalt Peter Frank bei seinem türkischen Amtskollegen im Juli letzten Jahres noch einmal deutlich zugenommen. Wir
40 sehen einen direkten Zusammenhang mit dem Erpressungsversuch Erdogans bezüglich des NATO-Beitritts von Schweden und Finnland auf Kosten der kurdischen Exil-Community in Europa. Parallelen zwischen dem Antifa-Ost-Prozess in Dresden und den 129b-Verfahren gegen politisch aktive Kurd:innen gibt es auch beim Einsatz von dubiosen

Kronzeugen. Im Verfahren gegen fünf kurdische Aktivist:innen vor dem OLG Stuttgart, welches im April 2021 endete, stützte sich das Gericht trotz selbst geäußerter erheblicher Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Kronzeugen auf dessen Aussagen bei der Verurteilung eines Teils der Angeklagten zu hohen Freiheitsstrafen.

- 5 Spätestens seit der Revolution in Rojava und der Verteidigung von Kobani 2014 gibt es eine große Solidarität der deutschen Linken mit der kurdischen Bewegung und auch eine enge Zusammenarbeit mit kurdischen Verbänden und Organisationen in Deutschland. Nicht zuletzt diese Solidarität ist den Repressionsbehörden ein Dorn im Auge. Gerade im Angesicht von Repression ist es ein großer Gewinn, dass sich die Klimabewegung, die kurdische Community und deutsche antifaschistische Gruppen miteinander vernetzen und regelmäßig solidarisieren. Dies gilt es zu unterstützen und um weitere betroffene Gruppen zu ergänzen. Im Interesse der Solidarität mit und Teilhabe von Palästinenser:innen müssen wir uns verbandsintern bilden sowie extern einsetzen.

Repressionen gegen die Klimabewegung

- 15 Die letzten Jahre und die damit einhergehende Politisierung der Jugend waren geprägt von den zunehmend sichtbar werdenden sozial und global ungerechten Folgen des Klimawandels und dem Versagen parlamentarischer Klimapolitik, wie beispielsweise derjenigen der Merkel- und Ampel-Regierung(en). Aufgrund der Dringlichkeit ist eine notwendige Radikalisierung der Klimabewegung entstanden. Wir beobachten im Rahmen der jüngsten Ereignisse eine unverhältnismäßige Gewalt und strukturelle Repressionen gegen Klimaaktivist:innen in ganz Deutschland. Das zeigt sich unter anderem an der Kriminalisierung von Aktivist:innen von Ende Gelände, die sich zunehmend antikapitalistisch positionieren und an wichtigen Stellschrauben des fossilen Kapitalismus ansetzen. Paradigmatisch dafür ist auch die Zerstörung Lützeraths, bei der mit 3300 Polizisten eine breite, progressiv-bürgerliche Klimabewegung zum Schutz des Kapitals zusammengeschlagen wurde. Waldbesetzungen in den letzten Jahren, wie im Hambi, Danni oder Waldi, wurden teils menschengefährdend geräumt und Klimaaktivist:innen, mitunter für Monate und Jahre, in Gewahrsam genommen. Auch hier bedeutete die Novellierung des Polizeigesetzes in NRW eine erhebliche Ausweitung der Befugnisse, um beispielsweise gegen Klimaaktivist:innen vorzugehen. Das neueste Ereignis, welches sich in die Folge von staatlichen Repressionen gegen die Klimabewegung einreicht, sind die gewaltsamen Hausdurchsuchungen bei Aktivist:innen der Letzten Generation, die ebenso mit dem §129 begründet wurden. So hat die Münchner Generalstaatsanwaltschaft die Website der Letzten Generation gesperrt und ersetzt mit: "Die Letzte Generation stellt eine kriminelle Vereinigung gemäß §129 StGB dar!" - und das ohne irgendein entsprechendes Urteil. Wir müssen damit rechnen, dass diese Gewalt sich weiter zuspitzen wird. Um gegen die weitere Zuspitzung gemeinsam handlungsfähig zu sein, muss die gesamte Klimabewegung - auch die Letzte Generation - ebenso solidarisch mit Antifaschist:innen und Migrant:innen sein, und sich klar gegen die staatliche Repression stellen - denn Solidarität ist keine Einbahnstraße.

Repressionen gegen Antifaschist:innen und das Antifa-Ost-Verfahren

Am Prozesstag ist im Antifa-Ost-Verfahren am 31.05.2023 ein Urteil gefallen. Lina wurde zu fünf Jahren Knast verurteilt, die anderen drei Angeklagten zu jeweils zwei Jahren und

fünf Monaten, drei Jahren und drei Jahren und drei Monaten. Das Verfahren und Urteil als politisch motiviert zu bezeichnen, wäre beinahe ein Kompliment. Dieses Verfahren hätte vor einem einfachen Landgericht geführt werden können, stattdessen wurde es vor der höchsten Ebene, vor dem Staatsschutzsenat am Oberlandesgericht in Dresden geführt, auf Grund einer besonderen Bedeutung und der vermeintlichen "Schwelle zum Terrorismus". Antifaschistische Militanz im Osten ist als Reaktion auf rechte Gewalt und gesellschaftliche Verhältnisse zu deuten, die dieser zu wenig entgegen. In Teilen Ostdeutschlands sehen sich Betroffene rechter Gewalt und Engagierte gegen Rechts in einer prekären Situation angesichts der Kontinuität rechter Gewalt, neonazistischer Aktivitäten und der Zustimmung für die extrem rechte AfD. Hinzukommen (kollektive) Erfahrungen der sogenannten Baseballschlägerjahre, das Versagen im Kontext NSU und das Nicht-Verhindern rechtsterroristischer Anschläge, u.a. in Halle und Hanau, in denen der Staat nicht wirksam gegen Neonazis und Rassist:innen vorging und die Polizei Betroffene nicht ausreichend schützte. Seit der Gründung erster Antifagruppen wird Gewalt als aufgezwungene Selbstverteidigung bzw. gegenmächtige Praxis in Reaktion auf Gewalt von Neonazis verstanden⁴⁵.

Die Bundesanwaltschaft musste in ihrem Plädoyer zugeben, dass es nicht "die eine smoking gun" gebe, sondern eine "Kette von Beweisen". Kritische Prozessbegleiter:innen berichten von einseitig belastend geführten Ermittlungen, die vielfach nachweisbare Fehlinterpretationen von abgehörten Gesprächen und anderen Beweismitteln nach sich zogen. Diese Telefon- und Kommunikationsmittelüberwachung konnten auf Grund der Ermittlungen nach § 129 überhaupt erst in Besitz des BKA gelangen. Die Bundesanwaltschaft evozierte das Verfahren gegen Lina und weitere Antifaschist:innen mit der Begründung, dass mit Gewalt die Meinungsfreiheit einer Bevölkerungsgruppe eingeschränkt wird.⁴⁶ Diese Bevölkerungsgruppe besteht aus Rechtsradikalen und nun angeklagten Rechtsterroristen. Das Verfahren war geprägt von Geschichtsrevisionismus, unbrauchbarer Extremismustheorie, Nazizeugen als Geschädigten und mit Rechtsschutz erscheinenden Polizeizeugen, gegen die, wegen Durchstechen von Akteninternas an rechtsextreme Medien oder im Zusammenhang mit dem sächsischen Munitionsskandal im Zusammenhang mit Nordkreuz, ermittelt wurde. Gekrönt wurde das Ganze von einem einschlägig vorbestraften Kronzeugen, durch dessen Schilderungen zu angeblichen Kampftrainings allein eine Verurteilung der vier Angeklagten nach §129 Kriminelle Vereinigung ermöglicht wurde. Alle vier in Dresden Angeklagten wurden zu Haftstrafen verurteilt. Lina und ein Genosse wurden der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig gesprochen, die beiden anderen - trotz Alibis zu den Tatzeiten- der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Gerade im Fall der beiden mutmaßlichen Unterstützer wird der unbedingte Verurteilungswille von Polizei, Bundesanwaltschaft und Gericht deutlich.

Als Studierendenverband verurteilen wir die Verurteilung nach Paragraph 129 und die Versuche, aus linksradikaler Gewalt eine ähnliche Gefahr für die Allgemeinheit zu konstruieren wie rechtsradikale Gewalt. Dies ist besonders mit Blick auf die deutsche

⁴⁵ Hierzu: Jänicke, Christine und Paul-Siewert, Benjamin (Hrsg.) (2022): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung.

⁴⁶ Pressemitteilung der Generalbundesanwaltschaft zur Festnahme von Lina E.: GBA: Festnahme und Durchsuchungen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer ... | Presseportal

Geschichte alarmierend.⁴⁷ Weitere Verfahren gegen weitere Beschuldigte im Antifa Ost Komplex und andere werden unter dem § 129 folgen. Gerade weil dieser Staat von Armut und Ausgrenzung Betroffene kriminalisiert, sowie auch Antifaschist:innen, Migrant:innen und Klimaaktivist:innen, stehen wir an der Seite von Repressionsbetroffenen.

5 Antifaschismus erfordert aus unserer Analyse als Sozialist:innen eine breite Einheitsfront und eine geeignete Faschismusanalyse. Als Studierendenverband ist es unsere Aufgabe diese Einheitsfront aktiv mit aufzubauen, denn Antifaschismus ist Pflicht und der Staat zeigt keinen Einsatz uns gegen jene zu verteidigen, die systematisch rechte Gewalt in national befreiten Zonen ausüben, in rechtsradikalen Parteien organisiert sind und/oder

10 in Kampfsportvereinen junge Menschen für ihre faschistische Ideologie gewinnen und zum Kampf ausbilden.

In diesem Kontext bewerten wir auch die Polizeigewalt und die Einschränkung bzw. das Verbot von Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Urteil und solidarisieren uns mit allen von der Polizei pauschal gekesselten Menschen in Leipzig am 03. Juni 2023 und

15 allen anderen von Repression Betroffenen. Wir fordern lückenlose Aufklärung dieses Einsatzes bis ins Innenministerium hinein und konsequente Entnazifizierung der Sicherheitsbehörden und Gesellschaft. Wir bleiben uns stets treu: Wir sind nicht Volk, wir sind Klasse.

Repressionen gegen Palästina-Solidarität

20 Die deutsche Staatsräson, Israels Sicherheit zu gewährleisten, ist eine, die wie kaum eine andere mit voller Härte durchgesetzt wird. Gemeint ist damit nicht die Sicherheit von palästinensischen und jüdischen Menschen, die unter dem Apartheidsystem des Staates Israel leben müssen, sondern im Gegenteil die Sicherung eben dieses Apartheidsystems.

25 Innerhalb Deutschlands ist die Palästina-solidarische Bewegung deshalb Opfer heftiger Kriminalisierung und Repression. Das spiegelt sich auch in der Demonstration am 20. Mai 2023 in Berlin anlässlich des 75. Jahrestages der Nakba wider. Während Israel seinen 75. "Geburtstag" feiert, trauern Palästinenser:innen angesichts der »Katastrophe«, arabisch »Nakba« und den 750.000 Menschen, die vor und im Zuge der Staatsgründung 1948 von zionistischen Milizen aus ihren Häusern vertrieben wurden.

30 Bereits 2022 wurde neben einem generellen Verbot von palästina-solidarischen Demonstrationen die Repressionsgewalt des Staatsapparats aufgefahren und nach einem Polizeikessel auf dem Hermannplatz Bußgelder und Platzverweise verteilt. Auch dieses Jahr wurde die auf lange Sicht geplante zentrale Gedenkdemonstration aufgrund

35 einer "unmittelbaren Gefahr"⁴⁸ für die öffentliche Sicherheit vom Oberverwaltungsgericht verboten. Am Oranienplatz zur Solidarität mit von der Repression Betroffenen und gegen die Einschränkung demokratischer Grundrechte der Meinungs und Versammlungsfreiheit kam es dann zu brutalsten Angriffen⁴⁹ des Staates gegen die vom

⁴⁷ Mehr Informationen zum Verfahren auch bei der von Die Linke.SDS unterstützten Kampagne "Wir sind alle LinX" <https://www.wirsindallelinx.org/>

⁴⁸ ZDF (21.05.2023). Berlin: Strafanzeigen nach Palästinenser-Demo.

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/palaestinenenser-demo-berlin-verbot-strafranzeigen-100.html>

⁴⁹ Instagramseite der Kampagne Nakba75: https://twitter.com/nakba_75/status/1659941914815102977
<https://twitter.com/hahauenstein/status/1659941890786045953>

Jüdischen Bund und der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden als Alternative angemeldeten Kundgebung.

5 Einschränkungen der Meinungsfreiheit erlitten auch Mitglieder unseres Verbandes in Marburg. Ein für eine Veranstaltung am 21.04.2023 zum "Antimuslimischen Rassismus" gebuchter Raum wurde von der Universitätsleitung in Reaktion auf Angriffe des Jungen Forums der Deutsch-israelischen Gesellschaft gekündigt. Der daraufhin beschlossene Antrag im Studierendenparlament zeigt, wie wir als sozialistischer Studierendenverband damit umgehen müssen. Nicht nur wird das Verhalten der Universität aufs Schärfste
10 verurteilt, es wird auch der Beschluss vom 55. Marburger Studierendenparlament vom 23.Oktober 2019 „Antisemitische Kampagne boykottieren, die BDS-Kampagne verhindern“ revidiert⁵⁰.

15 Neben der Einschränkung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, welche für Palästinenser:innen letztlich bedeutet, dass sie kaum Möglichkeit haben, auf ihre Situation mittels ihrer Grundrechte aufmerksam zu machen, indem sie sich öffentlich versammeln, finden sich weitere bekannte Instrumente des Staatsapparates in der Kriminalisierung wider. Ähnlich wie in der anti-kurdischen Repression gibt es auch für Palästinenser:innen Flaggenverbote⁵¹. Mit der Einführung von §129 b und der ebenfalls
20 im Zuge des 11. Septembers 2001 geschaffenen sogenannten "Terrorlisten" der EU und USA wurden neben der DHKP-C und PKK in Türkei/Kurdistan, ETA im Baskenland, FARC in Kolumbien unter anderem auch die palästinensische Organisation PFLP als "terroristisch" eingestuft und mit allen dazugehörigen repressions-technischen Konsequenzen (z.B. §§ 129/a/b-Verfahren) überzogen. Diese Terrorlisten beruhen auf keinen rechtsstaatlichen
25 Prinzipien, sondern sind rein politisch motiviert. Der terroristische Charakter einer Gruppierung muss in aktuellen Verfahren nicht mehr nachgewiesen werden. Sämtliche Bankkonten und ähnliches werden in Europa und den USA eingefroren. Da die Liste lang ist seien hier Beispiele der jüngeren Vergangenheit genannt:

30 Am 15. März 2019 sollte in Berlin-Kreuzberg eine Veranstaltung unter Beteiligung Rasmae Odeh stattfinden. Zu der Veranstaltung mit dem Titel „Palästinensische Frauen im Befreiungskampf“ hatten das Samidoun-Netzwerk und der Berliner BDS-Ableger geladen. Pro-israelische und jüdische Organisationen, unter anderem das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus und der Zentralrat der Juden, kritisierten die
35 geplante Veranstaltung unter Verweis auf Odehs anti-israelische Ansichten und ihre Vergangenheit. Der Auftritt wurde von der Berliner Senatsverwaltung für Inneres untersagt, Odeh wurde die politische Betätigung in Berlin verboten und ihr Schengen-Visum wurde aufgehoben.⁵² Der palästinensische Aktivist Khaled Barakat, der als PFLP Unterstützer gilt, darf vier Jahre lang nicht nach Deutschland einreisen. Das Berliner
40 Landesamt für Einwanderung hat, wie erst später bekannt wurde, Barakat im Februar 2020 ausgewiesen und mit der Sperre belegt. Zuvor sollte auch er wie Odeh bei einer

⁵⁰ Antrag des Asta-Marburg: https://www.asta-marburg.de/fileadmin/Gremien/StuPa/Beschlussarchiv/57._Student_innenparlament/20230517_57-081_Antimuslimischen_Rassismus_ernstnehmen_StuPa_Antrag.pdf

⁵¹ Neues Deutschland (21.06.2021). Regierung geht gegen Palästinenser-Organisationen vor | nd-aktuell.de

⁵² Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Inneres (15.03.2019). Innenverwaltung untersagt Auftritt von Rasmae Odeh - Berlin.de

Veranstaltung auftreten, für die er ein Verbot erhielt. Kürzlich stellte die DIG erst Strafanzeige gegen Samidoun wegen des Verdachtes von strafbaren Unterstützungshandlungen nach § 129b StGB.⁵³ Dass hierfür die unbrauchbare IHRA-Arbeitsdefinition herangezogen wird, um gegen Palästinenser*innen zu hetzen, haben wir in mehreren Anträgen des Bundeskongresses seit dem Antrag A12 des 27. Bundeskongress (Dezember 2020) behandelt.⁵⁴

Der § 129b, ebenso die »Schwarzen Listen«, sind wie schon die §§129/a neue Mittel einer präventiven Konterrevolution der Herrschenden. Sie müssen durch uns Linke als solche auch benannt und bekämpft werden.

Als sozialistischer Studierendenverband stehen wir auf der Seite der Palästinenser:innen sowie mit den ihnen solidarischen Mitstreitenden, die unter der Repression und Gewalt leiden.

15 **Austausch und Analyse im Verband stärken:**

Um diese Erfahrungen mit Kriminalisierung als Verband aufzuarbeiten, Raum für weitere Analyse und darauf aufbauende Kritik zu bieten und infolge auch weitere Handlungsmöglichkeiten absprechen zu können, brauchen wir als SDS wieder einen Raum regelmäßigen Austauschs, um eine sozialistische Antwort auf die steigende Repression des Staates und die Kriminalisierung gegen linke Themen wie die Palästinasolidarität zu haben.

Der 32. Bundeskongress ruft den Bundesvorstand sowie die Ortsgruppen dazu auf, lokale und bundesweite Veranstaltungen zu organisieren, die beispielsweise Analysen zur Rolle des Staates und der Polizei in der Kriminalisierung linker Bewegungen und der Zunahme staatlicher Repression anbieten oder in Solidarität mit von Repression Betroffenen Gruppen veranstaltet werden. Eine materialistische Analyse zeigt uns die Ursachen der zunehmenden staatlichen Gewalt auf und kann Ausgangspunkt sein, um breiten Widerstand zu formieren. Das Planungsteam der Sommerakademie wird außerdem dazu angehalten, zu überprüfen, inwieweit es möglich ist, inhaltliche Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex auf der diesjährigen Sommerakademie zu ergänzen. Weiterhin stärken wir die Bildung und Positionierung zu Israel/Palästina im Verband des SDS in Form von Vorträgen, Workshops und einer weiteren Seminarreihe wie bereits im Antrag "Palästinasolidarität praktizieren" des 29. Buko beschlossen wurde.

Wir werden uns nicht einschüchtern lassen, sondern weiter solidarisch für Klimagerechtigkeit, gegen Kapitalismus, Rassismus und Faschismus weltweit kämpfen. Schluss mit der Kriminalisierung antifaschistischer Strukturen! Weg mit den § 129, 129a und 129b! Hoch die internationale Solidarität!

⁵³ Pressemitteilung Deutsch-Israelische-Gesellschaft (07.06.2023): <https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/pressemitteilung/dig-stellt-strafanzeige-wegen-terrorunterstuetzung-und-fordert-vereinsverbot-von-samidoun-und-pflp/>

⁵⁴ Beschlüsse des Bundeskongresses von Die Linke.SDS 2020: <https://linke-sds.org/27-bundeskongress-dezember-2020>

A14. Cancel Culture von Oben oder Wissenschaftsfreiheit in gesellschaftlicher Verantwortung von Unten

Die technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften einer Gesellschaft bilden die Grundlage, auf der nachfolgende Gesellschaften aufbauen können. Aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte wäre schon lange eine Verbesserung unseres Lebens möglich - und wäre aufgrund der sich verschärfenden und gegenseitig verstärkenden Krisen dringend geboten. Doch die Entwicklung der Produktivkräfte allein kann den historischen Wandel und die geschichtliche Entwicklung nicht erklären, denn die Erweiterung unserer wissenschaftlichen Kenntnisse und unserer praktischen Fertigkeiten findet nicht isoliert statt von den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen. Darum ist der Kampf um die Verfügung über die Produktionsmittel entscheidend für die Aufhebung des Klassengegensatzes und die Befreiung der Menschheit. Auch die Hochschulen sind Terrain dieses Kampfes. Als sozialistischer Studierendenverband dieLinke.SDS begreifen wir die Hochschule als einen zentralen Austragungsort des Klassenkampfes. Die Stellung ergibt sich aus in der doppelt zu greifenden Beziehung zur kapitalistischen Produktionsweise. Erstens muss diese ständig seine Produktionsbasis erneuern, sonst droht der Untergang in der Konkurrenz, dabei ist die materielle Basis in hohem Maße auf das an Hochschulen systematisch erzeugte Wissen angewiesen. Zweitens ergibt sich die Bedeutung der institutionalisierten Wissenschaft aus ihrer Stellung in der Formierung des gesellschaftlichen und individuellen Bewusstseins.

Nachdem allseitig klar wird, dass mit dem neoliberal formierten Kapitalismus keine Zukunft zu machen ist gewinnt auch der Kampf an der Hochschule neue Intensität. Diese Auseinandersetzung über die Rolle der organisierten Wissensproduktion endet aber nicht an den Türen der Hochschule, der ideologische Schleier einer angeblichen Trennung von Wissenschaft und Gesellschaft wird beispielweise von der Klimabewegung und ihrer Forderung „Listen to the science“ angekratzt. Unweigerlich stellt sich damit die Frage nach der Art der Wissenschaft, auf die gehört und die betrieben werden soll. Jüngst werden auch die Debatten über eine „Cancel Culture“ lauter, die die Ideologie, der nach geprüften Methoden vorgehenden Wissensfindung ohne politische Zielsetzung, in Frage stellen. Zeugnis über diese zunehmenden Auseinandersetzungen legt beispielweise die Gründung des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit im Jahr 2021 ab. Dabei verstehen sich die Gründer:innen als Verteidiger einer von „links“ bedrohten Wissenschaft. Weniger im Fokus sind hingegen die Versuche von Universitätsleitungen festzulegen, welche an Debatten an Hochschulen geführt werden dürfen. Nachdem kritische Veranstaltungen zu

Fragen des Antimuslimischen Rassismus und dem Krieg um die Ukraine⁵⁵ in Frankfurt a.M. und Marburg⁵⁶ unter Auflagen durchgeführt werden konnten bzw. direkt mit einem Raumentzug belegt wurden, finden an beiden Universitäten Anstrengungen zur Überarbeitung von Leitbildern statt. In ähnlicher Weise sind vermehrt wissenschaftspolitische Aktivitäten festzustellen, die in Zivilklauseln eine unlautere Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit erkennen wollen.

Als dieLinke.SDS begreifen wir diese Auseinandersetzung als Versuch ein Wissenschaftssystem im Diensten des herrschenden Systems aufrechtzuerhalten und gegen die weitgehende Delegitimierung sowie Infragestellung zu verteidigen. Wir beziehen in dieser Frage Position und formulieren eine Wissenschaftsfreiheit im Interesse der Mehrheit und nicht der kleinen Minderheit, die vom aktuellen System profitiert. Wir identifizieren zwei Hauptmechanismen, die zur Verteidigung des Status Quo eingerichtet wurden.

15 Ökonomisierung:

Im herrschenden System bedeutet Wissenschaftsfreiheit bisher, in Anlehnung an den Ausspruch Paul Sethes⁵⁷ zur Pressefreiheit:

Wissenschaftsfreiheit ist die Freiheit von einigen hundert Universitätspräsident:innen und ihren privaten Kapitalgeber:innen Wissenschaft zu betreiben, die sich gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung richtet. Frei ist, wer über Drittmittel verfügt.

Bachelor- und Mastersysteme waren der große Schlag gegen die kritische Bewusstseinsbildung, die ein Studium prinzipiell ermöglichen kann. Sie sind der Versuch den Mehrbedarf an wissenschaftlich gebildeten Arbeiter:innen unter Aufrechterhaltung

des gescheiterten Systems des Kapitalismus zu erreichen. Die finanzielle Autonomisierung, sprich Wettbewerb (Drittmittelabhängigkeit) um finanzielle Ausstattung der Hochschulen dient dazu die Mittel eines entwickelten Wissenschaftssystems nicht für die Interessen des ausgebeuteten Teils der Bevölkerung einzusetzen. Auch die geplante Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes

(WissZeitVG) des Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt einen drastischen Angriff auf Forschende und Wissenschaftler*innen dar. Besonders betroffen sind wissenschaftliche Mitarbeiter*innen auf befristeten Stellen, da die Befristungshöchstgrenzen noch weiter herabgesetzt werden sollen. Dies schränkt die Qualität der Lehre und Forschung, die Promovierende und Post-Docs leisten, erheblich

ein, erhöht Unsicherheiten für Studierende und stellt wissenschaftliche Mitarbeiter*innen vor ungewisse Zukunftsaussichten. Entfristete Stellen an den Hochschulen sind Voraussetzung dafür, dass Forschung im Sinne des Gemeinwohls betrieben werden kann. Mit der Gesetzesnovelle drohen weitere großräumige Umstrukturierungen der Hochschulen und von Studium und Lehre, die die Vielfalt der Forschungslandschaft

deutlich einschränken und den wenigen kritischen Stimmen an den Hochschulen noch weniger Platz einräumen werden.

deutlich einschränken und den wenigen kritischen Stimmen an den Hochschulen noch weniger Platz einräumen werden.

⁵⁵ <https://www.jungewelt.de/artikel/450284.debatte-%C3%BCber-ukraine-krieg-kritische-auseinandersetzung.html>

⁵⁶ <https://www.instagram.com/p/CrZNBU-sJSK/?igshid=ODM2MWFjZDg%3D>

⁵⁷ <https://www.spiegel.de/politik/frei-ist-wer-reich-ist-a-9100aa3e-0002-0001-0000-000046413915>

„»Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. Frei ist, wer reich ist“ (1965)

Vernebelung des Bewusstseins:

Über den Mechanismus der Vereinzelung und Konkurrenz wird uns als Studierenden ein Bewusstsein aufgedrängt, Lernbares nicht zur Befreiung einzusetzen, sondern am individuellen (Un-)Wohl zu arbeiten, in dem sich alle selbst die nächsten sind. Neben dieser strukturellen Verblödung wird inhaltlich an weltfremden Inhalten geforscht, die einem suggerieren, dass alles nur so bleiben kann wie es ist. Alternativlosigkeit ist das Leitprinzip der Ideologieproduktion der zeitgenössischen Hochschule. Aktuelle Forschungs-, Lehrtätigkeit und der Gesellschaftsbezug sind damit nicht frei, sie dienen als Brandmauer gegen eine Wissenschaft im Interesse der Mehrheit.

DieLinke.SDS sieht es als Kernbereich der politischen Tätigkeit zur Verwirklichung einer Wissenschaftsfreiheit beizutragen, die sich an den Interessen der Mehrheit orientiert. Zentral ist dabei auch die Auseinandersetzung um organisatorische Bedingungen einer solchen. Entgegen der liberalen Ideologie vom genialen, individuellen Forscher:innengeist wissen wir um die Notwendigkeit kollektiv bestimmter und realisierter wissenschaftlicher Arbeit. Keineswegs ist damit die Einschränkung von Freiheit verbunden, ganz im Gegenteil, Freiheit auch der Wissenschaft ist nur kollektiv und demokratisch zu haben. Als Kampffelder sehen wir dabei sowohl die verfassten demokratischen Strukturen an der Universität wie auch ein Wirken außerhalb dieser.

Als Durchsetzungsperspektive sehen wir u.a. folgende Auseinandersetzungspunkte, die es im Bündnis mit Kräften zu erstreiten gilt, die an einer befreienden und befreiten Wissenschaft arbeiten:

25

Kultureller Kampf an der Hochschule

Widerständig studieren:

- Widerständiges Studieren als kulturelle Opposition gegen die Verschulung nach Bologna, individuell und kollektiv organisiert
- Wehrpflicht nein Danke: Kein Werben fürs Sterben

Kritische Wissenschaft:

- Friedenswissenschaft als Leitwissenschaft mit wiederbelebter Hochschulkooperation in alle Länder der Welt, inklusive Russland und China, sowie Zivilklauseln für Wissenschaft zu rein zivilen Zwecken
- Stärkung geschichtsbewusster und kritischer Wissenschaft die zweckdienlich für die Verbesserung der Lebens- und Arbeits- Bildungsbedingungen der Mehrheit der Gesellschaft ist
- Curriculare Themensemester mit Gesellschaftsbezug (Soziales, Ökologie, Frieden)
- Projektstudium, Lesekreise, Tutorien

sozialer Kampf an der Hochschule

- massiver Ausbau des BAföG für alle als Vollzuschuss, weil Bildung ein Menschenrecht ist
- bedarfsgerechte Ausfinanzierung des Studierendenwerks inklusive sozialen Wohnungsbaus und Mobilität durch einen dauerhaft kostenfreien ÖPNV

- einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte
- die Rücknahme der geplanten Reform des WissZeitVG und stattdessen eine grundlegende Novellierung oder Abschaffung des WissZeitVG
- Sofortige Umwidmung der 100 Mrd. Bundeswehr-Sondervermögen für Bildung, Wissenschaft, Kultur, Gesundheit und Soziales und massive Investitionen zum Ausbau des Sozialstaats
- Ausbau von Beratungsstellen
- Kinderbetreuung und andere kollektive Sorgeinstitutionen

politischer Kampf an der Hochschule

- 10 • umfassende Wiederbelebung und Re-Politisierung aller demokratischen Interessensvertretungen (Fachschaftsräte, Studierendenschaften, ASten, Studierendenparlamente und akademischen Gremien)
- 15 • grundlegende Erweiterung der Kompetenz und Entscheidungsbefugnis demokratischer Interessensvertretungen, um den professoralen Feudalismus von Präsidium und Rektorat eine demokratische Basis entgegenstellen können
- Vollversammlungen zur Diskussion der sozialen Lage und Aktivitäten für Verbesserungen, um kritische Diskussionen entgegen der Bekenntnispolitik wieder anzuregen
- 20 • emanzipatorische Studienreform, für kooperatives Lernen an den gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit, statt banaler Prüfungen
- bedarfsdeckende Hochschulfinanzierung

A15. Soziale Gerechtigkeit jetzt!

„Die Bedeutung dieser studentischen Selbsthilfe geht über die Behebung der wirtschaftlichen Not weit hinaus. Sie liegt darin, daß hier die Studierenden Gelegenheit zum verantwortungsvollen Dienst an der Gemeinschaft finden und daß Studenten, Lehrer und Öffentlichkeit zur fruchtbaren Zusammenarbeit kommen können. Die so nachdrücklich

5 *geförderte Erziehung der Studierenden zu tätigen und verantwortungsvollen Gliedern der politischen Gemeinschaft wird nicht allein durch Diskussion über politische Aufgaben und Pflichten erreicht, sondern vor allem durch die Gestaltung eines wirklichen Gemeinschaftslebens in der Hochschule selbst. Die Kommission hält deshalb auch ein*

10 *Studentenhaus an jeder Hochschule für erforderlich.“*

10 „Blaues“ Gutachten zur Hochschulreform (1948)

Die Studierendenwerke wurden, zum Teil vor über 100 Jahren, als soziale Einrichtung von Studierenden und Mitarbeiter:innen der Hochschulen für die Unterstützung von Studierenden gegründet. Aus dem erlebten Elend des 1. Weltkrieges wurde erkannt, dass

15 man gemeinsam zu sozialen Verbesserungen kommen muss, um Bildung für alle zu ermöglichen. Während des Faschismus gleichgeschaltet und entmenschlicht wurden die Studierendenwerke durch die Kämpfe der 1968er Bewegung resozialisiert und die demokratischen Strukturen ausgebaut. Darauf können wir trotz neoliberaler Deformationen und zerstörerischer Austeritätspolitik aufbauen. Dass es dringend

20 notwendig ist die Studierendenwerke als soziale Einrichtungen weiter auszubauen zeigt die prekäre soziale Lage der Studierenden.

Durch einen weiteren Blick in die Geschichte wird klar: prekär muss es nicht sein. Der historische SDS forderte damals ein Studienhonorar, denn Studieren ist gesellschaftlich

25 notwendige Arbeit, die vergütet werden sollte. In der Auseinandersetzung darum wurde 1971 das Bafög als Vollzuschuss eingeführt und schon ein Jahr später erhielten 44,6% aller Studierenden Bafög. Heute sind es dagegen nur noch etwa 13%. Viele Studierende sind deshalb auf mehrere Nebenjobs angewiesen. Besonders belastend sind Ausgaben für Mieten. Denn während die Studierendenzahlen seit 2007 um 52% gestiegen ist, ist die

30 Zahl der staatlich geförderten Plätze in Wohnanlagen nur um 7% gestiegen.⁵⁸ Dabei hatte schon 1958 das Deutsche Studentenwerk im Düsseldorfer Wohnheimplan gefordert, dass mindestens 30 Prozent der Studierenden in Wohnheimen untergebracht werden sollen. Dieses Mindestmaß an Wohnraum muss mit Hilfe eines neuen Wohnheimplan zügig

35 erbaut werden. Ein solcher Wohnheimplan muss vorsehen, entgegen der Verdichtung von Gemeinschaftsflächen und Wohnraum, genügend Begegnungsorte zu schaffen. Diese sind nämlich Hort von studentischer Kultur und internationalistischer Begegnung und damit auch aktiver Teil vom Abbau von Feindbildern. Des Weiteren müssen alle

⁵⁸ https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/22._sozialerhebung.pdf

Wohnanlagen über eine demokratische Selbstverwaltungsstruktur durch die Studierenden verfügen.
Das Geld zur Verwirklichung solcher sozialen Fortschritte ist ausreichend da.

5 Wir fordern daher:

- Eine radikale Bafög Reform für ein Eltern- und Herkunftsunabhängiges Bafög als Vollzuschuss

10 - Die Ausfinanzierung aller Studierendenwerke mit dem Ziel die Miet- und Mensapreise zu senken, die Beratungstätigkeiten auszuweiten und mehr menschenwürdigen Wohnraum zu schaffen.

Hierfür wählt und entsendet Die Linke.SDS auf dem nächsten Bundeskongress eine Vertretung in das Kuratorium des Deutschen Studierendenwerks.

15 Der nächste Bundesvorstand wird beauftragt die Zusammenarbeit mit dem fzs in Kampagnen zur Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden zu suchen bzw. diese dort anzuregen.

20 Die Ortsgruppen werden vom Bundesvorstand dazu aufgerufen, sich zusammen mit anderen progressiven Hochschulgruppen die soziale Lage der Studierenden, z.B. bei Vollversammlungen und in Flugblättern, zu thematisieren und sich für bessere Bedingungen durch mehr öffentliche Förderung der Studierendenwerke zu organisieren.

A16. Mitgliedschaften in Netzwerken offenlegen

Antragsteller*innen und Kandidat*innen die in einem Netzwerk (z.B. Marx21 oder MFG) aktiv sind, sollen neben ihrer Ortsgruppe auch ihre Mitgliedschaft in diesem Netzwerk angeben. Zusätzlich wollen wir die Ortsgruppen dazu ermutigen, transparent mit der Praxis dieser Netzwerke umzugehen.

D1. Free Julian Assange! Keine Auslieferung von Assange!

„We have to start with the truth. The truth is the only way that we can get anywhere. Because any decision-making that is based upon lies or ignorance can't lead to a good decision.“ Julian Assange

Der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs hat am Donnerstag, den 08.06.2023 die Berufung des WikiLeaks Gründer Julian Assange gegen seine Auslieferung an die USA abgelehnt. Nun drohen ihm im Falle der Auslieferung lebenslange Haft und Folter.

Angeklagt wird er wegen Veröffentlichung geheimer Informationen der US-Armee, welche Kriegsverbrechen und Verletzung der Menschenrechte im Jahr 2010 belegen. Die schriftliche Entscheidung des Richters, gerade mal drei Seiten betragend, wies die Berufung des von der ehemaligen Innenministerin Priti Patel unterschriebenen Auslieferungsbefehls in allen 8 Punkten zurück. Die Anklage umfasst 18 Punkte, unter anderem nach US-Spionagegesetz, welches keine Anerkennung von Publikationen wegen öffentlichem Interesse an Transparenz vorsieht.

Nachdem im Januar 2021 ein Bezirksgericht in erster Instanz die Auslieferung mit Verweis auf Assanges psychische Gesundheit abgelehnt hatte, hob ein Berufungsgericht im Dezember selbigen Jahres die Entscheidung auf Grund von Zusicherung der US-Regierung auf, Sie würden die Sicherheit Assanges gewährleisten. Er wäre der erste Verleger, dem in den USA nach dem Spionagegesetz der Prozess gemacht wird. Nachdem mit der erneuten Berufung die letzte juristische Möglichkeit im Vereinigten Königreich ausgeschöpft wurde, bleibt in der Erwartung, dass in der öffentlichen Anhörung erneut eine Ablehnung erfolgen wird, nur übrig den Fall vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu bringen.

Der Fall Assange zeigt, mit welchen juristischen und politischen Mitteln die herrschende Klasse versucht, ihre Kriegsverbrechen zu vertuschen und diejenigen, die ihr Leben für die Wahrheit riskieren, zu Verbrechern zu machen. Als im Jahr 2010 mit dem „Afghan War Diary“ der größte Leak veröffentlicht wurde, einschließlich Beweisen für Kriegsverbrechen und Folter, verdächtigte Schweden Assange der Vergewaltigung. Eine Auslieferung an Schweden hätte die Auslieferung in die Vereinigten Staaten wesentlich wahrscheinlicher gemacht. Nach jahrelangem politischen Asyl in der ecuadorianischen Botschaft, wurde so viel Druck auf das lateinamerikanische Land ausgeübt, sodass Assange schließlich doch der britischen Polizei überstellt wurde. Wie erwartet, verlangten die USA prompt die sofortige Auslieferung.

Die gleichzeitige Inszenierung des Westens als vermeintliche Demokratien, die gegen Autokraten in der Welt kämpfen, zeigt im Fall Assange doppelte Risse. Mit seinen Leaks hat er die Heldengeschichten des Westens diskreditiert und mit seiner Geschichte ihre Demokratien für Bankrott erklärt. Sie zeigten die wahren Fratzen des Krieges: Soldaten,

die wie in einem Videospiel wild auf Zivilisten, einschließlich Frauen und Kinder, schießen; Menschen, die von Soldaten gefoltert, ertsümmelt, erniedrigt und exekutiert werden. Es zeigt uns: Kriegsverbrechen gibt es in jedem Krieg, aber durch die Rebellion einiger weniger sind sie ans Tageslicht gelangt. Aus der Geschichte lernen heißt für uns: Sofortige Beilegung aller Kriegshandlungen und sofortige Friedensverhandlungen, damit die Barbarei ein Ende hat!

Auf Ebene der institutionellen Demokratie sind die Europäer ebenfalls kläglich gescheitert: Kein europäisches Land hat es gewagt, Assange politisches Asyl zu gewähren. Keine Regierung hat sich im Sinne der Presse- und Informationsfreiheit für Assange ausgesprochen. Dies wundert nicht: Auf der Rangliste der Pressefreiheit steht das Vereinigte Königreich auf Rang 26, die USA stehen auf Rang 45 von 180 Staaten.

Der UN-Sonderberichterstatter für Folter Nils Melzer hat Assange im Gefängnis besucht und einen Bericht erstellt, der belegt, dass Assange systematisch psychisch gefoltert wurde, so weit, dass sein Leben in Gefahr ist. Dieser Folterbericht, wurde mehreren Staaten vorgelegt, unter anderem der Bundesrepublik, ohne irgendeine Wirkung. In Schock über diese Reaktionen sagte er:

„Während meiner Arbeit über die diplomatischen Kanäle, die mir zur Verfügung stehen, hat man mir leider die Zusammenarbeit in diesem Fall systematisch verweigert. Und das hat mich ja auch so schockiert, weil ich es hier nicht mit irgendwelchen Diktaturen zu tun habe, sondern mit westlichen Rechtsstaaten.“ Nils Melzer

Nicht genug, dass grundlegende Menschenrechte ignoriert und verletzt werden. Es wird zudem daran gearbeitet, die Leaks aus dem Internet zu löschen. Viele der Leaks sind kaum mehr zu finden, wenn auch Aktivist:innen immer wieder Leaks auf neuen Internetseiten veröffentlichen. Die Leaks dürfen für künftige Generationen nicht verloren gehen! Die kollektive Speicherung und Aktivierung ist ein wichtiges Vorhaben gegen Versuche des Geschichtsrevisionismus und der Delegitimierung von Friedenspositionen.

Als Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband verpflichten wir uns:

- Auf allen Kanälen den Fall Assange zu publizieren.
- Hineinzuwirken in alle StuPas und StuRas mit "free assange" Anträgen, um den Fall Assange in die Universitätsöffentlichkeit zu tragen!

Wir fordern die Bundesrepublik auf:

- Deutschland als Verursacherland zweier Weltkriege sollte diejenigen schützen, die ihr Leben zur Aufklärung von Kriegsverbrechen riskieren. Daher: politisches Asyl für Assange!